

Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

Sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 15 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2.88
Ganzjährlich 5.76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.



Wahlspruch:
Was wir begehren von der Zukunft fernens
Dass Brot und Arbeit uns gerichtet sehen,
Dass unsere Kinder in der Schule lernen
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.
G. Herwegh.

Nr. 35 Wien, den 10. Dezember 1912. 20. Jahrg.

Die Kriegsgefahr.

Die Kriegsgefahr, die in diesen Tagen wie ein Damoklesschwert über den Häuptern der Völker schwebt, ist noch keineswegs beseitigt, und all die verschiedenen Nachrichten von einer „Entspannung“ lassen sich höchstens in die eine Tatsache zusammenfassen, daß eine Konferenz der Mächte geplant ist. Vorläufig wird dazu nicht allein in den Kabinetten der Staaten des Balkanbundes und der Türkei eifrig vorgearbeitet, bei diesen Friedenshandeln möglichst viel herauszuschlagen, auch die Großstaaten sind hinter den Kulissen eifrig am Werke, aus der neuen Situation möglichst viel für ihre eigene Machtstellung und für die Expansionsbedürfnisse ihres Kapitals zu ergattern. Diese Absicht klang aus der kühlen Rede des französischen Ministerpräsidenten Poincaré heraus, die sich nur insofern vorteilhaft von der Rede des deutschen Kanzlers Bethmann-Hollweg unterschied, als sie die Phraseologie des Bauhofens vermied. Aber von einer beruhigenden Friedenszuversicht war, wenn man die staatsmännischen Redewendungen auf ihren wirklichen Kern untersucht, nichts in Poincarés Rede zu finden. Auch die friedenssicheren Kommentare, die Poincarés Worte in der offiziellen und halb-offiziösen internationalen Presse finden, klingen viel zu gedreht und erkünstelt, um den Eindruck ehrlicher Ueberzeugung zu hinterlassen.

Einen wenig Vertrauen erweckenden Eindruck dürfte auch der Gesetzentwurf über die Kriegsleistungen hervorrufen, den die österreichische Regierung vor einigen Tagen dem Parlament zur schleunigen Beschlußfassung unterbreitet hat. Das Gesetz, das die Regierung verlangt, soll nämlich die Vorbedingung schaffen, damit im Falle einer Mobilisierung die unter den Fahnen stehende Wehrmacht sich reichlich und rasch mit allem versorgen kann, was zur Fortbringung, Unterkunft und Ernährung der aufgeborenen großen Massen an Menschen und Tieren notwendig ist. Wie das geschehen soll, das ist in seiner Art für die Arbeiter und die gesamten produktiven Stände so folgenreich, daß es den völligen Zusammenbruch aller bisherigen gewerkschaftlichen Kulturarbeit bedeutet, und daß es außer der Beseitigung aller Staatsgrundgesetze einem vollständigen Ruin der gesamten Volkswirtschaft gleichkommt. In dem § 4 des Gesetzentwurfes wird nämlich in Bezug auf die „persönlichen Dienstleistungen“ bestimmt:

„Zu persönlichen Dienstleistungen für Kriegszwecke können alle arbeitsfähigen männlichen Zivilpersonen, die das fünfzigste Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, herangezogen werden.“

Das ist keineswegs, wie die schwachsinnige bürgerliche Presse in ihren Kommentaren meint, nur eine Erweiterung der Landsturmpflicht, die heute beim vollendeten 42. Lebensjahre endet. Das bedeutet, daß jeder Mann, der noch nicht 50 Jahre alt ist, einfach sofort, sobald mobilisiert ist, zu „persönlichen Dienstleistungen“ herangezogen werden kann. Welcher Art diese Dienstleistungen sind, das richtet sich nach dem Bedarf, denn eben die Kriegsführung erheischt. Die Militärbehörde, der das Recht zusteht, überall, wo sie will, die männlichen Personen, die noch nicht über 50 Jahre alt sind, zu Dienstleistungen zu kommandieren, wird natürlich auch darüber bestimmen, zu welchen Dienstleistungen jeder einzelne zu verwenden sei. Natürlich wird man jene Berufe, die für die Beförderung und Verpflegung der kriegerischen Wehrmacht gebraucht werden, auch weiterhin bei ihrer Berufsübung belassen. Die Eisenbahner werden dem Verkehr nicht entzogen werden können, aber die Militärbehörde wird darüber zu bestimmen haben, wo und an welchen Orten sie vor allem gebraucht werden. Für einen solchen Fall würden natürlich auch die Eisen-

bahner der militärischen Straf- und Disziplinargewalt unterstehen, womit zunächst für sie das Koalitionsrecht außer Wirksamkeit gesetzt wäre. Jeder Arbeiter müßte, wenn es die Militärbehörde befiehlt, bei dem Unternehmer bleiben, mag dieser auch wie immer den Arbeiter behandeln! Die Tarifverträge, durch die sich die Arbeiter durch ihre Organisationen ein bestimmtes Lohn Einkommen gesichert haben, werden natürlich gleichfalls hinfällig, denn der Lohn wird im Verordnungswege festgesetzt. Es hat mit einem Worte der bürgerliche Rechtsstaat aufgehört zu existieren, und alle seine Grundlagen von Recht und Gesetz sind durch ein militärisches Machtwort beseitigt.

Nach § 9 des Gesetzentwurfes hört, sobald alles das eintritt, auch alles übrige bürgerliche Recht auf, zu sein, und der Arbeiter, der für militärische Zwecke Dienste leistet, untersteht der militärischen Straf- und Disziplinargewalt. Der Mann, der also niemals militärische Dienste geleistet hat, der die exemplarischen Straandrohungen des Militärstrafgesetzbuches gar nicht kennt, der nicht weiß, das beim geringsten Vergehen das im bürgerlichen Leben nicht einmal als eine Uebertretung im polizeilichen Verordnungswege geahndet werden kann, die schwersten Strafen drohen, soll mit einemmal der Macht eines militärischen Vorgesetzten preisgegeben sein. Die schwersten Gefahren würden sich aus einem solchen Zustand schon bloß deshalb ergeben, weil der Zivilist, dem die militärische Subordination fremd ist, und der eine freiere Umgangsweise und eine freiere Auffassung aller Dinge gewohnt ist, einfach in die ihm weltfremden militärischen Kriegsartikel gar nicht hineinfinden könnte.

Und dann denke man sich erst die wirtschaftlichen Folgen aus, die entstehen müßten, wenn man in einer Zeit, wo ein Krieg ohnehin alle Daseinsbedingungen in schwere Mitleidenschaft zieht, alle Männer, die unter 50 Jahre alt sind, ihren Familien entzieht und aus der normalen Beschäftigung herausreißt! Was heute im Arbeiterstand über 50 Jahre alt ist, das ist ein im beruflichen Leben meist schon verbrauchtes Menschenmaterial, das für die Produktion kaum mehr eine vollwertige Kraft darstellt. Das hieße einfach der gesamten Volkswirtschaft alle Kräfte entziehen, und das in der Produktion treibende Lebenselement mit der Wurzel ausreißen. Das müßte zu einer Desorganisation und Verheerung führen, die nicht nur alle wirtschaftlichen Erfolge der Arbeiterschaft auf Jahrzehnte hinaus unwiederbringlich vernichten würde, die auch alle Kultur überhaupt rettungslos in Grund und Boden stampfen müßte.

Gebe es heute in Oesterreich auch nur eine bürgerliche Partei, die nicht geistig vollständig bankrott wäre, sie müßte gegen einen solchen Gesetzentwurf Sturm blasen. Denn in letzter Linie trüfe eine solche Verheerung, die durch dieses Gesetz angerichtet werden müßte, den Staat mit, indem es das Versiegen seiner eigentlichen Lebenskräfte bedeutet. Ganz davon zu schweigen, daß die gesamte bürgerliche Rechtsgrundlage durch eine Militärdiktatur umgetrempelt werden soll, wäre es ein Ueberlaß an der Kultur und Volkswirtschaft bis zum Weißbluten. Aber die ganze bürgerliche Presse schweigt, schweigt wie wenn es sich um irgendeine gleichgültige formale Nebenächlichkeit handeln würde. Nur das „Deutsche Volksblatt“ muß das Geheimnis verraten, weshalb ein solcher Gesetzentwurf schon jetzt den stillen Beifall der Bourgeoisie findet, indem es mit heimlicher Freude konstatiert, daß der § 9 des Gesetzentwurfes „gegen die Streifagitation der Sozialdemokraten Vorsorge treffen will“. Und so lehrt auch in dieser schweren Zeit dieser Anlaß aber-

mals den Arbeitern, daß die bürgerlichen Parteien und ihre Presse alles, selbst die eigenen politischen Rechte preiszugeben bereit sind, wenn es gegen die Arbeiter geht, und diese als organisatorische Macht getroffen werden sollen. Die Vorlage der Regierung wird daher mit einigen kleinen durch die Opposition der Sozialdemokraten bewirkten Verbesserungen zweifellos vom Haus beschlossen werden, denn die nationalverbändlerische und christlichsoziale Kriegsstimmung arbeitet prompt und sicher.

Der christliche Gewerkschaftskongress Deutschlands.

Unterwerfung unter das Diktat des Papstes.

Der Gesamtausschuß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hatte in seiner Sitzung am 21. November beschlossen, auf den 26. November 1912 einen außerordentlichen Kongress der christlichen Gewerkschaften nach Essen einzuberufen, um zur päpstlichen Enzyklika, die wir in unserem Blatt vom 1. November ausführlich besprochen, Stellung zu nehmen. Die Tatsache allein, daß die christlichen Gewerkschaftsführer wegen der Enzyklika einen Kongress abzuhalten für nötig erachteten, ist Beweis dafür, welche Bedeutung sie der Kundgebung des Papstes beilegen. Der Kongress sollte die Vereinigung beseitigen, die durch die Enzyklika bei den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften hervorgerufen wurde. Die ganze Regie des Kongresses war nun darauf zugeschnitten. Die „Führer“ gefielen sich in scharfen Worten gegen ihre Berliner Widersacher, ließen aber kein Wort gegen den Papst fallen. Man suchte den Schein zu erwecken, als ob alles beim alten bleiben werde, denn die Enzyklika sei ja nur von den Gegnern falsch ausgelegt worden. Dem oberflächlichen Beobachter könnte es danach ja wohl erscheinen, als ob sich die christlichen Führer als mannhafte Kerle gezeigt hätten. Aber der ganze Kummel war nur Blendwerk. Um ihre Rolle besser durchführen zu können, hatten sich die christlichen Gewerkschaftsführer hinter die Bischöfe gestellt; durch Vermittlung des Raderborner Bischofs gelang es ihnen so, eine „Interpretation“ der Enzyklika zu erwirken, mit der sie sich einverstanden erklärten. Die bischöfliche „neue Interpretation“ ist aber nur Wortklaubelei, den Wortlaut der Enzyklika in deutscher Sprache haben die deutschen Bischöfe ja selbst festgestellt. Ihre Interpretation bedeutet also an und für sich nichts und inhaltlich auch nichts. Durch die Anerkennung der Enzyklika selbst und durch die „Interpretation“, weiter aber noch durch die Reden, die Stegerwald und Giesberts gehalten, haben die christlichen Gewerkschaftsführer aber dargetan, wes Geistes Kinder sie und ihre Organisationen sind. Die ultramontane „Böliner Korrespondenz“ hat die christlichen Gewerkschaftsführer ganz richtig eingeschätzt, als sie dem Essener Kongress folgenden „Begrüßungs“artikel widmete:

„In seiner Enzyklika Singulari quadam vom 24. September d. J. erklärt der Papst, er wolle den Anschluß katholischer Arbeiter an die sogenannten christlichen Gewerkschaften auf Widerruf dulden

1. wenn die sogenannten christlichen Gewerkschaften (dem Wunsche der Osterreichkonferenz entsprechend) im vollen Einklang mit der katholischen Glaubens- und Sittenlehre bleiben, das heißt, ihre nichtkonfessionelle Basis einfach aufgeben und sich auf den katholischen Boden stellen;
2. wenn sie durch die Bischöfe und durch ihre eigenen katholischen Mitglieder bezüglich jenes Einklanges kontrolliert werden;
3. wenn die katholischen Mitglieder sich konfessionell katholischen Arbeitervereinen anschließen;
4. wenn sie sich auf solche nichtkatholische deutsche Landsiriche beschränken, welche sich als Wirkungsterrain für die Berliner katholischen Fachabteilungen (die mit aller Kraft gefördert werden sollen!) nicht eignen.

Wenn, wenn, wenn, wenn. Halten sich die sogenannten christlichen Gewerkschaften an diese vier Bedingungen, so sind wir mit ihnen zufrieden, und diese unsere Versicherung dürfte den Herren in Köln und München-Gladbach zur nicht geringen Beruhigung gereichen. Dabei verlangen wir nicht, daß die Herren sich ausdrücklich durch öffentliche Erklärungen und Zustimmungen unterwerfen, sie brauchen nur faktisch das zu tun, was der Papst von ihnen wünscht, und können dabei unferretwegen dem Publikum borgaufeln, es würde nichts geändert. Die bittere Pille, die wir längst angekündigt hatten, wurde ihnen ja auch mit etwas Sirup gereicht, weshalb sich die Wirkungen erst nach einiger Zeit fühlbar machen werden.

Aber werden sie sich tatsächlich fügen? Am 21. November ist ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß beschloffen worden, der bereits am 28. November im Städtischen Saalbau zu Essen stattfinden soll. Aus Kreisen, die es wissen können, wird uns geschrieben, daß dem Kongreß eine Erklärung unterbreitet und zur Annahme empfohlen werden soll, welche folgendes besagt: 1. Die sogenannten christlichen Gewerkschaften unterständen als interkonfessionelle Gebilde nicht der päpstlichen Autorität, deshalb sei die Enzyklika auch nicht an die Gewerkschaften als solche gerichtet; 2. die Tätigkeit der sogenannten christlichen Gewerkschaften sei eine rein wirtschaftliche, sie sei daher durch ihre Natur dem kirchlichen Einfluß entzogen; 3. die sogenannten christlichen Gewerkschaften würden von ihren katholischen Mitgliedern nie etwas verlangen, was mit der katholischen Lehre im Widerspruch stände, und sie hätten das auch nie getan. — Letzteres hat Herr Adam Stegerwald, der in Essen das Referat über die Enzyklika halten soll, bereits am 2. März d. J. in einer großen Versammlung in Köln erklärt. Diese Erklärung war von einer dem Kardinal Fischer nahestehenden Seite gewünscht worden. Man hoffte dadurch die Wolken, die damals schon bedrohlich von Süden her am Horizont heraufgezogen, zu zerstreuen.

Es bestand und besteht noch die Absicht, den Namen der sogenannten christlichen Gewerkschaften aufzugeben und die Gebilde »nationales« oder »deutsche« Gewerkschaften zu nennen. Aber das würde in Rom nicht verfangen. Es kommt nicht auf den Namen, sondern auf die Sache an, und man weiß in Rom ganz genau, daß auch die bisherige Bezeichnung »christliche«, wie Generaldirektor Dr. Pieper (München-Gladbach) in einem Vortrag zu München vor einigen Jahren unverblümt zugab, weiter nichts als ein Köder war. Wir glauben nicht, daß die Gewerkschaftsführer den naiven Versuch machen werden, Rom durch eine Aenderung der Etikette zu täuschen. Sie werden sich fügen, ohne daß die Masse etwas von ihrer Niederlage merkt. Auf einen Krieg mit Rom lassen sie es nicht ankommen, und ein Kleinkrieg würde ihre Vernichtung nur verzögern.

Die »Propheteiung« der »Kölnener Korrespondenz«, die »ihre« Leute genau kennt und hinter die Kulissen zu schauen vermag, ist eingetroffen.

Aus den Verhandlungen des Kongresses geben wir im folgenden das Wichtigste wieder:

Der Vorsitzende des Zentralvorstandes, Reichstagsabgeordneter Schiffer, schlug zunächst vor, in einem Telegramm an den Kaiser auszudrücken, daß die hier versammelten Vertreter von 360.000 christlich-nationalen Arbeitern das Gelöbnis unverbrüchlicher Treue erneuerten und bereit seien, für des Vaterlands Größe und des deutschen Volkes Ehre jederzeit einzutreten. Der Vorsitzende erklärte in seiner Begrüßungsrede, es bedürfe wohl kaum der besonderen Hervorhebung und Betonung, daß auch in der gegenwärtigen Lage für die christlichen Gewerkschaften kein Grund vorhanden sei, irgendeine Aenderung eintreten zu lassen; es bleibe bei den Dresdener Beschlüssen. In den letzten 48 Stunden habe die Streitfrage eine bedeutungsvolle Wendung erfahren. Es handelte sich nämlich um eine neue

Interpretation einzelner Stellen der Enzyklika durch die Bischöfe, die in Fulda versammelt waren. Schiffer teilte weiter mit, daß er ermächtigt sei, zu erklären, daß die Reichsregierung von der Enzyklika vor ihrer Veröffentlichung keine Ahnung gehabt habe. Der Reichskanzler habe besonderen Wert darauf gelegt, daß dies heute in Essen vor dem Kongreß erklärt werde.

Den Hauptbericht erstattete Sekretär Stegerwald über den einzigen Punkt der Tagesordnung: Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu der durch die Enzyklika geschaffenen Lage.

Nach einigen Vorbemerkungen über die Entwicklung des Gewerkschaftstretts im katholischen Lager gibt Stegerwald einen Ueberblick über die zahlreichen Auslegungen, welche das päpstliche Rundschreiben in der Presse der verschiedensten Richtungen gefunden hat. Eine vielseitigere Auslegung könne man sich kaum denken. In dieser verwirrenden Situation ein Wort der Klärung zu sagen, sei der Ausgangspunkt des Vortrages. Gegenüber der Einwendung seitens der katholischen Fachabteilungen, die christlichen Gewerkschaften hätten sich bezüglich ihrer Stellung nach der religiös-sittlichen Seite nirgends programmatisch und bindend festgelegt, verweist Stegerwald auf seine diesbezüglichen namens des Vorstandes des Gesamtverbandes am 2. März 1912 in einer Kölner Versammlung abgegebenen Erklärungen, in denen es unter anderem heißt:

„Die christlichen Gewerkschaften sind gegründet zu dem Zwecke, um auch den gläubigen katholischen und evangelischen Arbeitern eine Organisation zur Verfolgung ihrer gewerkschaftlichen Interessen zu bieten, in der den einzelnen Mitgliedern keinerlei Anschauungen oder Handlungen im privaten oder öffentlichen Leben, insbesondere auch in Angelegenheiten des wirtschaftlichen Gebietes, zugemutet werden, die unvereinbar sind mit den Glaubens- und Sittenlehren der katholischen, beziehungsweise evangelischen Kirche, so wie sie in diesen von der zuständigen Autorität gelehrt werden. Auf diesem Boden haben die christlichen Gewerkschaften stets gestanden und werden sie in Zukunft stehen. (Bravo!) Die christlichen Gewerkschaften beschränken statutgemäß ihr Arbeitsgebiet in der Behandlung praktischer Fragen wirtschaftlicher Natur, die Interessenvertretung der Arbeiter im Arbeitsverhältnis und was damit zusammenhängt. Die Pflege des religiösen und sittlichen Lebens weise sie deshalb der Kirche, den Familien und den Konfessionellen, insbesondere den Standesvereinen zu.... Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften haben niemals verkannt, daß im Wirtschaftsleben, wie auch sonst im Leben, Fragen auftauchen können, die das religiös-sittliche Gebiet berühren.... Mit Rücksicht darauf haben die christlichen Gewerkschaften stets dem zweiten Gliede der christlichen Arbeiterbewegung, den konfessionellen Arbeitern, Gesellen- und Jugendvereinen, die größte Bedeutung zugemessen.“

„Weitere Garantien und Verpflichtungen wie in dieser Rede können die christlichen Gewerkschaften nach der religiös-sittlichen Seite nicht übernehmen.“ So ergänzt heute Stegerwald seine damaligen Erklärungen. Er teilt weiters mit, daß ein Bischof ihm mit Bezug darauf gesagt habe: „Mehr verlangt auch keine kirchliche Behörde.“

Ueber die Möglichkeit des Zusammenarbeitens von Evangelischen und Katholischen in den christlichen Gewerkschaften sagt Stegerwald: „Freilich bestehen für die Orientierung des Gewissens der einzelnen im evangelischen und katholischen Lager unterschiedliche Normen. Diese Unterschiede gehen aber nicht so weit, daß sie für vernünftige und duldsame Menschen ein Zusammenarbeiten in einer wirtschaftlichen Organi-

tion unmöglich machen können.“ Die heutige Methode genüge allen Anforderungen.

Stegerwald sprach dann über die Stellung der evangelischen Arbeiter innerhalb der christlichen Gewerkschaften. Sie bilden, so führte er aus, kein Anhängel, sie sind gleichberechtigt. Man werde mit ihnen zusammenarbeiten, soweit nicht höhere Interessen dadurch verletzt würden. Stegerwald bespricht nun die Enzyklika.

Er führte aus:

Die Enzyklika entsprang nicht der Initiative der Kurie, sondern wurde erlassen nach langjährigem Drängen der katholischen Fachabteilungen. Sie verfolgt den friedlichen Zweck, den nun seit zwölf Jahren andauernden Streit im katholischen Lager zu beenden. Sie enthält Stellen, die sehr große Beunruhigung hervorgerufen haben, und die ausgelegt worden sind, als seien den Katholiken der Beitritt zu den christlichen Gewerkschaften nur gestattet unter der Maßgabe, daß diese allmählich absterben. Das sei aber eine falsche Auslegung, er habe durch den Bischof Dr. Schulte von Baderborn erfahren, daß an eine solche Interpretation von den Fulda versammelten Bischöfen niemand gedacht habe. Dr. Schulte habe mit Kardinal Kopp korrespondiert. Kopp seinerseits habe sich wieder mit den anderen deutschen Bischöfen in Verbindung gesetzt und das Resultat sei folgende Interpretation der strittigen Stellen:

„1. In dem Satz: »Die soziale Frage und die mit ihr verknüpften Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, über die Lohnzahlung, über den Arbeiterfreizustand, sind nicht rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu denen zu zählen, die mit Hintansetzung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können«, ist letztere Wendung nicht so zu verstehen, als ob die kirchliche Obrigkeit beanspruche, mit der praktischen Erledigung solcher Fragen in den einzelnen Fällen irgendwie befaßt zu werden. Die Wendung befaßt vielmehr, daß die Kirche das Recht und die Pflicht habe, zu derartigen Streitfragen, insofern sie das Sittengesetz berühren, auch ihrerseits Stellung zu nehmen, um durch Hinweis auf die richtigen Grundsätze die in Betracht kommenden Gläubigen vor sittlich-religiösem Schaden zu bewahren.“

2. Der Satz: »Hieraus folgt, daß derartige sogenannte konfessionell katholische Vereinigungen sicherlich in katholischen Gegenden, und außerdem in allen anderen Gegenden, wo anzunehmen ist, daß durch sie den verschiedenen Bedürfnissen der Mitglieder genügend Hilfe gebracht werden kann, gegründet und auf jede Weise unterstützt werden müssen, besteht überall dort als eine Vorchrift des apostolischen Stuhles zu Recht, wo nicht die für Deutschland bezüglich der christlichen Gewerkschaften gemäß den Wünschen der Bischöfe vorgesehene Ausnahmestellung zutrifft. Eine Aufteilung der deutschen Diözesen, deren Bischöfe für ihr ganzes Diözesangebiet um Zulassung der christlichen Gewerkschaften gebeten haben, in solche Gebiete, wo das Feld der Berliner Richtung sein solle, und in andere Gebiete, wo die christlichen Gewerkschaften existieren dürfen, ist in der Enzyklika durchaus nicht angeordnet worden. Eine solche Aufteilung des Diözesangebietes brächte, was der Heilige Vater gerade verhüten will, erst recht Wirrwarr und Anfrieden.“

3. Die Mahnung des Heiligen Vaters an die Bischöfe, »sorgfältig das Verhalten dieser Vereinigungen zu beobachten und darüber zu wachen, daß den Katholiken aus der Anteilnahme an ihnen kein Nachteil erwächse«, erklärt sich in ihrem letzten Teil von selbst, und in ihrem ersten Teil aus dem vorhergehenden Satz, an den sie mit dem Worte »Darum« angeschlossen ist. Es wird niemand den Bischöfen das Recht bestreiten können, sich zu orientieren, ob irgendwelche Organisationen, also auch die hier in Rede stehenden christlichen Gewerkschaften grundsätzlich oder tatsächlich zur Kirche oder kirchlichen Lehre in Gegensatz treten. Die Beobachtungspflicht der Bischöfe bezieht sich nicht auf die wirtschaftliche Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften, sondern darauf, ob den katholischen Arbeitern

Feuilleton.

Wien und Basel.

Es gibt nur a Kaiserstadt,
Es gibt nur a Wien.

Es ist gerade 11 Uhr. Aus der Schule kommen der Reihe nach die U-B-Schüler von Basel heraus. Sie stellen sich in Reih und Glied auf, ein jeder sucht seinen Kameraden, mit dem er den längsten Weg zu gehen hat. Als der letzte Knabe sich angeschlossen hatte, bemerkte ich, daß wohl gute 80 Prozent der Kinder Brillen tragen. Ich schritt auf den rückwärts stehenden Lehrer zu, grüßte und bat ihn um Aufklärung über die seltsame Erscheinung. Ich erhielt dieselbe in einer Weise, daß ich aus der Verwunderung nicht herauskam und es für meine Pflicht halte, dies auch jenen mitzuteilen, die es nicht miterleben konnten.

Der Lehrer sagte: „Die Brillen meiner Kinder stammen vom Schularzt. Sobald das Kind zum erstenmal die Schwelle der Schule überschreitet, wird es vom Schularzt genauest untersucht und dieser entdeckt verschiedene physische Defekte, die den Eltern entgangen sind. Die Mehrzahl der Kinder haben Sehstörungen und Zahndefekte. Wenn der Grad der Kurz- oder Weitsichtigkeit der Kinder festgestellt ist, werden ihnen auf Gemeindefosten Brillen angefertigt und je nach der Augenstärke oder »Schwäche« verändert.“

„Das selbe“, so teilte mir der Herr Lehrer mit, „gilt für die Zahnpflege. Sind die Zahndefekte festgestellt, dann bekommt das Kind eine Anweisung für die Zahnkur, in welcher Plombierungen und Zahnersatz auf Kosten der Gemeinde für die mittellosen Kinder gemacht werden.“

„Und von wo nehmen Sie denn die Bedienung für die Schulärzte und der nötigen Beihilfe her?“ so fragte ich den Lehrer.

Selbstbewußt antwortete er: „Aus der Proportional-einkommensteuer.“

„Sagt ihr denn das Proportionalssystem hier eingeführt?“ „Nun natürlich“, gab er mir zur Antwort.

Da der Lehrer sah, daß ich mich für dieses Gebiet interessierte, lud er mich zur Besichtigung der Schule ein, welcher Einladung ich gern folgte.

Im Konferenzzimmer stand eine Dezimalwaage. Monat für Monat werden die Kinder gewogen, um die körperliche Gewichtszunahme zu kontrollieren.... Das Ergebnis der Abwage und der Größemessung wird auf zwei Formulare niedergeschrieben, wovon ein Exemplar dem Schuldirektor und das andere den Eltern des Kindes eingehändigt wird. Der Arzt bemerkt in die Rubriken, wieviel das Kind zu- oder abgenommen hat und welche Mängel er sonst an der Haltung oder an dem Wachsen des Kindes wahrgenommen hat. In der Anmerkung wird dies den Eltern mitgeteilt und Verhaltensmaßregeln zur Behebung gegeben; zum Beispiel: mehr Fleisch, mehr Milch, mehr Gemüse, weniger Kartoffel, weniger Brot, etwas Honig, viel Aufenthalt in der frischen Luft etc.

In jeder Schule ist auch ein Musikzimmer, weil Violin- und Klavierspiel mit zu den obligaten Lehrgegenständen gehören. „Hier wird die »Herzpflege« besorgt“, erklärte mir der Lehrer.

Die körperliche Entwicklung wird im Sommer und im Winter auf einer gedeckten staubfreien Veranda gefördert, auf welcher verstellbare Wände die Zugluft und den Wind fernhalten. Der Turnunterricht wird je nach der Körperkonstitution des Kindes individuell geleitet.

Daß jede Schule Schulbäder besitzt, ist eine ganz selbstverständliche Sache. Dagegen fehlen die Schulsapellen und werden die Kinder auch sonst nicht zwangsweise in die Kirche geführt.

In den Schulräumen selbst herrscht die peinlichste Sauberkeit. Die schönsten Gebäude, die Basel zieren, sind Schulen. So in Basel....

Als in Wien vor Jahren im Gemeinderat die Sozialdemokraten verlangten, daß Schulärzte und -bäder eingeführt werden sollen, gab der Vandesauschuß Vieleschlafel höhnend zur Antwort: „Na, freilich, das wäre den jüdischen Ärzten recht, wenn sie unsere Mabeln »untersuchen« könnten. Dessenfalsche Bäder für Schulkinder führen zur Schweinerei.“ So in Wien....

Auf einem der größten Plätze in Basel steht eine mächtige Kirche. An der großen, mit Eisen beschlagenen Tür hängt ein Zettel mit der Aufschrift: Städtisches Museum.

Wir treten ein und bemerken vorn ein Stüd Geschichte der Schweiz. Was an Heimat- und Völkertunde aufzutreiben war, ist dort nach Zettelschnitten zusammengestellt worden. Junge Männer und Frauen aus den höheren Schulen sitzen dort mit ihren Paletten und zeichnen mittelalterliche Kunstgegenstände. Als ich das Museum verließ, fragte ich am Ausgang den Wächter, ob es nicht schwere Kämpfe abgesehen habe, bevor man die Kirche in ein Museum umwandeln konnte.

„Durchaus nicht“, gab der Mann zur Antwort. „Ein religiös gesinnter Mann habe eine große Stiftung zum Bau einer neuen Kirche geschaffen. Die Kirche mußte also erbaut werden. Als sie fertig war, war eine zu viel und da hat der Stadtrat beschlossen, die überflüssige Kirche für einen würdigen Zweck einzurichten.“ „Das Würdigste für eine Kirche ist ein Museum“, so erklärte mir der Diener.

Die Schamröte lief mir bis über die Ohren. „Der würdige Zweck für eine überflüssige Kirche ist ein Museum“.... So in Basel....

In Oesterreich werden längst aufgehobene Kirchen von den allerhöchsten Herrschaften wiederum installiert. Würde eine überflüssige Kirche zu einem Museum umgewandelt werden, da würden Regierungen fallen, Straßenkämpfe sich abspielen und das Blut der guten Christen würde in Strömen verspritzt werden. Denn nach dem Begriff unserer Stadtwahlgenossen ist ein Museum ein gar profanes Ding. So in Wien....

Daß die Stadt Basel eine eigene Arbeitslosenversicherung hat und für die Arbeitslosen der Stadt eigene Schreib- und Lesezimmer unterhält, muß besonders bemerkt werden. „War die Errichtung einer Arbeitslosenversicherung für den Stadtrat eine leichte Sache?“ so fragte ich den anwesenden Diener.

„O ja, ganz gewiß, die ganze Stadt wollte es; denn diese Einrichtung trägt sowohl für die Versicherten, als auch für die Geschäftswelt reichliche Zinsen“, antwortete mir der Diener dieser Anstalt. So in Basel....

Wie lange wird es in Oesterreich dauern, bis sich die Regierungsmänner oder die Stadtgemeinden zu einer solchen Ansicht bekennen werden? Wer bei uns aus dem Armenfond eine Unterstützung erhält, wird mit dem Verlust des Wahlrechtes bestraft! So in Wien....

aus der Mitgliedschaft kein sittlich-religiöser Schaden erwächst.

4. Bei dem Satz: »Sollte unter ihnen noch irgendeine Schwierigkeit bestehen, so ist zu deren Lösung der gewiesene Weg folgender: sie sollen sich an ihre Bischöfe um Rat wenden, und diese werden die Sache an den Apostolischen Stuhl berichten, von welchem sie entschieden wird, ist nicht gemeint, daß gewerkschaftliche Schwierigkeiten von den Bischöfen dem Heiligen Vater zur Entscheidung vorgelegt werden sollen, es handelt sich vielmehr, wie aus dem Vorhergehenden sich ergibt, lediglich um eine päpstliche Mahnung an die deutschen Katholiken, fortan bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten auf dem rechten Instanzenwege zu bleiben und die Bekämpfung untereinander einzustellen. Es ist fraglos das Recht der Katholiken, in ihren Gewissensangelegenheiten den Rat, beziehungsweise die Entscheidung ihrer kirchlichen Oberen einzuholen.

5. Die Wendung im vorletzten Abschnitt der Enghilfa: »wo in Anbetracht der Dürftverhältnisse die kirchliche Obrigkeit es für gut befunden hat, solche Gewerkschaften unter gewissen Vorsichtsmahregeln zuzulassen«, bedeutet keine Einschränkung gegenüber der generellen Fassung, in der im Abschnitt »In dieser Hinsicht« die Zulässigkeit der christlichen Gewerkschaften für die deutschen Diözesen erklärt worden ist.

Stegerwald erklärte dazu: »Den hier niedergelegten Grundsätzen sind die christlichen Gewerkschaften stets gerecht geworden.« Gegen falsche Auslegungen der »Berliner« werden sich die christlichen Gewerkschaften zu wehren wissen. »Jangt nur einmal mit der Konstruktion katholischer und gemischter Gebiete an und sucht damit das Ausbreitungsgebiet der christlichen Gewerkschaften einzuzengen. Sich Berlin wird bei diesem Bestreben an den christlichen Gewerkschaften eine unbestürmbare Mauer, eine unüberwindliche Festung finden. Agitatorische Schwierigkeiten habe man von den »Berlinern« nicht zu befürchten. Das sozialwirtschaftliche System der »Berliner« ist untauglich, weil es die Arbeiter der Willkür der Unternehmer ausliefert.

Eine kirchliche Beaufsichtigung der Gewerkschaften in ihren Einzelmaßnahmen bei Vertretung der Arbeiterinteressen wäre undurchführbar. Die Gewerkschaften können nicht etwa geistliche Beiräte mitbringen bei Verhandlungen mit den Unternehmern. Viele der letzteren wie auch der Sozialdemokraten würden die Mitwirkung der Geistlichen bei Regelung sachlicher und gewerblicher Angelegenheiten ablehnen. Zu erspriechlichen Verhandlungen gehört ferner eine Menge Sach- und Sachkenntnisse, die nur der Gewerbeangehörige sich aneignen kann. Aber auch den Religionsgesellschaften selbst würden bei einer Einmischung in gewerkschaftliche Einzelfragen unüberschaubare Schwierigkeiten erwachsen.

Die Gewerkschaftsbewegung darf nicht einseitig vom kirchlich-seelsorgerischen Standpunkt aus betrachtet werden. Sie muß vielmehr gewürdigt werden als ein notwendiges Glied des in seiner Neubildung begriffenen Wirtschaftsorganismus. Alles drängt darin zur organisierten Zusammenfassung der wirtschaftlich gleich Interessierten. In dieser Entwicklung können und dürfen die Arbeiter nicht zurückbleiben. Sie dürfen ebensowenig dabei ihre Stellung durch unnötige Zersplitterungen gegenüber den einheitlichen Organisationen der übrigen Stände schwächen; vor allem müssen sie der mächtigen Arbeitgeberorganisation eine Gewerkschaft von entsprechender wirtschaftlicher Bedeutung entgegenstellen können. Die Massenarmee der Lohnarbeiter strebt naturgemäß nach einem größeren Anteil an den Erfolgen der produktiven Arbeit. Die Gesetzgebung allein kann das unmöglich bewirken. Daneben sind vielmehr starke Organisationen notwendig, die befähigt und instand sind, an der notwendigen Umformung und Umgestaltung dieses gewaltigen Organismus mitzuwirken. Wenn die christlich-nationale Arbeiterschaft sich nicht in die Ecke drückt und diese Arbeit der Sozialdemokratie allein überlassen will, dann bleibt ihr nichts anderes übrig, als die Verbindung in starken, einflussreichen Organisationen. Und das sind heute neben den sozialdemokratischen in Deutschland die christlichen Gewerkschaften.

Die christlichen Gewerkschaften sind in Deutschland aber auch eine staatliche Notwendigkeit. Die Sozialdemokratie wird sich in absehbarer Zeit mit

der bürgerlichen Gesellschaft auseinanderzusetzen müssen. Da dies im Rahmen des Parlamentarismus nicht möglich ist, bleibt ihr letzten Endes kein anderes Mittel übrig als der politische Massenstreik, den sie schon 1905 in ihre Kampfmittel aufgenommen hat. Solange in Deutschland eine starke christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist, sind diese Pläne der Sozialdemokratie nicht realisierbar. Auf anderem Wege als mit Hilfe einer starken nichtsozialdemokratischen Arbeiterbewegung sind die antinationalen Bestrebungen der Sozialdemokratie nicht zu überwinden.

Schließlich kann aber die Sozialdemokratie in Deutschland auch nicht mehr überwunden werden mit politischer Gewalt. Dafür ist sie schon viel zu stark und sitzen ihre Ideengänge viel zu tief in den breitesten Volksmassen. Man hat sie während des Sozialistengesetzes nicht zu unterdrücken vermocht und bringt es auch heute mit staatlichen Ausnahmsregeln erst recht nicht fertig. Auch durch Entgegenkommen ist die Sozialdemokratie mit dem gegenwärtigen staatlichen Organismus nicht auszuöhnen. Bei der letzten Reichstagswahl hat die Sozialdemokratie dort am stärksten zugenommen, wo man ihr seitens der einzelstaatlichen Regierungen am weitesten entgegenkommen ist. In Süddeutschland wollten anscheinend einzelne Regierungen der Sozialdemokratie so weit entgegenkommen, bis schließlich nichts mehr anderes übrig blieb als Sozialdemokraten. Auch ist die Sozialdemokratie nicht mehr zurückzudrängen mit politischen Finessen, das ist vielmehr nur möglich, wenn neben einer zielklaren ausgleichenden Politik eine starke christlich-nationale Arbeiterbewegung auftritt, die die Sozialdemokratie zwingt, allmählich andere Wege einzuschlagen. (Lebhafte Beifall.)

Durch das Wort »christlich« ist unsere Richtung bestimmt. Mit diesem Wort wollen wir keinesfalls einen neuen religiös verpflichtenden Begriff konstruieren. Wir haben stets und immer gesagt: Wir sind keine kirchlichen Organisationen. Mit einem verschwommenen Christentum, das uns verschiedentlich unterstellt wurde, haben die christlichen Gewerkschaften nichts gemein. (Sehr richtig) Man hat es uns allerdings sehr schwer gemacht, uns auf diesem Boden zu betätigen. Die ewigen Benennungen, denen unsere Bewegung in den letzten Jahren ausgesetzt war, kann sie auf die Dauer nicht ertragen. Ich wiederhole meine Dresdener Erklärung an die Adresse unserer Berliner Kritiker: »Wenn ihr eure Angriffe auf unsere Bewegung wieder aufnehmen wollt, dann tut es. Ihr schadet letzten Endes der Sache, der ihr dienen wollt, viel mehr, als ihr den christlichen Gewerkschaften schaden könnt.« (Sehr richtig) Ich unterbreite heute diese Worte. Ob die Mahnung des Apostolischen Stuhles an die deutschen Katholiken, sie möchten in Frieden miteinander leben, seitens der »Berliner« befolgt werden wird, begegnet berechtigten Zweifeln. Freuen soll es uns, wenn sie nicht in Erfüllung gehen. Leider ist wenig Aussicht vorhanden, daß der Friede gemacht bleibt. Eine Reihe Zeitungen der gegnerischen Richtung überbietet sich in maßlosen Angriffen auf die christlichen Gewerkschaften.

Stegerwald schließt: »Wir können selbstverständlich solche Angriffe in Zukunft nicht mehr unerwidert lassen. Wir wünschen solche Auseinandersetzungen nicht und hoffen, daß man unseren Essener Kongreß allseitig versteht. Unsere Gewerkschaftsbewegung bedarf der endlichen Ruhe und beansprucht rüchhaltlos genau dieselbe Achtung und Bewegungsfreiheit, wie sämtliche gleichartigen Organisationen der übrigen Stände. Das ist unser unbedingter Standpunkt.« (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Im Sinne des Stegerwald'schen Referats, das als Broschüre gedruckt vorlag, bewegten sich auch die Erklärungen von Vertretern mehrerer Gewerkschaften. Die Erklärung des Herrn Wieber vom »christlichen« Metallarbeiterverband lautete dahin: »Die Arbeiterschaft bedeutet für die Arbeiter mehr als man in Nichtarbeiterkreisen vielfach annimmt. In dem Wettbewerb der Kräfte im Wirtschaftsleben bedeutet der einzelne Arbeiter gar nichts, erst die Organisation gibt ihm Rückhalt. Wenn dem Arbeiter diese Organisation ersichert wird, unmöglich gemacht wird, so wird er rechtlos und dem Wohlwollen der Unternehmer ausgeliefert. Solange andere Gesellschaftskreise sich organisieren, sind die Arbeiter gezwungen, dies ebenfalls zu tun. Wir stehen den größten Kapitalmächten gegenüber; nie-

mals werden uns aus freien Stücken Verbesserungen zubehilligt. Die Unternehmerverbände sind ebenfalls interkonfessionell, sie werfen aus nichtigen Gründen Tausende von Arbeitern auf die Straße. Wegen 25 Formern sind in Sagen über 25.000 Metallarbeiter ausgesperrt worden. (Lebhafte Hört! Hört!) Wir werden selbständig bleiben wie bisher. Sätten die Unternehmer soviel Respekt vor der kirchlichen Behörde wie die Arbeiter, dann würde mancher Streit vermieden werden. (Lebhafte Beifall.) Aber die Unternehmer kümmern sich ja nicht einmal um die Autorität des Staates. Vor 23 Jahren hat kein geringerer als Kaiser Wilhelm II. die Industriegewaltigen ermahnt, mit den Arbeitern zu unterhandeln. Trotz dieser kaiserlichen Mahnung sind wir heute noch keinen Schritt weiter gekommen. Wenn heute abgewogen würde, wer im Wirtschaftsleben mehr religiöse Grundsätze vertritt, der Arbeiter oder der Unternehmer, dann würde das Rینگlein sehr zugunsten der Arbeiter ausschlagen.« (Lebhafte Beifall.)

Zum Schluß nahm Reichstagsabgeordneter Giesberts das Wort, um zu erklären, daß den alten Streitigkeiten in der christlichen Gewerkschaftsbewegung nichts ferner gelegen hat, als die Arbeiter vom christlichen Glauben abzuwenden. Wenn es uns lediglich darauf angekommen wäre, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten, dann hätten wir zu den Sozialdemokraten gehen können. Der Sozialdemokratie ist kein entschiedenerer und kein gefährlicherer Gegner erstanden als in unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Wer unsere Bewegung schädigt, fördert damit die Sozialdemokratie und den Unglauben. Ein Gefühl der Bitterkeit steigt in aller unserer Herzen auf durch die Angriffe aus eigenem Lager. (Lebhafte Zustimmung.) Dieser Kongreß bedeutet nur unsere Disziplin, denn die Stimmung in unseren Arbeiterkreisen ist eine viel schärfere als hier zum Ausdruck kommt. (Stürmische Zustimmung.) Dieser Kongreß entspringt nicht dem Willkür einzelner Führer, sondern er war eine Pflicht gegenüber unseren treuen Mitgliedern im Lande. (Stürmischer Beifall.)

Redner empfahl schließlich, einen Aufruf an die christlich-nationalen Arbeiter zu erlassen, trotz aller Bitterkeit treu zur Fahne der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu stehen. (Stürmischer Beifall.) Einstimmig wurde beschlossen, diesen Aufruf ins Land gehen zu lassen.

Mit einem Schlußwort des Vorsitzenden Franz Behrens (Essen) wurde der Kongreß nach vierstündiger Dauer geschlossen, und alle Beteiligten freuten sich, daß die so gut verlaufene München-Gladbacher Kraftprobe gegen Rom so buchstabenmäßig eract nach dem vorher von München-Gladbach durchgesehenen Programm verlaufen war.

Die Resolution, aus der wir einen Auszug wiedergeben, legt erneut fest, »daß die christlichen Gewerkschaften auf der Grundlage der Dresdener Beschlüsse verharren. Dann heißt es wörtlich: Die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter haben auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Selbsthilfe denselben Weg eingeschlagen, den vor ihnen alle anderen Erwerbschichten gegangen sind. Sie behaupten die gleiche Selbstständigkeit, wie Hunderte einflussreicher und mächtiger Unternehmerorganisationen, wie Tausende gewerblicher und häuerlicher Genossenschaften, Bauernvereine, Innungen, Detaillistenverbände, Vereinigungen der Ärzte, Juristen, Beamten zc. Erneut betonen wir, die christlichen Gewerkschaften, die mit dem wirtschaftlichen und nationalen Leben Deutschlands aufs engste verknüpft, sind die einzige deutsche Gewerkschaftsorganisation, die sich neben der sozialdemokratischen Bewegung entscheidende Bedeutung verschafft hat. Sie sind nach deutschen Verhältnissen eine soziale, wirtschaftliche und nationale Notwendigkeit. Staat und Volks-

Die Genossenschaftsbewegung ist in Basel wohl in der denkbar weitesten Art ausgebildet. Der Arbeiter-Konsumverein unterhält in der Stadt 70 Filialen. Er ist es, der die Preise diktiert, die die übrige Kaufmannschaft akzeptiert. Ich fand keine Zeitung und kein Protokoll des Kantonsrates, worin über die Genossenschaftsbewegung Klage geführt worden wäre. In diesem Konsumverein bekommt man, vom Kinderkleidchen angefangen bis zum Stadtpelz, von der Kinderspielerlei bis zu der hübschesten Wohnungseinrichtung, alles, was der Mensch braucht. Wenn die Entwicklung in gleicher Weise, wie in der Vergangenheit, fortschreitet, so wird der Konsumverein in ungefähr 20 Jahren die Stadt Basel vollkommen verprobantieren können.

In Basel lobt und schätzt man diese Einrichtung, in Oesterreich schimpft man darüber und macht Gesetze, diese Bewegung zu hindern.

Oesterreich präsentiert sich auch sonst ganz nett in der Schweiz. In jedem Zigarrenladen bekommt man österreichische Zigarren. Nur sind dieselben in ihrer Qualität bedeutend besser wie im Inland und genau um die Hälfte billiger. Eine Wempis beispielsweise, die in Oesterreich 5 S. kostet, bekommt man in der Schweiz für 3 Centimes. Daraus ersieht man, daß die österreichische Tabakregie mit 800 Prozent Profit arbeitet. Als ich den Schweizern die Mitteilung machte, daß wir in Oesterreich die viel schlechteren Zigarren um die Hälfte teurer bezahlen müssen als in der Schweiz, wo wir doch zweifellos den Zigarrenverläufern hohe Provision geben müssen, Fracht- und Zollspesen zu tragen haben, da lachten sie, daß ihnen die Augen übergingen.

Daß die Hotelwirtschaften besser ausgestaltet sind und das Leben im Hotel billiger kommt wie in Oesterreich, liegt auf der Hand. Wer in Oesterreich ein Hotel bauen will, der muß zuerst durch die hundertlei Verordnungen Spießruten laufen; der wird solange molestiert und fesselt, muß seine Anschläge und Pläne so oft ändern, daß die Kosten derselben oft den Baukosten nahe kommen.

Ganz anders in der Schweiz. In den fashionabelsten Hotels ist die billige Polstiege zumeist noch als Schönedensiege angebracht. Die Korridore sind durchwegs nur so breit, daß

kaum zwei Personen nebeneinander gehen können. Im ganzen Hotel ist jeder Raum zweckmäßig ausgenutzt. Auf den Stiegen und Gängen da wohnen keine Passagiere, sagt der Schweizer. Dafür aber sind die Zimmer vorzüglich ausgestattet. Da nun durch diese billige Bauart ein Hotel mehr als die Hälfte billiger kommt, als in Oesterreich, so gehört das Hotelgewerbe zu den ertragreichsten Unternehmungen.

Doppelte Eshäuser mit vier Fronten haben nur einen Eingang. Raum- und Grundausnützung ist das erste Gebot, das jedem Techniker vorschwebt.

Friseur, Schuhmacher, Glaserer, kurz, alle jene Gewerbe, die mit geringem Ertrag arbeiten, haben keine teuren Gassenläden wie in Wien, sondern begnügen sich mit einem Hof- oder Korridorlokal. Würde ein Friseur oder ein Schuhmacher ein teures Gassenlokal aufnehmen, so würde er als ein unrationeller Geschäftsmann bezeichnet werden. So in Basel....

Daß Basel die Heimatstadt von Böcklin und Holbein ist, ist allgemein bekannt. Von Böcklin sind 23 Gemälde von der Stadt angekauft und denselben ein eigener Saal zugewiesen worden. Selbst die vier Plaketten, mit welchen Böcklin die Spieher Basels verhöhnnte, sind dort zu sehen. Die Stadt setzt einen großen Stolz daran, die besten Gemälde ihres großen Künstlers zu besitzen und ist bereit, die noch zu bekommenden Bilder um... den schwersten Opfern anzukaufen.

Wie ganz anders in Wien. Wer ist der Besitzer von Rudolf Arlt, von Markart zc. zc. Alle diese Künstlerwerke sind in privatem Besitz, die Bevölkerung hat nicht das Glück, die Werke ihrer großen Meister in öffentlichen Museen bewundern zu können. In Wien verwendet man die städtischen Steuern zu Kirchenbauten, zur Subventionierung schwarzer Gesellschaften und zur Bekämpfung der Arbeiterkraft.

Das ist der Unterschied zwischen Wien und Basel.

Neben diesen aufgezählten Fortschritten hat die Schweiz eine Einrichtung in ihrem Gemeinwesen durchgeführt, die wohl einzig dasteht und als europäisches Beispiel gelten kann:

Das Ärzte- und Gesundheitswesen. Es gibt wohl im Kanton Basel sowie in der ganzen Schweiz keine Gemeinde, die nicht ihren Amts-, beziehungsweise Gemeindegart besitzt, der von dieser zum Teil besoldet wird. Der Gemeindegart gehört genau so wie die Schule zu den unentbehrlichsten gesellschaftlichen Einrichtungen der Schweiz. Durch Unterrichte und Vorträge wurde der Bevölkerung die Erkenntnis beigebracht, daß die Gesundheit jedes einzelnen das höchste Gut des Gemeinwesens ist. Der einzelne weiß, daß er durch eine ansteckende Krankheit die ganze Gemeinde, ja selbst das Land in Gefahr bringen kann. Jeder Arbeiter und Bauer besucht daher jährlich zweimal den Arzt. Diese Ausgabe wird von dem Schweizer Arbeiter als ganz selbstverständlich getragen, als ob es sich um die wiederkehrenden Prämien der Krankenkasse, der Lebensversicherung oder der politischen und gewerkschaftlichen Organisation handeln würde. So in Basel....

Bei uns hat das Gemeindeoberhaupt und der politische Führer des Bürgertums, Dr. Karl Rueger, den unvergeßlichen Ausdruck in Sachen der Gesundheitspflege getan: Eine alte Dirrkrauterin sei ihm hundertmal lieber, als ein wissenschaftlich gebildeter Arzt.« So in Wien....

Längs der Terrasse des alten Münsters fließt majestätisch der Rhein dem Elsaß zu. Die schmude Landschaft mit ihren hingefäeten Dörfern und Weilern sendet ihren Abendruß durch die untergehende Sonne der Stadt zu. Die ganze Rheinlandschaft spiegelt sich, bevor sie zur Ruhe geht, nochmals in den großen Bogenfenstern des historischen Domes.

Ein herrlicher Anblick, der die Seele weitet. Unwillkürlich drängt sich mir die Strophe auf die Lippen: »Zum Rhein, zum freien, deutschen Rhein!«....

Dieses schöne und glückliche Land war einmal ein Teil des alten Habsburgerreiches. Hierher sendeten wir unsere Gefler und Landbögte, die das Wahrscheide Oesterreichs, »den Gut«, zur Ehrerbietung aufpflanzten.

In den Museen zu Basel liegen die Wotschaften (Urkunden), mit welchen die Abgesandten die Helben von Sankt Moriz und Margareten österreichisch machen wollten.

gesamtheit haben ein Lebensinteresse daran, daß nicht die antinationale Christenfeindliche Sozialdemokratie die allein herrschende Monopolstellung in den deutschen Gewerkschaften erreiche. An Charakter, Organisationsform und künftiger Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften wird an allen diesen Erwägungen nichts geändert. Wir arbeiten weiter wie bisher."

Die ganze Haltung beweist wohl deutlich, daß die christlichen Gewerkschaften sich mit den anmaßenden Diktat der kirchlichen Oberhoheit abgefunden haben. Sie werden auch in Zukunft bleiben, was sie bisher waren: Sakaien der kirchlichen Hierarchie!

Ein Vorgefecht ums Koalitionsrecht.

Es geht ein böser, scharfer Wind durch Europa. Das Koalitionsrecht, dieses heiligste, wichtigste Recht aller Unterdrückten und Ausgebeuteten, soll weggefegt werden. Solch hohes Ziel haben sich die Feinde der arbeitenden Menschheit gesetzt und mit dem Aufwand aller Kräfte streben sie ihm zu, alles, was ihnen hinderlich ist beim Marsche, von sich werfend und sei es ihre bessere Vergangenheit. Mit Recht erblicken die Herrschaften im Koalitionsrecht den Ursprung des Trobes und des Widerstandes derer, die sich nicht weiter ausbeuten lassen wollen. Und am meisten Schmerz bereitet ihnen der Widerstand der Arbeiter. Doch haben sie alle wenigstens das eine aus den Kämpfen der letzten Jahrzehnte gelernt, daß es nicht rasam ist, mit der Arbeiterschaft Kämpfe um das Grundrecht, ja Kämpfe überhaupt zu führen oder zu eröffnen. Viel zu wichtig und nüchtern hat die Arbeiterschaft die Bedeutung des Koalitionsrechtes einzuschätzen gelernt.

Man kann es daher durchaus nicht als Zufall bezeichnen, wenn wir allenthalben den Angriff von einer anderen Seite an das Koalitionsrecht heranführen sehen. Die Not der Zeit hat viel weiteren Kreisen Belehrung über die Bedeutung der Koalitionen, der Zusammenfassung der Kräfte zum Zweck gemeinsamen Vorgehens und leichteren Erfolges gebracht. Schon lange haben die Gewerkschaftsorganisationen, dieses vollkommenste und verlässlichste Instrument, durch dessen Handhabung das Koalitionsrecht erst zu einem lebendigen Recht wird, aufgehört, ein Privilegium der industriellen, gewerblichen und sonstigen Arbeiterschaft zu sein. In immer höhere Schichten der Bevölkerung drangen die zwei Grundanschauungen der gewerkschaftlichen Bewegung: daß man sich als Verkäufer seiner Arbeitskraft nicht schämen darf, sich als Arbeiter zu betrachten und daß niemand unter den Arbeitern im weitesten Sinne des Wortes so gut und so sicher gestellt ist, daß er auf die Solidaritätskundgebung Verzicht leisten könnte.

Die letzten Jahre brachten uns eine Reihe von Gewerkschaftsorganisationen in Verufen, in denen man es noch kurze Zeit zuvor kaum erwartet hätte. Noch viel interessanter als die Neugründungen von Gewerkschaften sind aber die Umwandlungen alter, jahrelang bestehender Vereine in gewerkschaftliche Organisationen, denn diese Umwandlungen sind eben der sichtbare Beweis, daß die gewerkschaftliche Taktik in diese Schichten nicht künstlich hineingetragen wurde, sondern ein Erfolg des eingehenden Nachdenkens über die Lage der betreffenden Schichte der Angestellten ist. Die Arbeiterschaft konnte diese Entwicklung nur begrüßen.

Entsetzt waren davon die Machthaber, die Ausbeuter aller Kategorien. Es war aber auch entsetzlich, zu sehen, wie endlich auch die Angestellten der Mutterbetriebe, der Staatlichen, der Landes- und Kommunalbetriebe sich nach und nach aus den Illusionen ihrer besonderen Stellung zu befreien beginnen und sich immer mehr und mehr der, sagen wir: natürlichen Denkungs-

Zum Andenken an diese „glorreiche Zeit“ tragen jetzt die Schweizer Arbeiter in ihren Fahnen folgende Widmung:

„Möge für jeden Tyrannen,
Stets ein Zell den Bogen spannen.“

Schwer wie ein Alp drückt es auf meine Brust... Die Bilder des alten Habsburgerreiches ziehen wie im Kaleidoskop vor meinen Augen vorüber.

Das Habsburgerreich, in dem einstmal die Sonne nicht unterging, hat sich seither gewaltig verändert. Die Politik der Geßler und Landvögte ist uns geblieben....

Aber auch sonst sieht man recht menschlich anheimelnde Bilder. Wenn man durch die Gassen schlendert und deren Namen liest, hat man die Empfindung, wach großen Einfluß Gottfried Keller auf den Sprachgebrauch der „Schwizer“ ausübt. So zum Beispiel nennen sie die Baumgasse „Bäumeingasse“, den in dieser Gasse befindlichen Kantonalarrest das „Bäumle“, die Storchengasse „Störchleingasse“, die Kinder-gasse „Kinderleingasse“ z. Selbst im geschäftlichen Umgang kommt Kellers „Leute zu Selbwylla“ zum Ausdruck.

Welcher Besucher in Basel hatte nicht den Wunsch gehabt, eine dortige Speisefarte, von unserem „Ubel-Quartett“ vertont und gesungen, zu hören?

Welche Nachsalben müßten die Leibgerichte der Schweizer auslösen, wenn die Oehri und Schnäuzle mit Kraut oder Wienerli mit Meerrettig zum Vortrag kämen?

In wela anmutiger Weise beispielsweise die Wirte ihre Gäste einladen, soll ein Spruch aus einer Restauration aus der Freiergasse zeigen:

Wart a bißl,
Trink a bißl,
Siß a bißl nieder,
Und wenn du mich verlassen mußt,
So geh' und komm' gleich wieda!"

Es ist fast unglaublich, was aus den Schwizern ohne Landesvater und Landesmutter geworden ist. R. M.

art nähern. So vielverheißend es uns vorkam, so betäubend schien dies alles und unheilverkündend den anderen. Und so richteten sie denn auch ihren ganzen Zorn gegen die neuen Organisationen. Zweierlei glaubten sie damit erreichen zu können: die Organisationen der neu zur gewerkschaftlichen Bewegung und Methode gestofenen Schichten zu zertrümmern und damit den eigenen Profit, das eigene Interesse besser zu schützen, und zweitens das verhasste Koalitionsrecht von dieser Seite auszuhöhlen und damit auch der Arbeiterschaft einen schweren Schlag beizubringen.

Wohl hat man damit nicht überall das erwünschte Ziel erreicht; im Gegenteil, aus verschiedenen Ländern kamen Nachrichten von der Gründung beispielsweise sozialistischer Lehrergewerkschaften oder dem Anschlusse bestehender Vereine von Lehrern und Beamten an die Zentralen der Arbeiterbewegung. Hand in Hand mit der Entwicklung aber geht auch der Kampf der öffentlichen Mächte gegen die neuen Gewerkschaften, gegen die Organisation der Angestellten öffentlicher Körperschaften. Schon vor Jahren sahen wir in Italien und dann bei uns die Eisenbahner durch Militarisierung bedroht, wenn sie durch den „berlogenen Streik“ — diese tödliche Bezeichnung der passiven Resistenz durch den ehemals sozialpolitischen Herrn v. Philippovich wird man sich gut merken müssen — eine Besserung ihrer Verhältnisse herbeizuführen sich anschickten. Als diese Methode nicht ganz die Erfahrungen erfüllt hat, griff man zu radikaleren und wollte den Eisenbahnern das Recht auf Koalitionen vollständig, aber gefesselt rauben. So betätigte sich der ermordete spanische, „demokratische“ Ministerpräsident Canalejas, genau so benahm sich die Regierung des republikanischen Frankreich den Lehrersyndikaten gegenüber.

Und nun kam auch Oesterreich wieder, das seinen Beamten so lange eine Dienstrapamatil verweigerte. Auch bei uns beabsichtigte man eine Konfiskation des Koalitionsrechtes der öffentlichen Beamten und Angestellten. Wenn man sich diese Absicht in Zusammenhang bringt mit dem allgemeinen Beginn des organisierten Ausbeutertums und seiner parlamentarischen Helfer, erkennt man sofort die Gefahr, die daraus auch der organisierten Arbeiterschaft erwächst. Die Regierung hat in ihrer Vorlage den Koalitionsrechtsraub in Paragraphen gebracht, das Abgeordnetenhaus hat allerdings daran eine gründliche Korrektur vorgenommen. Da kam aber der Hort aller Rückständigkeit, die Lust nach aller Ausbeuter, da kamen die Herren aus dem Herrenhaus, um das Unrecht wieder herzustellen: sie fühlen in sich den Beruf zu solchen Dingen. Als die Beamten von der Absicht des Herrenhauses Kenntnis erlangten, haben sie in einer mutigen Kundgebung ihren Standpunkt gekennzeichnet dahingehend, daß sie schon aus Rücksicht auf die übrigen arbeitenden Menschen in Oesterreich auf das Koalitionsrecht nicht verzichten werden. Auch sie haben den Zusammenhang ihrer Angelegenheit mit der Sache der Arbeiterschaft erkannt. Der Kampf der österreichischen Staatsbeamtenschaft ist ein ebenso interessanter wie wichtiger Teil des allgemeinen Kampfes um das Koalitionsrecht, und deswegen verdient er die größte Sympathie der Arbeiterschaft. Nun hat das Herrenhaus gesprochen und die Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten wurden, können und dürfen nicht mit Schweigen übergangen werden. Vor allem sind es die Reden des Ministers des Innern und zweier Leuchten des fortschrittlichen Bürgertums, des Gouverneurs der Bodenkreditanstalt, Sieghart, und des Professors Philippovich, dessen Namen sonst mit besonderer Ehrfurcht genannt zu werden pflegte. Herr v. Seinfelds Rede ist eine besonders lehrreiche Einleitung zu den großen Kämpfen, die der Arbeiterschaft bevorstehen. Es kann keine aufreizendere Rede geben, es kann keine offenere Aufpeitschung der Ausbeutergelüste geben, als eben die Rede des Herrn v. Seinfeld war. Das war der Geist vom Geiste der österreichischen Regierung, die berufen ist, bestehende Gesetze zu schützen. Nicht wegen der verschiedenen Agitationen, sondern trotz dieser Agitationen schreitet die Regierung an die Regelung der Verhältnisse der Beamtenschaft; die vielen Unschuldigen sollen nicht für die Schuldigen büßen müssen. Die Ausnützung der Kraft der Organisation ist also ein Verbrechen. Hört, Ausbeuter, so spricht der Minister des Innern. Und er fuhr fort: „Sollte es aber zu einem unüberlegten Schritt, zu einem Kampf (zum Streik) kommen, dann muß dieser Kampf mit aller Energie zu Ende geführt werden.“ So muß man es machen; so wird der Staat als Arbeitgeber verfahren, wolle ihr, private Unternehmer, zurückbleiben? Ja, noch ärger kam es: Herr v. Seinfeld brachte es fertig, aus einem Kampf um Verbesserung der Verhältnisse der Beamten einen Kampf gegen den Staat als Arbeitgeber zu konstruieren: „Und ein Staatsorgan, das sich gegen den Staat wendet, ist nach meiner Meinung nicht wert, das Ehrenkleid des Staatsdieners zu tragen.“ Im Ehrenkleid zu hungern, ja, aber im Ehrenkleid zu kämpfen, nein. So ein Staatsdiener muß hinausgeworfen werden. Ihr versteht die Ruhantwendung auf private Betriebe.

Trat der Herr Minister so aus der Reserve, hatten die beiden anderen Redner noch viel weniger Grund zurückzubalten. Und da bereiteten sie vielen Leuten eine schmerzliche Ueberraschung. Hat ja Herr Sieghart beim Antritt seines jetzigen Amtes in einer schönen Rede eine tiefe Verbeugung vor der Berufsorganisation der Beamten gemacht. Man konnte also annehmen, daß er diese Anschauung auch sonst aufrechterhalten dürfte. Und Herr Professor Hofrat Philippovich? Er war ein Mann, von dessen sozialpolitischer Reife und Erkenntnis die Arbeiterschaft verschiedenes erwarten zu dürfen glaubt hat. Der Herr Hofrat wünscht ein beschränktes Koalitionsrecht. Ist das nicht eine Empfehlung seiner Person für einen der nächsten Ministerwechsel, so ist das die Folge des Besuches des Herrn Hofrates bei den Unternehmerorganisationen. Wissenschaft und Ausbeutung: da haben wir wieder die Koalition. Bei der Verprechung des Koalitionsrechtes der Beamten trat sie in Erscheinung. Nun müssen wir unsere Aufmerksamkeit erhöhen, denn der Kampf der Staatsbeamten ist nur ein Geplänkel, ein Vorgefecht.

Gelbe Speichelleder.

Wir haben bereits wiederholt aufgezeigt, wie eine der rücksichtslosesten und brutalsten Privatbahnverwaltungen Oesterreichs ihre Bediensteten und Arbeiter auf raffinierte Art in die eigens von der Verwaltung ins Leben gerufene gelbe Organisation einzufangen sich bemüht. Wie dieser gelbe Verein bei der Auffig-Teplizer Eisenbahn, um die es sich dabei handelt, von der Direktion und vom Verwaltungsrat unterstützt und gefördert wird, das beweisen wieder einmal die nachfolgenden Schriftstücke, mit denen die Leitung des „Unterhosenvereines“ ihre eingefangenen Mitglieder von den „Gnadentafeln“ der Direktion in Kenntnis setzt.

An alle Vereinsmitglieder des Vereines der Unterbeamten, Diener und Arbeiter der Auffig-Teplizer Eisenbahn.

Von dieser Vereinsgründung wurde die Direktion unseres Dienstgebers verständigt, sie hat uns jede mögliche Förderung unserer Vereinszwecke in Aussicht gestellt und diese Förderung auch bereits in freigebiger und überaus dankenswerter Weise bestätigt.

Der Vereinsvorstand erhielt folgende Zuschrift:

An den Verein der Unterbeamten, Diener und Arbeiter der Auffig-Teplizer Eisenbahn in Auffig.

In Erledigung ihrer Eingabe vom 28. September 1912 nehmen wir die Gründung einer Rechtsschutzkasse nach Maßgabe der uns vorgelegten Bestimmungen mit besonderer Befriedigung zur Kenntnis.

Mit Genehmigung unseres Verwaltungsrates sichern wir Ihnen vorläufig für die Jahre 1912 und 1913, soweit die eigenen Mittel der Rechtsschutzkasse nicht zureichen, als Beitrag zu den in diesen Jahren seit den der Rechtsschutzkasse für den von ihren Teilnehmern bestimmungsgemäß beanspruchten Rechtsschutz zu zahlenden Kosten einen Betrag bis zum Höchstbetrage von je 200 Kr. jährlich zu.

Hiedurch soll auch die Bildung eines Reservefonds gefördert werden. Von dieser Zusicherung ist der Verwaltungsausschuß der Rechtsschutzkasse zu verständigen. Letzterer hat in jedem einzelnen Rechtsschutzfalle nach Durchführung desselben uns die Kostenrechnung unter gleichzeitiger Vorlage eines Ausweises über die vorhandenen Mittel der Rechtsschutzkasse zu überreichen, worauf im Sinne obiger Zusicherung die Anweisung des erforderlichen Betrages erfolgen wird. Wir behalten uns weitere Entschlüsse für den Fall vor, daß die aus den Mitgliedsbeiträgen stammenden Mittel der Rechtsschutzkasse und der zu bildende Reservefonds nach Ende 1913 sich noch nicht als ausreichend erweisen sollten.

Teplitz, am 26. Oktober 1912.

D.-Z. 28.769.

Enderes m. p.

Die Rechtsschutzkasse hat bereits in einem Falle Rechtsschutz gewährt; derselbe endete mit einem freisprechenden Urteil. Die Kosten dieses Falles betragen Kr. 320.00.

In Erledigung eines Erjudens des Verwaltungsausschusses der Rechtsschutzkasse erhielt derselbe von der Direktion folgendes Schreiben:

D.-Z. 32.600.

An den Verwaltungsausschuß der Rechtsschutzkasse des Vereines der Unterbeamten, Diener und Arbeiter.

.... Zu Händen des Obmannes Herrn Wagenmeister Hofmann in Auffig.

Wir haben den Bericht über den seitens der Rechtsschutzkasse des Vereines der Unterbeamten, Diener und Arbeiter der A. T. C. dem Verschieber Rudolf Keinitz in Angelegenheit des Unfalles vom 30. April 1912 in der Station Dury gewährten Rechtsschutz sowie den Ausweis über den Stand der Geldmittel Ihrer Kasse zur Kenntnis genommen.

Am Grunde unseres Erlasses vom 26. Oktober 1912, D.-Z. 28.769/12, an den Vorstand des Vereines der Unterbeamten, Diener und Arbeiter der A. T. C. bewilligen wir Ihnen zur Bezahlung der vorgelegten Rechnung des Rechtsanwaltes Dr. Kornfeld in Dury den Betrag von Kr. 320.00, welcher in der Anlage mitfolgt.

Dadurch werden Sie in die Lage versetzt, Ihre derzeitigen Geldmittel für Zwecke der Bildung eines entsprechenden Reservefonds unangetaut zu lassen. Sollten Sie bei Bezahlung der Rechnung eine Mäßigung des berechneten Betrages erwirken, haben Sie das Ersparnis uns nicht rückzustellen, sondern ebenfalls zur Bildung eines Reservefonds zu verwenden und Ihrem Einlagsbuch der Auffiger Sparkasse einzulegen. Schließlich empfehlen wir Ihnen dringend, auf die pünktliche Einzahlung der Teilnehmerbeiträge Bedacht zu haben. Die vorgelegte Rechnung des Dr. Kornfeld samt dem Begleitbrief folgt in der Anlage zurüd.

Teplitz, am 5. November 1912.

Enderes m. p.

Ferner erhielt der Verein folgenden Erlaß:

D.-Z. 25.320.

An den Verein der Unterbeamten, Diener und Arbeiter der Auffig-Teplizer Eisenbahn.

Zu Händen des Obmannes in Auffig.

In Erledigung Ihrer Eingabe vom 20. August 1912 finden wir uns mit Genehmigung des Verwaltungsrates bestimmt, Ihnen bis auf weiteres für Vereinszwecke, insbesondere für Zwecke der für Ihre Mitglieder errichteten Kleiderkasse, das im Kellergeschoß des Aufnahmgebäudes unserer Station Auffig, Teplizer Bahnhof, befindliche und bisher von der k. k. Nordwestbahndirektion als Druckfortendepot benützte Zimmer unentgeltlich zur Benützung zu überlassen.

Nach erfolgter Räumung durch die k. k. Nordwestbahndirektion und entsprechender Reinigung wird Ihnen dieses Zimmer durch unsere Streckensektion übergeben werden.

Gleichzeitig werden Ihnen für dieses Zimmer ein Tisch, zwei Stühle, eine Bank, ein Kasten und ein Kleiderregal bis auf weiteres unentgeltlich zur Benützung überlassen.

Ihrem Ansuchen um Herbeibringung der seitens der Teilnehmer Ihrer Kleiderkasse monatlich zu leistenden Einzahlungen im Wege des Gehalts, beziehungsweise Lohnabzuges wurde bereits mit dem hierseitigen Rundschreiben vom 26. Oktober 1912, D.-Z. 25.320 — abgedruckt im 41. Stück der Dienstaachrichten vom 31. Oktober 1912 unter Nr. 478 — Folge gegeben.

Teplitz, am 5. November 1912.

Enderes m. p.

Dies wird sämtlichen Vereinsmitgliedern zur Kenntnis gebracht. Gleichzeitig werden die Vereinsmitglieder eingeladen, bei allen Unterbeamten, Dienern und Arbeitern der A. T. C. welche derzeit noch nicht Vereinsmitglieder sind, hinsichtlich der Zwecke und Ziele dieses Vereines aufklärend zu

wirken, damit der Verein einer gedeihlichen Wirksamkeit recht viele Mitglieder gewinne.

Aussig, den 11. November 1912.

Franz Schade, dtz. Obmann.

Es ist traurig und beschämend für jene Leute, die einen so eklatanten Verrat an ihren eigenen Interessen begehen und sich dafür das „Wohlvollen“ und einige Gnadenbrocken einer Verwaltung eintauschen, an deren Spitze jener Herr Enders steht, der mit geradezu perverter Lust jedes staatsbürgerliche Recht der Bediensteten niedertritt. Der Mann kann es natürlich heute ruhig wagen, seine geradezu an das Strafgesetz grenzende Erpressertnisse auszuüben, wenn es gilt, die Gesinnungsfreiheit in diesem echt russischen Gouvernement auszurotten, denn solange Servilismus und feiger Knechtsinn unter dem Personal solche Blüten zeitigen, hat es wirklich keine Gefahr. Für ein Almosen, einen alten Tisch und zwei Stühle, opfern solche Leute ihr Staatsbürgerrecht und ihr Recht auf eine mannhaftete Interessenvertretung ihres Standes. Ein echtes Dokument, wie weit Arbeiter in ihrer Verblendung sinken können!

Der Gang nach Kanoffa.

Zum Streikrechtsverzicht des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes.

Zur Verzichtleistung auf das Streikrecht durch den Vorstand des Süddeutschen Verbandes nimmt das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ in folgender Weise Stellung:

Die Stellungnahme des Vorstandes des Verbandes des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals hat ebensowohl in der bayerischen Abgeordnetenkammer als in der gesamten Presse und Öffentlichkeit das größte Aufsehen hervorgerufen. Auch in gewerkschaftlichen Kreisen ist an dieser Erklärung des Vorstandes scharfe Kritik geübt worden. So wenig man dem Vorstand die Verantwortung abnehmen kann, in folgensweren Situationen nach bestem Ermessen die richtige Entscheidung zu treffen, so müssen wir doch seine Verzichtleistung auf das Streikrecht auf das tiefste bedauern, weil dem Verband damit seine letzte und schließlich wirksamste Waffe zur Erringung besserer Arbeitsverhältnisse genommen ist. Mag sein, daß eine sozial denkende Verwaltung gegenüber kaum jemals an einen Streik gedacht zu werden braucht. Indes auch die süddeutschen Verwaltungen sind nicht alle und nicht immer sozialdenkend genug, um aus Gerechtigkeitsgefühl den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen. Was bleibt der Organisation der Staatsarbeiter übrig, wenn eine arbeiterfeindliche Verwaltung allen Wünschen, Bitten und Forderungen der Arbeiter ein beharrliches „Nein“ entgegensetzt und wenn selbst die Mehrheit des Parlaments lieber die Regierung stützt als den Arbeitern Gerechtigkeit widerfahren läßt? Das einzige, was die Verwaltung fürchten würde, was sie veranlassen könnte, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen, wäre eben der Streik, die Betriebs Einstellung. Ist sie dieser Sorge ledig, was könnte sie dann zur Nachgiebigkeit zwingen? Deshalb erachten auch wir das Streikrecht für die Arbeiter der staatlichen Verkehrsbetriebe und Staatswerkstätten für unentbehrlich und für das wirksamste Mittel, die Verwaltungen an ihre soziale Pflicht, die Staatsbetriebe zu Musterbetrieben zu machen, zu erinnern. Eine Verwaltung, die solches tut, die auch die Gleichberechtigung des einfachen Arbeiters achtet und die Arbeiterkraft an der Gestaltung der Arbeitsbedingungen durch ihre Organisationen und Vertretungen mitwirken läßt, die braucht das Koalitionsrecht nicht zu fürchten, braucht sich nicht in Angst vor der Eventualität eines Streiks zu verzehren, denn sozialgeordnete Arbeits- und Dienstverhältnisse sind das beste Mittel, Streiks zu verhüten!

Wir können auch in den Reden des bayerischen Verkehrsministers keinen zwingenden Anlaß zum Verzicht des Streikrechtes erblicken, denn solche Kammerreden, mögen sie noch so zugespitzt sein, sind noch lange kein Regierungsakt und bis zur Ausführung der Drohungen ist gewöhnlich ein weiterer Weg, der hinreichend Zeit zur Ueberlegung läßt und die Schwierigkeiten der Durchführung zu ernsterem Bewußtsein bringt, namentlich, wenn diese auf entschlossenen Widerstand stoßt. Solchen Widerstand zum Schutze des wichtigsten aller Arbeiterrechte hat der Vorstand des Süddeutschen Verbandes leider gar nicht erst versucht, sondern er hat schon nach der ersten Drohung des Ministers die Waffen gestreckt. So entschiedene Verurteilung des Vorgehens des bayerischen Verkehrsministers gegen das Streikrecht der Arbeiter der Verkehrsbetriebe verdient, so sehr ist es zu bedauern, daß der Vorstand des Süddeutschen Verbandes diesem Drucke widerstandslos nachgegeben hat. Er hätte sich dessen bewußt sein können und sollen, daß er in der Verteidigung des Streikrechtes nicht ohne die Unterstützung der Gewerkschaften und der Arbeitervertretung in der Kammer geblieben wäre, und eine maßvolle, aber entschiedene Verwahrung wäre auch in der Presse und Öffentlichkeit, soweit sie nicht auf die hinterhältige Zentrumspolitik eingeschworen ist, sicher nicht ohne Eindruck geblieben, so daß die bayerische Regierung es kaum gewagt haben würde, ihre Drohung wahrzumachen.

Selbstverständlich kann die Erklärung des Vorstandes des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes auch nichts an der Stellung der deutschen Gewerkschaften zur Frage des Koalitionsrechtes der Eisenbahner ändern. Diese Stellung ist festgelegt in den bezüglichen Resolutionen der Gewerkschaftskongresse von Stuttgart vom Jahre 1902 (vergleiche Protokoll, Seite 211), Hamburg 1908 (vergleiche Protokoll, Seite 49) und Dresden 1911 (vergleiche die Resolution zu „Koalitionsrecht in Deutschland und Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch“, Protokoll, Seite 35/36) und keine Gewerkschaft wird daran denken, diesen Standpunkt aufzugeben.

Nach einer Mitteilung des Vorstandes des Süddeutschen Verbandes im Verbandsorgan haben aus Anlaß seiner Kundgebung an die Regierung und an die Kammer bereits Bevollmächtigtungskonferenzen und eine vom Hauptvorstand einberufene Bezirksleiterkonferenz, in der auch Württemberg, Baden und die Pfalz vertreten waren, stattgefunden. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen wird berichtet:

Einstimmigkeit herrschte bezüglich des Verzichtes auf das Streikrecht; hingegen waren verschiedene Vertreter hinsichtlich der Gewerbeordnung und der Gewerkschaftskartelle nicht einverstanden.

Nach wie vor muß verlangt werden, daß die Werkstätten- sowie alle im Tag- beziehungsweise im Akkordlohn beschäftigten Arbeiter der Gewerbeordnung zu unterstellen sind. Die örtlichen Kartelle sind für die Arbeiter ein Bildungsinstitut und können deshalb nicht aufgegeben werden.

Hierzu schreibt die „Leipziger Volkszeitung“:

Einstimmigkeit herrschte bezüglich des Verzichtes auf das Streikrecht! — Wenn noch zu hoffen war, daß aus den Reihen der Mitglieder heraus das Vorgehen des Verbandsvorstandes eine Mißbilligung finden würde, so ist diese Hoffnung arg getäuscht worden. Die Vertreter der süddeutschen Eisenbahner — soweit sie im Süddeutschen Eisenbahnerverband organisiert sind — haben sich dem Vorgehen des Vorstandes einstimmig angeschlossen, sie haben, was bei dem Vorstand als eine Uebereilung erscheinen konnte, mit ruhiger Ueberlegenheit getan: sie haben auf das Grundrecht eines jeden werktätigen Menschen verzichtet, auf die Verweigerung ihrer Arbeitskraft. Mit diesem endgültigen Verzicht stellt sich der Süddeutsche Eisenbahnerverband außerhalb der modernen Arbeiterbewegung, wofür der Austritt des Genossen Roth haupter aus der Redaktion des Verbandsorgans der sprechendste Beweis ist. Immerhin bleibt noch die Hoffnung, daß wenigstens die Massen der Mitglieder die Konsequenzen ziehen, daß sie sich von einem Verband loskaufen, der ihre wichtigsten Grundrechte preisgibt und sich einer Organisation anschließen, die ihre wirtschaftlichen und idealen Interessen mit Energie und Rücksichtslosigkeit vertritt: die Reichsleitung der Eisenbahner im deutschen Transportarbeiterverband!

Die Stationsmeister der Südbahn und der Zugspepeditionsdienst.

Man schreibt uns: Ueber diese Sklaven der Südbahn sowie deren mörderischen Dienstrurnus im Zugspepeditionsdienst wurde schon soviel geschrieben, daß deren Dienstverhältnisse schon ein öffentlicher Skandal genannt werden können. Da sich die Verhältnisse hinsichtlich des Dienstrurnuses als auch der sonstigen Lebensverhältnisse statt gebessert, sogar verschlechtert haben, sind wir gezwungen, neuerdings vor die Öffentlichkeit zu treten und dies müssen wir solange wiederholen, bis unsere Stimme gehört wird. Dazu ist es aber nötig, daß wir uns alle zu einem Gesamtkörper vereinigen und uns als Hintergrund eine feste, alte Eisenbahnerkategorie umfassende Organisation auswählen, mit deren Hilfe unsere Klagegeder sich Gehör verschaffen können.

Vor allem wollen wir gegen den 16/16, beziehungsweise 14/16-18/14-16/18 Turnus Klage erheben. Dieser Turnus entspricht zwar den bestehenden, aber schon lange nach einer Revision schreienden „Direktiven bei Erstellung der Dienstrurnuse“, die nach 50prozentiger Dienstleistung auch eine 50prozentige Ruhezeit vorschreiben. Diese Normen selbst entsprechen aber bei dem heutigen gesteigerten Verkehr besonders auf den Hauptlinien nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen, da bei den gegenwärtigen Verkehrsverhältnissen der in Rede stehende Turnus an unsere Kräfte übermenschliche Anforderungen stellt. Dieser Turnus erniedrigt uns sogar unter das Zuvieh. Für das liebe Vieh sind alle Sonn- und Feiertage Ruhetage, für uns gibt es aber außer den paar normierten Urlaubstagen keinen Ruhetag. Der letzte Kanalräumer hat die meisten Sonn- und Feiertage frei, wir als Unterbeamte oder Proletarier im Stehkragen, kennen keinen Sonn- und Feiertag. 16 Stunden Dienst, 16 Stunden frei, so geht es öde und eintönig fort. Was soll man in den 16 freien Stunden anfangen? Zu schlafen ist es zu viel Zeit, etwas zu unternehmen zuwenig. Gewöhnlich sind wir in den entlegensten Betriebsausweisen, Haltestellen und Stationen exponiert. Das sind meistens Nester, wo sich der Teufel gute Nacht jagt. Wenn man einmal gezwungen ist, in die nächste Stadt oder in den nächsten Markt zu fahren, verliert man wegen ungünstigen Zugverbindungen über die Hälfte der freien Zeit und man kommt dann nicht genügend ausgeruht in den Dienst. Passiert da etwas, was bei heutigem Verkehr nicht ausgeschlossen ist, dann wartet auf uns das Kriminal.

Bis zum Jahre 1907 haben wir wenigstens monatlich eine Ablösung gehabt, so daß wir uns wenigstens einen Tag ganz der Familie widmen konnten, und daß die und da eine kleine Abwechslung in das eintönige Leben kam. Das schien den neunmal Weisen bei der Direktion zu viel. Die unteren Zugspepeditionen konnten ja übermüht werden, wenn sie einmal im Monat zum Bewußtsein kommen, daß sie auch wirklich Menschen sind und flugs kam ein wohlwollender Erlaß, der uns diese einzige Begünstigung entzog. Was haben wir dagegen unternommen? Mit geballter Faust in der Tasche haben wir dies ruhig über uns ergehen lassen. Erst vor zirka zwei Jahren wurde durch intensive Tätigkeit einiger gewerkschaftlich organisierter Kollegen eine Aktion zur Abschaffung dieser unerträglichen Verhältnisse eingeleitet. Es wurde an sämtliche Stationen, wo dieser Turnus besteht, herangetreten. Die Leidensgenossen wurden aufgefordert, ganz ohne Unterschied welcher Organisation oder Partei sie angehören, ein Gesuch folgenden Inhalts an die Verkehrsdirektion vorzulegen.

An die hohe Verkehrsdirektion der Südbahn in Wien.

Die ergebenst Gefertigten ersuchen eine hohe Verkehrsdirektion um Abänderung respektive Erleichterung ihres Dienstrurnuses.

In der Station N. N. besteht derzeit die Diensthypothese 16/16 (16 Stunden Dienst, 16 Stunden frei) [oder die Diensthypothese 14/16-18/14-16/18 (14 Stunden Dienst, 16 Stunden frei, 18 Stunden Dienst, 14 Stunden frei, 16 Stunden Dienst, 18 Stunden frei)]. Dieser Turnus bedingt es, daß jeder Zugspepedient zwei Nächte hintereinander Dienst zu machen hat und nach dem zweiten Nachtdienst folgt dann noch ein Tagdienst bis 1, beziehungsweise 2 Uhr nachmittags.

Es sind schon die zwei aufeinander folgenden Nachtdienste sehr anstrengend, was sich besonders bei dem zweiten sehr fühlbar macht, da der Schlaf zuvor in die Tagesstunden fällt, welcher natürlich nicht den der Nacht ersehen kann. Der Tagdienst aber nach den zwei durchwachten Nächten ist besonders aufreibend. Das Ruhe- und Schlafbedürfnis ist zu dieser Zeit schon so stark, daß es oft nicht möglich ist, die notwendige Aufmerksamkeit für den so verantwortungsvollen Verkehrsdienst aufzubringen. Auch der übrige Dienst (Kassen- und Transportdienst) leidet unter diesem übermühten, abgespannten Zustand sehr stark. Das Fehlen jedwedes freien Tages bei diesem anstrengenden Dienstrurnus ist sehr erschwerend.

Die exponierte Lage der Station sowie auch Familienverhältnisse bringen es mit sich, daß häufig auswärtige Besorgungen zu machen sind, welche die Frau nicht immer erledigen kann. Diese Besorgungen müssen dann während der Ruhezeit ausgeführt werden, was gewiß nicht im Interesse des Dienstes liegt. Die Gefertigten stellen daher die Bitte: Die hohe Verkehrsdirektion möge den Zugspepedienten in der Station N. N. nach dem zweiten Nachtdienst eine 2stündige Ruhezeit und sowie anderen Kategorien, welche einen minder anstrengenden Dienst haben, zwei freie Tage monatlich bewilligen.

In der Erwartung einer günstigen, wohlwollenden Erledigung dieses Ansuchens

zeichnen hochachtungsvoll

N. N.

Nun werden es schon halb zwei Jahre, was die Gesuche vorgelegt wurden, aber es kommt noch immer keine Antwort. Es wurde auch schon eine offene Anfrage an die Verkehrsdirektion gestellt, aber ohne Erfolg. Keine Antwort ist auch eine Antwort. Nun wollen wir der Ursache nachgehen, warum uns die Direktion so brüskiert und bagatellemäßig behandelt. Das vorangeführte Gesuch wurde nicht von allen Stationen, wo dieser Turnus besteht, vorgelegt, nur ein kleiner Bruchteil hievon hat den Mut aufgebracht, dies zu tun. Viele Zugspepedienten hatten eine ganz unbegründete Angst, an der besonders die Stationsleiter litten und getrauten sich daher nicht einmal ein so vollkommen gerechtfertigtes Gesuch mit ihrem Namen zu decken und somit auch nicht für ihre ureigensten Interessen einzutreten. Die im Zugspepedientenverein organisierten Kollegen waren sogar so verblendet, daß sie gegen diese Aktion agitierten. Solche Leute lamentieren dann natürlich nachträglich noch über unsere elenden Dienstverhältnisse, die selbst keinen Finger für die Besserung derselben rühren, ja die derartigen Bestrebungen entgegenarbeiten. Gäßen alle Stationen einmütig gehandelt, so wäre der Erfolg nicht ausgeblieben, so aber war die Sache schon im vorhinein verloren. Die Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen wird allerdings früher oder später noch selbst darauf kommen, daß dieser Turnus beim heutigen Verkehr auf den Hauptlinien unhaltbar ist. Es muß sich aber erst ein neuer Fall Uberso ereignen. Es müssen zuerst Menschenopfer fallen und es muß zuerst ein gewaltiger Materialschaden verursacht werden, dann erst wird diesen hohen und weisen Herren das Licht aufgehen.

Nun wollen wir noch ein bißchen unsere materielle Lage beleuchten. Vor allem müssen wir konstatieren, wie es einst war und wie es heute ist. Da hatten wir allerdings mehr Glück als wie in der Turnusfrage und können auf größere Erfolge zurückblicken. Vor dem Jahre 1907 gab es überhaupt keine Stationsmeister. Als Stationsaufseher im Dienerrang mußten wir beim großen Gehalt unser elendes Dasein fristen. Mit dem Anfangsgehalt von 840 Kr. können die ganz Braven in fünf Gehaltsstufen das Endgehalt von 1440 Kr. erreichen. Die Wartezeiten in einzelnen Gehaltsstufen waren ganz dem Ermessen der Generaldirektion überlassen. Es gab keine Automatik, keine Nachtdienstzulage und keine Stationsleiterzulage. Die Substitutionsgebühr war so niedrig bemessen, daß es oft vorgekommen ist, daß der den Wächter substituierende Arbeiter eine höhere Gebühr hatte, als der den Beamten substituierende Stationsaufseher. Für die Südbahn waren das goldene Zeiten, deren wir uns mit verbissener Wut erinnern.

Die Bewegung des Jahres 1905 brachte uns eine Erhöhung des Anfangsgehalts auf 960 Kr. und eine kleine Quartiergeldregulierung mit Gültigkeit vom 1. Juli 1906; alles andere blieb beim alten. Die Bewegung des Jahres 1907 brachte uns eine etwas ausgiebigere Regulierung. Das Anfangsgehalt wurde mit 1000 Kr. und das Endgehalt mit 1800 Kr. festgesetzt. Weiters wurde die Automatik eingeführt und alle Bediensteten in die nächst höhere Gehaltsstufe überleitet. Die Schaffung der Stationsmeisterkategorie ermöglichte uns unter gewissen Modalitäten den Unterbeamtenrang zu erreichen. Dabei spielten allerdings die Protektion und Kriecherei eine wichtige Rolle. Gleichzeitig wurde den Südbahnbediensteten vertragsmäßig zugesichert, alle Verbesserungen, die die Staatsbahn für ihr Personal einführt, vom selben Zeitpunkt und in selbem Ausmaß auch bei der Südbahn einzuführen.

Im Jahre 1908 war die Bewegung der Staatsbahner von großen Erfolgen begleitet. Unter anderem wurde die Nachtdienstzulage und die Zulage für Stationsvorstände eingeführt. Sämtliche Stationsmeisteramtswärter (Südbahn-Stationsaufseher) wurden ohne Unterschied des Dienstalters und Vorbildung zu Stationsmeistern ernannt. Das Anfangsgehalt wurde mit 1200 Kr. und das Endgehalt mit 3000 Kr. festgesetzt. Gleichzeitig wurde diese Dienerrangkategorie aufgegeben, und zwar alles mit Gültigkeit vom 1. Jänner 1909. Nun war die Südbahn nach dem Vertrag von 1907 verpflichtet, das gleiche zu tun. Die Nachtdienstzulage und Stationsleiterzulage wurde ohne weiteres eingeführt, nur die Ernennung der Stationsaufseher zu Stationsmeistern und Aufhebung dieser Dienerrangkategorie konnte sie nicht über's Herz bringen. Wir wollen diese Geschichte nicht wiederholen, es ist einem jeden von uns genügend bekannt. Wir haben einen erbitterten Kampf dagegen geführt und sind schließlich als Sieger hervorgegangen. Der 1. Mai 1910 wird einem jeden von uns in an-

genehmer Erinnerung bleiben. An diesem Tag haben wir die Kriegsschuldigung in der Form eines ausgiebigen Geldnachtrages ausbezahlt erhalten.

Von diesem Zeitpunkt an haben wir keinen nennenswerten Erfolg mehr zu verzeichnen. Die Tenebration aller für das Leben nötigen Artikel steigt aber unaufhaltbar weiter und hat alle unsere Erfolge unwirksam gemacht. Es gibt Kollegen mit 15- und 20jähriger Dienstzeit, die heute noch mit Nahrungsorgen zu kämpfen haben. Eine Schande für unsere gottgewollte Gesellschaftsordnung. Seit einem Jahre blickten wir sowie sämtliche Eisenbahner Oesterreichs hoffnungsvoll auf unser Parlament, aber wir wurden groß enttäuscht. Der Antrag unseres parlamentarischen Vertreters Genossen Lomschik, der für die Regierung verbindlich gewesen wäre, die restlichen bereits bewilligten 17 Millionen Kronen ins Budget per 1912 einzustellen, wurde von nationalen und klerikalen Abgeordneten aller Nationen abgelehnt. Mit Ablehnung dieses Antrages wurden auch für uns wichtige Reformen begraben, wie Auflassung der Gehaltstufe von 1300 Kr., zweijährige Vorrichtungsfristen bis zum Endgehalt, Ernennung zu Beamten bei Erreichung der Gehaltstufe von 1600 Kr. und eine ausgiebige Quartiergelderhöhung, und zwar alles rückwirkend vom 1. Jänner 1912. Diese Herren Abgeordneten, die sich vor den Wahlen bei den Eisenbahnern anbiedern und ihnen das Blaue vom Himmel versprechen, reden sich jetzt aus, daß kein Geld da ist. Ja für Eisenbahner war kein Geld da, aber für die Schnapsgrafen und für den unerfättlichen Militarismus haben dieselben Herren kurz darauf Hunderte von Millionen bewilligt. Kollegen, wenn euch da die Augen nicht aufgehen, ist euch überhaupt nicht mehr zu helfen.

Geben wir nun ein wenig den Ursachen nach, die uns an unserem Vordringen hindern und uns sogar von den eroberten Positionen zurückdrängen. Kollegen, es ist die Uneinigkeit in den eigenen Reihen. Wie es bei den Stationsmeistern der Südbahn im Kleinen, ist es bei sämtlichen Eisenbahnern Oesterreichs im Großen, sowohl bei den Beamten als auch bei den Unterbeamten, Dienern und Arbeitern. Zu den ungezählten Vereinen der Eisenbahner, die einander bekämpfen, werden immer noch neue dazu gegründet, zum Gaudium und zur Freude der Regierung und der Bahnverwaltungen. Um die Stohkraft von 1905, 1907 und 1908 wieder zurückzuerlangen, ist es nötig, die Einigkeit, die unter den Eisenbahnern dazumal so halbwegs bestand, wieder herzustellen. Dies sei in Zukunft die Aufgabe eines jeden Kollegen und eines jeden Eisenbahners, denn es am Herzen liegt, die uns drohenden Gefahren abzuwehren und neue Erfolge zu erringen.

Ein ernstes Wort an alle.

Aus den Erinnerungen eines Alten.

Das Jahr 1912 wird sich bald dem Ende zuneigen und jeder Mensch wird unwillkürlich gezwungen, einen kleinen Rückblick zu halten, und manchmal denkt der eine oder andere auch etwas weiter zurück. Manche angenehme Stunde wird uns freuen, daß wir sie erlebt haben, aber auch manche traurige Erinnerung wird kommen und uns aufs neue betrüben. Ein solcher Rückblick schadet nicht, er ist notwendig, insbesondere dann, wenn wir an die Zukunft denken.

Seit zwanzig Jahren stehe ich nun als Professionist in den k. k. Staatsbahnwerkstätten Oesterreichs, nütze meinen Geist und meine Handwerkkenntnisse für diesen Teil des Staatsbetriebes ehrlich und redlich aus, ohne heute noch mehr dafür zu haben, als ein Leben voll Not, Kummer und Sorge. Allein wenn ich meine jetzigen Arbeitsverhältnisse betrachte, so muß ich gestehen, daß es nicht immer so war. Je weiter ich zurückdenke, desto trauriger wird es. Zu Anfang meiner Tätigkeit als Professionist war noch der berühmte Afford, der ja heute wieder von so manchen meiner Kollegen als Heilmittel gegen unsere jetzige traurige wirtschaftliche Lage herbeigewünscht wird. Könnten diese Affordschwärmer am eigenen Leib verspüren, wie diese damaligen Zeiten waren, sie würden sich diesen Wunsch vergehen lassen.

Von früh morgens bis spät am Abend ein ununterbrochenes, hastiges Arbeiten, wo man oft nicht einmal Zeit fand, seine Notdurft zu verrichten. „Es wird nicht so arg gewesen sein“, höre ich so manchen sagen. Ja, freilich, nicht jeder wurde so ausgezehrt, es gab ja auch dort Protektion und Liebhaber bei den diversen Vorgefekten.

Ich gestehe offen, ich war nie verwöhnt mit der Arbeit, aber Tränen der Wut habe ich oft vergossen, wenn ich die Ungerechtigkeit dieses Arbeitssystems, die Ausbeutung meiner Kollegen betrachtete und mir sagen mußte, daß diese wehrlos dastehen, da sie keinen Funken von Solidarität und Widerstandskraft besitzen und der einzelne machtlos war.

Freilich waren auch zu dieser Zeit schon Kollegen, welche den Sozialismus predigten, aber wie schwer drangen sie durch, wie lange dauerte es zu einer kleinen Erkenntnis. Haben wir heute, nach zwanzig Jahren, schon gewonnen? Nein! Ein kleiner Schritt ist seither gemacht worden, denn noch immer sind es ihrer so viele, welche nichts lernen, nichts sehen und begreifen wollen. Heute stehe ich 5 1/2 Stunden per Woche an meinem Arbeitsplatz. Früher waren es 57, ja 60 Stunden und dazu noch die Ueberstunden.

Ich erinnere mich noch an die Zeit, wo wir schon am 6 Uhr früh, manchmal noch früher, bis abends 7 und 8 Uhr mit nur einer fünfviertelstündigen Unterbrechung zu Mittag im Dienste standen. Auch Sonn- und Feiertag gab es keine Ruhe und wehe, wenn einer am Sonn- oder Feiertag nicht kam. — Montag hochnotpeinliche Fragen und die Drohung mit der Entlassung.

Wenn ich daran denke, daß heute jeder Werkstättenbedienstete während der Arbeitszeit, der im Taglohn stehende bis längstens 1/2 Uhr an einem Samstag nachmittags seinen Lohn ausbezahlt im Sack hat und wir früher oft bis 7 Uhr, ja sogar 8 und 9 Uhr abends an einem Schlußtag der Woche auf unseren Lohn warten mußten, so muß ich sagen, daß dies ein gewaltiger Unterschied ist.

Wer hat dies bewirkt?

Eine der besten Errungenschaften, die ich für die Werkstätten kenne, ist die Stabilisierung. Was für eine Fülle von Gedanken überkommt mich dabei! Wie nützlich wäre es für uns alle, wenn jeder meiner Kollegen mitdenken würde. Im Jahre 1895 wurde die Stabilisierung für die Arbeiter der Werkstätten eingeführt, und zwar einerseits weil das Nordsystem „Afford“ schon für beide Teile, für die Bahnverwaltung als auch für die Arbeiter eine große Gefahr bedeutete, andererseits weil durch den großen Eisenbahnerstreik und dessen vorhergehende Propaganda in der Schweiz man auch in Oesterreich Ähnliches fürchtete.

Im Jahre 1895 war die Stabilisierung halbwegs gerecht, aber es kam schlechter. Die Organisation, die sozialdemokratische Propaganda, wurde mit allen Mitteln unterdrückt, die Kollegen gaben furchtsam nach, die Organisation wurde ganz aufgelöst, und was war die Folge? Die Stabilisierung wurde immer schlechter, die Kollegen wurden geschädigt und gar mancher leidet heute noch darunter. Es hätte nicht so kommen dürfen, aber leider fehlte den Kollegen Tatkraft, Energie und Willen.

Was für ungeheure Anstrengungen hat es gekostet, die Stabilisierung so zu gestalten, wie sie heute ist. Können wir uns heute damit zufrieden geben? Nein! Aber was wir dann zu tun haben, will ich später sagen.

Ich will nur kurz daran erinnern, wie lange es dauerte, bis wir den Anfangsgehalt eines Professionisten von 600 und 700 Kr. auf 800 Kr., dann auf 900 Kr. und jetzt auf 1000 Kr. brachten.

Wieviele Kollegen mußten bei der Stabilisierung Hunderte von Kronen von ihrem ehrlich verdienten Lohn verlieren, während wir es doch heute so weit haben, daß statt Einreihung in eine höhere Kategorie eine Zulage gegeben wird.

Erinnern wir uns noch, daß wir früher im Gehalt avancieren konnten, aber nicht mußten. Wieviele Kollegen blieben dabei im Gehalt zurück. Der Anfangslohn nach dem Jahre 1895 für einen Professionisten war Kr. 2-60 und stieg jützessive bis heute auf Kr. 3-60 bis 4 Kr.

Das sind keine angenehmen Erinnerungen, aber sie sind nützlich, besonders wenn man die Ursachen des Fortschritts ins Auge faßt.

Ich habe im Laufe des Jahres oft von meinen Kollegen den Vorwurf gehört: „Für uns Professionisten ist noch nichts geschehen.“ Ist dies wahr? Nein. Heute kann jeder Professionist (selbstverständlich auch jeder andere) nach einem Jahre Mitglied des Provisionsinstituts werden. Ich habe seinerzeit volle fünf Jahre warten müssen, bis ich aufgenommen wurde. Heute wäre es mir recht, wenn ich diese Jahre angerechnet hätte, es wäre ein großer Vorteil für mich. Freilich könnte ich diese Jahre nachzahlen, aber wer gibt mir das Geld hiezu?

Aber nicht nur auf dieses erinnere ich mich. Zu jener Zeit passierte es oft, daß, wenn ein Kollege krank wurde, welcher schon neun Jahre und elf Monate Mitglied des Provisionsinstituts war und das Unglück hatte, nicht mehr gesund zu werden, daß er ganz einfach entlassen wurde, ohne auch nur auf einen Heller Provision Anspruch zu haben. Heute hat jeder Kollege mit flink anrechenbaren Dienstjahren schon Anspruch auf eine Provision. Zu jener Zeit gab es keine Minimalprovision; das Krankengeld war kleiner, es gab keinen Erholungsurlaub, keine Jahrbegünstigung, so wie heute, und vieles andere nicht.

In hygienischer und sanitärer Beziehung sah es auch sehr traurig aus. Heute haben wir doch wenigstens eine bestimmte Zeit zum Reinigen der Hände zc., kaltes und warmes Wasser, Sandtuch und vielfach auch Seife.

Jene Kollegen, welche heute sagen: „Es ist noch nichts geschehen“, sollen sich nur etwas zurückerinnern und sie werden begreifen, daß sich doch manches gewaltig geändert hat. Diese Aenderung bewirkte aber nicht ein einzelner, nicht eine einzelne Gruppe, sondern die Gesamtheit, die Organisation.

Früher wurde die Organisation, der sogenannte sozialdemokratische Fachverein, nicht nur nicht anerkannt, sondern aufgelöst, die Mitglieder verfolgt, die Teilnahme an den Aktionen dieser Organisation verboten. Erinnern sich noch die alten Kollegen, wie im Jahre 1896 eine Kommission unter dem Staatsbahndirektor Kubik von Linz in der dortigen Werkstätte von Mann zu Mann ging und jeden einzelnen fragte, ob er Mitglied der sozialdemokratischen Organisation sei? Wenn die Frage mit „Ja“ beantwortet wurde, dann hatte der Kollege die Wahl: „Entweder austreten oder Entlassung.“

Ja sogar noch im Jahre 1900 wurden die Mitglieder der Organisation verfolgt und zur Verantwortung gezogen. Nachfolgender Erlaß zeigt dies deutlich, und zwar waren es Wächter, welche das Verbrechen begangen hatten, statistische Bögen von der Zentrale des Rechtsschutzvereines auszufüllen, Bögen, welche Not und Elend in Ziffern der Bahnverwaltung zeigen sollten. Hier der Erlaß:

k. k. Staatsbahndirektion Linz.
Nr. 32956/1. Linz, am 20. Dezember 1900.
Erlaß

an alle k. k. Bahnbetriebs- und Stationsämter, k. k. Bahnerhaltungsektionen und die k. k. Heizhausleitung Linz.

Im Nachhange zu dem Telegramm Nr. 105 vom 19. d. M. werden die obgenannten Dienststellen beauftragt, diejenigen Bediensteten, welche die Fragebogen des Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines verteilt beziehungsweise in Zirkulation gesetzt, ferner jene Wächter, welche dieselben ausgefüllt und weitergeleitet haben, zur Rechenschaft zu ziehen und hierüber ehestens unter Vorlage der etwa noch vorgefundenen Fragebogen anher zu berichten.

Der k. k. Staatsbahndirektor:
Meißner-Klinger.

Vergleicht man den Inhalt dieses Erlasses mit der heutigen Situation, so muß der rückständigste Kollege einen gewaltigen Unterschied erkennen.

Nach der passiven Resistenz im Jahre 1905 wurde auch für die Werkstättenbediensteten gar manches durchgeführt, was von Vorteil war. Man gab sich aber nicht

zufrieden, und zwar mit Recht. Es wurden daher eine Menge Versammlungen abgehalten und das Resultat dieser Versammlungen war (zum Beispiel in der Werkstätte Linz) ein Memorandum, welches sehr wichtige Punkte enthielt. Ich erinnere mich noch, wie von den meisten Kollegen, welche damals der Organisation fernstanden, erklärt wurde: „Wenn diese Forderungen erfüllt werden, dann trete ich auch der Organisation bei, dann bin ich auch euer Mitglied.“

Ich will nur die wichtigsten Punkte aus diesem Memorandum herausgreifen und meine Kollegen von heute sollen sagen, ob nicht doch schon etwas durchgeführt wurde von den ehemaligen Wünschen.

Die wichtigsten Punkte lauteten:

a) Der Minimallohn soll während des Provisoriums 4 Kr. für Professionisten und 3 Kr. für Nichtprofessionisten betragen.

b) Der Professionist soll mit 1000 Kr., der Nichtprofessionist mit 800 Kr. Gehalt angestellt werden. Es darf die Krankenzzeit oder die bei einer Waffenübung zugebrachte Zeit nicht, wie bisher üblich, in Abrechnung gebracht werden. Als Quartiergeld ist zumindest das Wiener Quartiergeld maßgebend.

c) Der Höchstgehalt soll für Werkmänner mit 1600 Kr. und für Ober-Werkmänner mit 1800 Kr. festgesetzt werden.

d) Die Arbeitszeit soll nicht mehr als täglich neun Stunden betragen.

An Samstagen soll der Arbeitsluß auf 4 Uhr nachmittags festgesetzt werden. Die Lohnauszahlung soll nicht über die Arbeitszeit ausgedehnt werden.

e) Anrechnung von einem Fünftel des Gehalts oder 40 Prozent vom Wiener Quartiergeld zur Provision.

f) Anerkennung der Vertrauensmänner.

g) Unentgeltliche Einsichtnahme in die Qualifikationslisten.

h) Gewährung eines Erholungsurlaubes für Nichtstabilisierte analog den Stabilisierten.

i) Als ärztliche Untersuchung soll für alle Fälle die erste ärztliche Untersuchung maßgebend sein zc. zc.

Das sind die wichtigsten Forderungen im Jahre 1906 gewesen bei den damals abgehaltenen Massenversammlungen.

Ich bitte die Kollegen, diese Forderungen von damals mit den heutigen Verhältnissen zu vergleichen, und dann zu sagen: „Es ist noch nichts geschehen.“ Soll dies doch noch jemand wagen, dann sieht man mit der menschlichen Natur vor einem Rästel. Einen besonders edlen Charakter zeigt es nicht, daß so viele Kollegen damals ihr gegebenes Wort nicht einlösten, indem sie erklärten: „Wenn die Forderungen von der Organisation durchgeführt werden, dann werden sie auch Mitkämpfer und treue Anhänger unserer Sache.“

Wir Professionisten in den Werkstätten, Heizhäusern, Bahnerhaltungen zc. müssen ganz energisch auftreten, wenn wir unserer Arbeitsleistung, unseren Kenntnissen die nötige Aufmerksamkeit von seiten der Bahnverwaltung abringen wollen. Unsere Forderungen will ich hier nicht weiter besprechen, jeder Kollege kennt und verlangt sie; die Hauptsache ist: wie bringen wir dieselben durch.

Wir haben einen großen Fehler gemacht und das muß jeder ehrliche Kollege einsehen: wir haben die Organisation zu wenig beachtet. Was wir bis heute errungen haben, haben wir nur der allgemeinen Organisation zu danken. Die Arbeits- und sonstigen Verhältnisse haben sich ja, wie ich es kurz aus meinen Erinnerungen zeigte, ganz gewaltig verbessert, aber wir sind unzufrieden, weil sich die wirtschaftlichen Verhältnisse, das heißt unser jetziges Einkommen im Vergleich zu der Verteuerung aller Bedarfsartikel nicht entsprechend gebessert haben.

Hier liegt der Fehler, den wir gemacht haben; statt immer geschlossen beisammenstehen, kämpfte jeder einzelne für sich und daher wurden wir von den Verhältnissen überflügelt. Im Jahre 1897 schon haben die Sozialdemokraten im Parlament schon verlangt, daß der Professionist in den Werkstätten zc. nach nur einjährigem Provisorium mit 1200 Kr. angestellt werde und nach einer 24jährigen Dienstzeit 2400 Kr. Gehalt erreichen soll. Das war vor 15 Jahren, wo die Lebensmittel zc. doch noch nicht so horrend verteuert waren. Mit wieviel größerer Berechtigung würde die Durchführung dieser Forderung heute notwendig sein? Heute sollte ja diese Forderung noch ganz anders ausschauen, aber wie steht es in Wirklichkeit? Nicht, daß man eine solche Forderung heute nicht stellen könnte, o ja, das Eisenbahnministerium hätte gar nichts dagegen, aber wie sieht es aus, wenn wir verlangen möchten, daß dies auch durchgeführt werden muß.

Statt daß alle Professionisten in der Organisation vereinigt wären, drückt sich jeder vor dem kleinen Opfer unter den niedrigsten Ausreden.

Ich weiß, daß ich viele Kollegen habe, welche kein richtiges Verständnis für die Organisation haben, denn sie gehen in keine Versammlung, lesen die bürgerlichen Preßerzeugnisse und lassen sich daher von dem nächsten Gaukler betriegen. Schimpfen, Forderungen stellen, ja, das können diese Leute alle; aber besser machen, selbst Hand anlegen, das ist was anderes.

Der größte Schaden ist die Zersplitterung in der Organisation. Wir haben jetzt nicht nur nationale und konfessionelle Organisationen, sondern auch in der neuesten Zeit sogenannte Gruppenorganisationen, wovon der Professionistenverein für uns eine Aufklärung notwendig macht.

Dort und da gibt es ja Kollegen, welche glauben, diese Organisation ist uns vom Vorteil. Daß dies nicht der Fall ist, will ich kurz im folgenden beweisen. Nehmen wir an, jede Gruppe im Bahndienst würde sich separat organisieren, wir hätten dann, ohne die konfessionellen oder nationalen Vereine zu rechnen, zirka 50 Gruppenorganisationen. Nehmen wir an, alle Eisenbahner sind in diesen Gruppenorganisationen bis auf den letzten Mann vereinigt, so würde die Durchführung der verschiedenen Forderungen leicht zu erreichen sein, meint mancher. Die Leitungen dieser Vereine würden, so wie

es ja heute geschieht, dem Ministerium vor Augen führen, wie nützlich und notwendig die Arbeit und Leistung ihrer Mitglieder für den Staatsbetrieb ist und demgemäß ihre Forderungen stellen und begründen.

Was würde das Ministerium machen? Da es alle Wünsche nicht berücksichtigen kann, würden halt Verhandlungen gegeben und da und dort eine Kleinigkeit durchgeführt werden.

Könnten sich die Mitglieder dieser Vereine damit zufriedengeben? Nein. Im Gegenteil. Es wäre noch mehr Haß und Uneinigkeit wie heute. Ja, höre ich sagen, da würden wir uns vereinigen, alle Gruppen müßten gemeinsame Konferenzen abhalten und das Notwendige beraten, um auf das Ministerium einen Druck auszuüben. Wenn aber das Ministerium nicht will, was dann? Dann gibt es eben einen Kampf. Sehr schön gedacht. Glaubt denn wirklich heute noch ein Kollege daran, daß es möglich ist, daß sich die Mitglieder der einen Gruppe um die der anderen kümmern, wenn kein gemeinsames Band vorhanden ist, wenn eine jede Gruppe nur egoistisch für sich denkt? Das Ministerium würde eine Harmonie, wenn sich wirklich eine solche finden würde, gewiß ganz leicht zerstören können, indem sie die Forderungen der einen Gruppe ganz oder mehr berücksichtigt, wie die der anderen. Sofort wäre die Einigkeit beim Teufel und man würde genau so schimpfen wie heute.

Die Regierung kennt ja den Spruch der Unternehmer: „Teile und herrsche“. Daher hat sie ja die Eisenbahner in so viele Gruppen gespalten, daher die verschiedenen Bezüge und Begünstigungen von heute, welche ja eben das größte Hindernis sind. Wenn die Kollegen nur einmal ernstlich nachdenken würden, dann müßten sie ja selbst draufkommen, daß diese Gruppenorganisationen, von denen jede bestrebt ist, durch geringe Beiträge Mitglieder zu gewinnen, für uns alle vom größten Nachteil sind.

Ist es nicht geradezu beschämend für einen Kollegen, wenn er behauptet, es geschieht nichts, oder es ist noch nichts geschieden? Zeigt nicht ein solcher Mensch seinen Eigennutz, wenn ihm andere seine Verhältnisse verbessern sollen?

Interessant ist es, wenn man in den verschiedenen Blättern der Gruppenorganisationen Einblick nimmt. Jede Kategorie stellt sich als die wichtigste hin, stellt ihre dementsprechenden Forderungen, ohne sich klar zu sein, wie dieselben durchgeführt werden sollen.

Wenn die Kollegen wirklich ernstlich darüber nachdenken und es ihnen mit der Durchsetzung ihrer Forderungen ernst ist, wenn sie die Vorgänge im Parlament, im ganzen Wirtschaftsleben überhaupt, genau verfolgen, dann bin ich überzeugt, sie werden die Nutzlosigkeit der separaten kleinen Organisationen einsehen und werden sich dem allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein anschließen. Ich habe ja schon erwähnt, daß auch wir die Organisation ausbauen wollen, daß wir sie mächtig, widerstandsfähig sehen wollen. Bei dieser Arbeit müssen aber alle Kollegen mitwirken. Jeder muß ein kleines Opfer bringen und seine Kräfte zur Verfügung stellen. Kommt dieser Pflicht jeder nach, dann wird sich auch unsere wirtschaftliche Lage so gestalten, wie wir sie wünschen und notwendig haben. W.

Inland.

Oesterreichische Pressefreiheit.

Jedermann hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung innerhalb der gesetzlichen Schranken sich frei zu äußern. Die Presse darf weder unter Zensur gestellt noch durch das Konzessionsystem beschränkt werden.

So lautet bekanntlich Artikel XII unseres Staatsgrundgesetzes.

Als Illustration dazu wurden in den letzten Tagen folgende Zeitungen konfisziert: Reichenberger „Vorwärts“, Linzer „Wahrheit“, Brünner „Volkstreu“, Innsbrucker „Volkzeitung“ (zweimal), Nordböhmisches „Volkshorn“, Arbeiter-Zeitung (zweimal), „Das Volk“ und die Arbeiterinnen-Zeitung. Ferner hat die Staatsanwaltschaft die aus Deutschland einlangenden Zeitungen, wie „Leipziger Tageblatt“, „Berliner Tageblatt“, „Breslauer Zeitung“, „Hamburger Fremdenblatt“ und „Münchener Neueste Nachrichten“ ebenfalls konfisziert. In der „Glasarbeiter-Zeitung“ wurde sogar das „fünfte Gebot Gottes“ konfisziert. Nach der Ansicht dieses Staatsanwaltes gehört also auch der liebe Gott zu den Staatsverbrechern... Und alles unter der Herrschaft des deutschnationalen Ministers Hochburger und unter dem Beifallsgeheule der nationalverbändlerischen Sippchaft. Paf!

Was die Familien der Einberufenen erhalten.

Neben drei anderen für den Fall eines Krieges geltenden Gesetzen ist dem Abgeordnetenhaus auch ein Gesetzesentwurf zur Abänderung der Bestimmungen über die Entschädigung der Familien Mobilisierter vorgelegt worden.

Das neue Gesetz verändert an dem Ausmaß der Unterstützung gar nichts, und es ist bei weitem nicht so modern wie das im Jahre 1908 geschaffene Gesetz über den Unterhaltungsbeitrag für die Angehörigen der Reservisten. Dieses erkennt den rechtlichen Anspruch der Familien an, verlangt auch nicht die „Hilfsbedürftigkeit“ als Voraussetzung der Leistung des Staates und belegt diese nicht mit dem demütigenden Namen „Unterstützung“, sondern nennt sie „Unterhaltungsbeitrag des Staates“. Das Ausmaß der Unterstützung besteht, genau wie es das Gesetz vom Jahre 1880 besagt, aus zwei Teilen: der täglichen Unterhaltungsgebühr und dem täglichen Mietzinsbeitrag. Als Unterhaltungsgebühr ist „die für jenen Ort, in welchem der betreffende Angehörige des Einberufenen zur Zeit der Einrückung seinen Wohnsitz hatte, für die Militärdurchzugsverpflegung festgesetzte staatliche Vergütung“ zu erkennen. Dazu kommt noch der tägliche Mietzinsbeitrag, der die Hälfte der Unterhaltungsgebühr ist. Nur derjenige bekommt keinen Mietzinsbeitrag, der im eigenen Hause

wohnt oder in einem Hause, das dem Einberufenen gehört, oder in einer öffentlichen Anstalt, etwa einem Armenhause, Kinder unter acht Jahren bekommen nur die Hälfte der Unterhaltungsgebühr und des Mietzinsbeitrages.

Der Betrag für die Militärdurchzugsverpflegung wird jährlich vom Landesverteidigungsministerium bestimmt. Für das Jahr 1912 ist sie in der Zirkularverordnung vom 22. Dezember 1911 festgesetzt worden. Ihr zufolge beträgt die Gesamtunterstützung für jeden einzelnen Angehörigen eines bei einer Mobilisierung Einberufenen, der wohnhaft ist

Table with 3 columns: Region, über acht Jahre alt ist Kronen, unter acht Jahre alt ist Heller. Lists regions like Innsbruck, Triest, Kärnten, etc.

Wie man sieht, ist, weil die Militärdurchzugsverpflegung in den verschiedenen Hauptstädten und in den verschiedenen Ländern nicht gleich ist, auch die Unterstützung der Angehörigen der Einberufenen nicht gleich. Hat also ein Einberufener eine Frau und zwei Kinder, von denen eines über acht Jahre und eines unter acht Jahren ist, und unterstützt er seine Mutter, so daß sie zum größten Teil von ihm lebt, und wohnen alle in Innsbruck, so bekommen diese vier Personen zusammen täglich Kr. 4.00.

Als höchste Stufe für die Gesamtunterstützung der ganzen Familie gilt aber der durchschnittliche Tagesverdienst des Einberufenen. Mehr als der Einberufene verdient hat, kann die Familie, wenn sie auch aus noch so vielen Köpfen besteht, nicht bekommen. Dadurch, daß alle oder ein Teil der Familienmitglieder vom Lande, von der Gemeinde, von Vereinen oder Privatpersonen Unterstützung erhalten, erleidet ihr Anspruch an den Staat keine Schwächung.

Der „kleine“ Finanzplan.

Am 12. Juni gab Abgeordneter Dr. Renner im Namen der sozialdemokratischen Mitglieder des Finanzausschusses die folgende Erklärung ab: „Wir lehnen die Erhöhung der Biersteuer und der Branntweinsteuer ab. Dagegen sind wir bereit, der Erhöhung derjenigen Steuern zuzustimmen, die die besitzenden Klassen belasten, wenn das Erträgnis der Steuererhöhung für die Erhöhung der Bezüge der Staatsangestellten, der Eisenbahner und der Staatsarbeiter verwendet wird. Wir wollen die Arbeit an einem solchen Gesetz so beschleunigen, daß sie noch vor den Sommerferien abgeschlossen werden kann.“

Aber die bürgerlichen Parteien haben dieses Anbot der Sozialdemokraten nicht angenommen. Sie haben keine Lust, die Steuern der besitzenden Klassen zu erhöhen. So wurde denn seit jenem 12. Juni, an dem Dr. Renner diese Erklärung abgab, der Finanzausschuß zu keiner Sitzung einberufen!

Jetzt endlich machen sich die bürgerlichen Parteien ans Werk. Dr. Steinwender hat einen „kleinen Finanzplan“ ausgearbeitet, den der Finanzausschuß nun beraten soll. Aber sein Gesetz legt die schwerste Last nicht auf die besitzenden, sondern auf die besitzlosen Klassen: Es soll nämlich die Branntweinsteuer um 50 S. für den Liter reinen Alkohols erhöht werden. Das bedeutet eine Verteuerung des Liters Branntwein um mehr als 12 S. Nicht die Großgrundbesitzer, sondern die ärmsten Tagelöhner sollen höher besteuert werden. Aber die Liebesgaben an die Schnapsbrenner sollen unverändert weiter gezahlt werden!

Daneben will Steinwender allerdings auch den besitzenden Klassen etwas höhere Steuern auferlegen: die Personaleinkommensteuer derjenigen Steuerträger, die ein Einkommen von mehr als 10.000 Kr. beziehen, soll etwas erhöht, und es sollen die Gewinnaufteile der Verwaltungsräte der Aktiengesellschaften einer besonderen Steuer unterworfen werden. Aber diese Steuererhöhung soll den besitzenden Klassen durch besondere Begünstigungen schmacht gemacht werden. Erstens soll denjenigen, die bisher durch falsche Steuerbefreiungen den Staat betrogen haben, ein Generalpardon gewährt werden. Zweitens soll die von der Regierung vorgefragene Verpflichtung der Kapitalisten, ihre Geschäftsbücher den Steuerbehörden vorzulegen, nur in sehr abgeschwächter Form in das Gesetz aufgenommen werden. Die Vorlegung der Geschäftsbücher soll nämlich nicht durch Strafen erzwungen werden; legt ein Kapitalist trotz der Aufforderung der Steuerbehörde seine Geschäftsbücher nicht vor, dann soll die Behörde nur das Recht haben, die Steuer „auf Grund der ihr vorliegenden Befehle“ zu bemessen. Das ist nichts als die Legalisierung des längst geübten Brauches.

Herr Steinwender hat in seinen Plan schließlich auch die sogenannte Junggefellensteuer aufgenommen: die Erhöhung der Personaleinkommensteuer um 15 Prozent für Junggefellene, um 10 Prozent für kinderlose Ehepaare. Diese Steuererhöhung soll auch für die Arbeiter gelten, die die Personaleinkommensteuer bezahlen müssen. Dagegen hat Steinwender den Vorschlag der Regierungsvorlage, die Steuer derjenigen Arbeiterfamilien etwas niedriger zu bemessen, deren Einkommen sich aus dem Arbeitsverdienst mehrerer Familienmitglieder zusammensetzt, nicht aufgenommen. Den einzigen Paragraphen der Regierungsvorlage, der die Arbeitererschaft begünstigt, hat Steinwender ausgelassen! Ueberflüssig zu sagen, daß er unsere Forderungen, es solle das steuerfreie Existenzminimum erhöht und es solle das Arbeitseinkommen niedriger besteuert werden, als gleich hohes Einkommen aus mäßigem Kapital- und Grundbesitz, nicht berücksichtigt hat.

Herr Steinwender betreibt das Entwerfen neuer Steuererlasse als Sport. Auch dieser sein Entwurf wird wohl den Weg seiner vielen Vorgänger gehen!

Die Deutsche „Arbeiterpartei“ unter dem Hammer.

Nein, so arg ist's nicht, es kamen vorläufig bloß die Parteimarken der „Deutschen Arbeiterpartei“ zur Versteigerung. Die Herren haben 800.000 Wehrschußmarken übrig, die am 2. Dezember versteigert wurden. Näheres erfährt man aus folgendem Versteigerungsbericht, das im „Teplich-Schönaner-Anzeiger“ veröffentlicht war. Geschäftszahl C. V 2627/12.

Versteigerungsbericht.

Am 2. Dezember 1912, vormittags 10 Uhr, werden in Turn, Maria-Theresienstraße 377

zirka 800.000 Stück Wehrschußmarken der Deutschen Arbeiterpartei öffentlich versteigert.

Mit der Aufforderung zum Bieten wird erst eine halbe Stunde nach dem vorstehend angeordneten Termin begonnen.

A. T. Bezirksgericht Teplich, Abteilung XIV, am 20. Oktober 1912.

Barwinek, F. I. Oberoffizial.

Nachdem sich keine Dummen fanden, die der „Deutschen Arbeiterpartei“ die 800.000 Wehrschußmarken ablaufen wollten, andererseits der Druckereibesitzer, der die Marken hergestellt, für die „gute nationale Sache“ kein Verständnis hatte und rücksichtslos — nämlich gerichtlich — vorging, so kamen die Marken unter den Hammer. Hoffentlich haben sich an der Versteigerung die „Volksgenossen“ Fabrikanten und andere gute „rationale“ zahlreich eingefunden und für die Marke ihrer „Arbeiterpartei“ Liebhaberpreise bezahlt.

Der Wiedereintritt der Abgeordneten Ranz und Kemetter in die Vereinigung christlichsozialer Abgeordneter.

Die christlichsoziale „Oesterreichisch-Ungarische Eisenbahner-Zeitung“ gibt in ihrer letzten Nummer an leitender Stelle die Meldung der „Reichspost“ von dem bedingungslosen Wiedereintritt der beiden Abgeordneten Ranz und Kemetter in den christlichsozialen Reichsratsklub wider und knüpft daran folgende bissige Bemerkungen, mit welchen sich Herr Tschunklik leicht die Ungnade seiner hohen christlichsozialen Gönner zuziehen kann.

„Wir begrüßen die Tatsache mit aufrichtiger Freude, wenn wir auch gegen die Art und Weise, wie der Eintritt der beiden uns so nahestehenden Abgeordneten journalistisch registriert wird, energischen Widerspruch erheben müssen. Es haben nämlich nicht so sehr die beiden genannten Abgeordneten durch ihren Wiedereintritt gewonnen, als der parlamentarische Klub selbst, der ja in Wirklichkeit nicht allzu schwer mit Intelligenzen belastet erscheint. Man spiele doch nicht verwegene mit Männern, die für die christlichsoziale Partei ein Stück Leben bedeuten, deren Isolierung eine Preisgebung bedeutungsvoller Wahlbezirke und machtvoller Organisationen zur Folge haben müßte. Ihre Stimme ist wirklich Volkstimme und ihr Bestreben, den Volksnotwendigkeiten wenigstens gleich den Staatsnotwendigkeiten einen Platz zu erobern, wird von den Segenswünschen Hunderttausender begleitet.“

Der Mitteilung der „Reichspost“ entgegen meldete die „Neue Freie Presse“ am 30. November:

„Der christlichsoziale Klub und die Abgeordneten Ranz v. Ranz und Kemetter. Wie wir erfahren, haben die Abgeordneten Ranz v. Ranz und Kemetter ihren Wiedereintritt in den christlichsozialen Reichsratsklub in einem eingehend motivierten Schreiben endgültig abgelehnt. Das Schreiben weist auf den Widerspruch zwischen dem Klubbeschluss vom 27. d. M. hin, mit welchem die von den genannten Herren für ihren Wiedereintritt gestellten Bedingungen vollständig angenommen worden sind, und dem hierüber ausgegebenen Communiqué, welches diesen Wiedereintritt entgegen dem wahren Sachverhalt als einen bedingungslosen erscheinen läßt.“

Die Abgeordneten Ranz v. Ranz und Kemetter werden nunmehr gemeinsam mit dem Abgeordneten Kunteufel die im Jahre 1911 in Graz gegründete Unabhängige christlichsoziale Volkspartei der Deutschen Oesterreichs im Abgeordnetenhaus selbständig vertreten.“

Man weiß nun nicht recht, ob die „Reichspost“ mit ihrer Meldung wieder einmal gelogen hat oder ob die Komödie mit dem Ein- und Austritt aus dem Parlamentsklub noch weitergespielt wird.

Ein hartnäckiger Streik in der Fahrradindustrie.

Die Arbeiter der Premierwerke in Eger, welche Firma Fahrräder mit der Marke Premier, Premier Special, Premier Racer, Premier 10a, Special, Marke de Champion, Alfa, Postillon, Britannia, Kaiserburg, Juno, Sun, Furul, Rohinor, Attila und Torpedo und für die Händler Wandrat, Wien XII, Zeman u. Schönhut, Olmütz, Schmidt, Böhmisches-Leipa, F. Kolár, Chochen, Schattner, Dug, Wolf Falkenau, Frank, Karmin, und Frank, Währ.-Ostau, Räder mit eigener Marke erzeugt, stehen im Streik. Die Betriebsdirektion in Eger hat nun nicht nur jede Verhandlung mit dem Herrn Generaldirektor dieser Werke hintertrieben, sie hat auch schwarze Listen hinausgegeben und verlangt alle Tage die schärfsten Maßnahmen gegen die streikenden Genossen und das Verbot

des Streikpostenzeichens. Trotzdem die Firma aufmerksam gemacht wurde, daß heute der Arbeiter der Hauptkonjunktur des Jahres ist, hat sie ihrem Haß gegen die Arbeiter keine Schranken auferlegt. Sie will keine Organisation im Betrieb dulden und in Zukunft nur nichtorganisierte Arbeiter aufnehmen. Die Firma setzte allen Vermittlungsgründen und Vermittlungsvorschlägen ein prophesiesames Nein entgegen, und alle bürgerlichen Faktoren in Eger sind bemüht, die Arbeiter niederzuringen. Jeder Arbeiter, der etwas auf Arbeiterehre hält, wird wissen, wie er sich künftig den Erzeugnissen dieser Firma gegenüber zu verhalten hat.

Ausland.

Eine richtige Begleitung!

In den Verhandlungen des außerordentlichen Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der am 26. November in Essen tagte, ist ein Satz gesprochen worden, der wichtiger und wertvoller ist als alles übrige Gerede, und der darum in die Geschichtsbücher unserer Zeit zu dauerndem Gedächtnis eingetragen zu werden verdient.

Nach dem Bericht des christlichen „Reichsboten“ sagte der Führer der christlichen Gewerkschaften, Herr Giesberts:

Wenn es uns lediglich darauf angekommen wäre, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten, dann hätten wir zur Sozialdemokratie gehen können.

Wenn es lediglich darauf ankommt, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten, der kann zur Sozialdemokratie gehen! Die Sozialdemokratie vertritt die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter. Wahrhaftig, so selbstverständlich dieser Satz an sich ist, ein so bemerkenswertes Zugeständnis ist es aus dem Munde eines christlichen Gewerkschaftsführers.

Eine ganz richtige Begleitung gibt da der schwarze Herr Giesberts den deutschen Arbeitern: Gebet zur Sozialdemokratie, wenn ihr eure wirtschaftlichen Interessen vertreten haben wollt!

Die englischen Eisenbahner.

Der große englische Eisenbahnerstreik vom Jahre 1911 brachte den Arbeitern die teilweise Anerkennung ihrer Gewerkschaften und auch beträchtliche Lohnerhöhungen. Die meisten Gesellschaften haben den Vorschlägen der damals eingesetzten königlichen Kommission Folge geleistet und die Beziehungen zwischen ihnen und den Arbeiterorganisationen sind normal. Andere Gesellschaften jedoch nehmen gegen die Gewerkschaften eine provozierende Haltung ein. Vielleicht gedenken diese, in dem trüben Wasser der Uneinigkeit der Eisenbahner fischen zu können. Die Verschmelzung von dreien der vier Eisenbahngewerkschaften ist so gut wie fertig; aber eine wichtige Organisation, die Gewerkschaft der Lokomotivführer und Heizer, die etwa die Hälfte der Organisierten dreier Berufsgruppen umfaßt, hält sich abseits. Die Gesellschaft, die sich fortwährend Verstöße gegen die Abmachungen vom Jahre 1911 zuschulden kommen läßt, ist die mächtige „Midland Railway Company“, deren Hauptdirektor in dem großen Kampfe vom vorigen Jahre die Führung der Kapitalisten übernahm. Diese Gesellschaft maßregelt und entläßt fortwährend Angestellte, die sich in dem Kampfe hervorgetan, entgegen den ausdrücklichen Bestimmungen der getroffenen Abmachungen. Dieses uneheliche Vorgehen hat zu großer Erbitterung unter den Arbeitern geführt. Große Unzufriedenheit erregt auch die Praxis einiger Gesellschaften, ihren Angestellten eine Lohnerhöhung von einem Schilling die Woche zu gewähren und zu gleicher Zeit die Miete für das der Gesellschaft gehörende Arbeiterhaus um anderhalb Schilling die Woche zu erhöhen. Ferner haben sich die irischen Bahnen geweigert, die von den britischen Bahnen akzeptierten Reformen durchzuführen. Alles dies hat unter den Arbeitern eine Stimmung erzeugt, die die Leiter der Organisation fürchten läßt, daß die Arbeiter bald einen neuen Kampf wagen müssen.

Ein weiterer Umstand, der für die Möglichkeit eines neuen Eisenbahnerstreiks spricht, ist die Schwierigkeit der Regierung in Bezug auf die Eisenbahnbill. Wie erinnerlich sein wird, mußte die Regierung den Eisenbahngesellschaften nach dem Streik versprechen, eine Vorlage in der nächsten (das heißt der laufenden) Parlamentssession einzubringen, die den Gesellschaften die Erhöhung der Frachttaxe erlauben würde. Ohne diese Zusage hätten die Gesellschaften die Vorschläge der Kommission nicht angenommen. Die Regierung brachte denn auch eine entsprechende Vorlage in dieser Session ein, mußte sie aber fallen lassen und behielt nur die Klausel 2, die von den Frachttaxen handelt. Der Premierminister und der Handelsminister haben nun die Klausel zur Zufriedenheit der Gesellschaften ausgearbeitet. Jetzt aber bietet sich ihnen eine neue Schwierigkeit in Gestalt des entschlossenen Widerstandes der Industriellen gegen die Erhöhung und Veränderung der Frachttaxe und Frachtbedingungen. Der Generalsekretär der Bureauangestellten erklärte vor etlichen Tagen in einer Versammlung in Glasgow, daß die Gesellschaften der Regierung vor kurzem bedeutet hätten, daß sie die ihren Angestellten seit dem Streik gemachten Konzessionen wieder rückgängig machen würden, wenn ihnen die Regierung es nicht ermögliche, durch ein Gesetz die Frachttaxe zu erhöhen. Es ist somit mit der Möglichkeit eines neuen Generalstreiks der englischen Eisenbahner zu rechnen.

Ein schottisches Manifest gegen den Krieg.

Die „Sozialistische Arbeiterpartei“, eine Organisation, die in Schottland viele Anhänger zählt, veröffentlicht ein Manifest gegen den Krieg, dem wir folgende Sätze entnehmen:

„Arbeiter! Was gehen uns die Streitigkeiten unserer Herrscher an? Wir, die Arbeiter der verschiedenen Nationen, haben keinen Streit. Wir, die „vaterlandslosen Gesellen“, die wir weder Land noch Kapital besitzen und

doch allen Reichtum dieser Welt erzeugen, sind gezwungen, lange Stunden für taren Lohn zu arbeiten und werden auf der Suche nach Beschäftigung von Land zu Land getrieben. Unsere Herren sind heute Engländer oder Franzosen, morgen Deutsche oder Russen. Zu welcher Nation sie sich auch zählen mögen, ihr Grund, uns zu beschäftigen, ist immer derselbe: Profit aus unserer Arbeit zu ziehen...“

„Arbeiter! Wir haben keinen Streit mit den Arbeitern anderer Länder. Soll der Kontinent Europas auf das Geheiß unserer Herrscher mit dem Blute unserer Klasse getränkt werden? Die Arbeiter Europas, vereint durch die Bande der Brüderlichkeit und der Klasseninteressen, können diese niedrigen Anträge ein für allemal ablehnen. Eine Antwort auf diese Frage sei: „Nein! Tausendmal nein!“ — Die Arbeiter aller Länder haben nur einen Feind: Die internationale herrschende Klasse. Arbeiter Europas, vereinigt euch!“

Die Normallöhne des Bureaupersonals der schwedischen Privateisenbahnen.

Von E. Anderson (Stockholm).

Wir haben bereits früher berichtet, daß Verhandlungen im Gange waren zwischen dem Verband der Eisenbahnarbeitgeber und dem Personal der Privateisenbahnen zwecks Regulierung der Lohnverhältnisse des genannten Personals. Gleichzeitig gaben wir unserem Interesse an dem Ausgang dieser Unterhandlungen Ausdruck, da das in Frage kommende Personal so gut wie unorganisiert ist; jedenfalls haben sie eine nur äußerst schwache Organisation. Das Resultat der langen Untersuchungen und Verhandlungen ist nunmehr in unseren Händen. Gedanke und Absicht ist wie folgt: Bisher hatte jede Eisenbahn ihre eigene Tabelle, unabhängig von den anderen und ohne irgendwelche Normalbestimmungen. Die Folge davon war, daß sowohl die Löhne wie auch die Arbeitsbedingungen höchst unregelmäßig und bei den verschiedenen Eisenbahnen höchst verschieden waren. Nunmehr sind aber gewisse Bestimmungen aufgestellt worden, nach denen die Eisenbahnen klassifiziert sind unter A. bis E. mit einer besonderen gleichen Tabelle für jede Klasse. Jede Art von Extraeinkommen in den Stationen und Bureaus, das früher von dem Personal eingenommen wurde, ist unter den neuen Bestimmungen der Eisenbahnen zu überweisen, während das Personal dafür einen höheren Lohn erhält, aber keine Extraeinnahme behalten darf. Eine vollkommene Normalisierung hat damit stattgefunden und dies kann man nur begrüßen. Wir wollen hier nicht auf die Zahlen, die Klassifikation oder auf die Methoden eingehen, wohl aber wollen wir uns etwas eingehender mit dem in Frage kommenden Personal beschäftigen, sowie mit dem Standpunkt der Arbeitgeber in dieser Angelegenheit.

Die Arbeitsbedingungen sind durch Bestimmungen festgelegt, die größtenteils dem Vertrag Nr. 2 (Abtal No. 2) entnommen sind. Die Verantwortlichkeits- und Dienstverträge sind derartig verfaßt, daß die fraglichen Angestellten vollständig gefesselt sind. Das wichtigste Dokument ist indessen die Bestimmung über Schiedsgerichte und Urteilsprüche. Der Wortlaut dieser Bestimmung ist wie folgt: „Falls zwischen der Eisenbahngesellschaft und deren Angestellten Meinungsverschiedenheiten entstehen über die Auslegung dieser Bestimmungen, so haben sowohl die Angestellten wie die Eisenbahngesellschaft das Recht, ihre Meinung vor dem Erweitervorschuss des Verbandes der schwedischen Eisenbahnarbeiter unterbreiten zu lassen; der Beschluß dieses Erweitervorschusses ist für beide Teile bindend.“ Also die Zentralorganisation der einen Partei hat als Schiedsrichter zu fungieren! Wir haben jedenfalls Grund genug, uns zu fragen: „Wie war dies nur möglich?“ Den Standpunkt der Arbeitgeber können wir sehr gut verstehen, er ist ja natürlich genug, aber was wir nicht verstehen können, ist das Vorgehen der Vertreter des in Frage kommenden Personals. Was haben diese Leute von ihren Aufgaben gedacht und wie haben sie diese erfüllt?

Um eine Erklärung auf diese Frage zu erlangen, müssen wir auf die Organisation der betreffenden Gruppen zurückgreifen. Die hier in Frage kommenden Gruppen sind: Stationsvorsteher, Bureauangestellte höherer und niederer Grade, Werkstätten und Lokomotivdepotvorstände (Meister) und Kottenarbeiter höherer und niederer Grade. Von diesen sind die Meister in den Werkstätten und Lokomotivdepots vollständig unorganisiert. Der Verband der Kottenarbeiter hält ein- oder zweimal im Jahre eine Versammlung ab, aber man kann von diesem Verband nicht sagen, daß er die betreffende Gruppe vertritt. Dann bleiben noch die Stationsvorsteher und Bureauangestellten. Die erstgenannte Gruppe hat einen Verband, der einige Jahre alt ist. Einige Mitglieder dieses Verbandes haben jedenfalls den Wert des Zusammenchlusses eingesehen und haben versucht, dem Verband eine moderne Gewerkschaftsform zu geben und auch das Verhältnis zu den Arbeitgebern zu modernisieren, aber sie sind daran von den konservativen Elementen gehindert worden, die sich sehr zahlreich in dieser Gruppe befinden. Diese inneren Zwistigkeiten haben den Verband ohne Zweifel sehr geschädigt. Die Bureauangestellten haben ebenfalls einen Verband, auf den man aber das alte Sprichwort von einem Edelmannes noch edleren Dienern anwenden könnte. Dies ist eine sehr bedauerliche Tatsache, da die meisten Mitglieder dieses Verbandes junge Leute sind, die mit einem richtigen Verständnis ihrer Lage viel Gutes tun könnten. Es wäre ganz selbstverständlich gewesen, wenn diese beiden Organisationen sich zusammengeschlossen und vereint eine Organisation aufgebaut hätten. Diese Organisation hätte dann die Verhandlungen mit den Arbeitgebern aufnehmen müssen und wir glauben ganz bestimmt, daß die letzteren keine ablehnende Stellung eingenommen hätten, wenn sie einen wirklichen und starken Gegner gehabt hätten. Aber anstatt sich zusammenzuschließen, ging jeder seinen eigenen Weg. Jeder kleine Verband wandte sich allein an die Arbeitgeber und sagte diesen, daß man zu verhandeln wünsche. Und dann stellte sich bald heraus, daß jeder andere Ansichten und andere Wünsche hatte. Das Resultat war daher trotz der vielen und langen Verhandlungen und Versammlungen, daß die Arbeitgeber in Wirklich-

keit das vorschrieben, was ihnen am besten paßte, was natürlich genug ist und wofür wir sie kaum tadeln können. Nun fingen die verschiedenen Gruppen an, ein vereintes Vorgehen in Erwägung zu ziehen. Die Stationsvorsteher und die Bureauangestellten bildeten zusammen den „Verband des Bureaupersonals“, natürlich in der federativen Form. Später bildete sich dann der parasitäre „Verband der unteren Bureauangestellten“, der die unteren Bureauangestellten umfaßt, die nicht als Mitglieder des Eisenbahnerverbandes gelten wollen, wahrscheinlich, weil ihnen dieser Verband nicht bühnen genug ist. Dieser Verband der unteren Bureauangestellten, der einfach gar keine Existenzberechtigung hat, agitiert nun für eine Vereinigung der unteren Bureauangestellten und versucht, diese zum Austritt aus dem Eisenbahnerverband zu bewegen. Wir haben keinen Grund, dieser Agitation besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden; wir bedauern aber, daß es noch so viele Leute gibt, die kein Verständnis für solche Lebensfragen haben, obgleich man es doch erwarten sollte. Wenn nur diese Komödie von Verhandlungen ihnen eine Lehre geben wollte, dann wäre sie nicht vergebens gewesen.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Reichsverein-Vizepräsident als Lump rechtskräftig gebrandmarkt.

(Zur Berufungsverhandlung König-Müller.)

Unsern Lesern wird noch die Gerichtsverhandlung in Erinnerung sein, die anfangs Juli vor dem Bezirksgericht Wiener-Neustadt stattfand (der „Eisenbahner“ hat darüber ausführlich berichtet), wo der bekannte Vizepräsident des gelben Reichsvereines, Herr König, eine gescheiterte Niederlage erlitt.

Kurz wollen wir die Umstände in Erinnerung zurufen, die die Ursache der Klage bildeten. Am 11. Dezember 1911 hielt unsere Ortsgruppe in Wiener-Neustadt eine Versammlung ab, in der über den Stand und den Erfolg der parlamentarischen Aktion zur Verbesserung der Lage der Eisenbahnbiensteten berichtet werden sollte. Genosse Adolf Müller war als Referent der Genirale erschienen. In längerer Rede setzte er den Eisenbahner auseinander, was erreicht wurde und daß die Vertrauensmänner beschlossen haben, die noch fehlenden Verbesserungen durch eine weitere parlamentarische Aktion zu erreichen. Die Versammlung stimmte den Ausführungen des Referenten zu. Die Versammlung wäre ruhig auseinandergegangen, wenn nicht durch das Auftreten einiger Herren ein Janfapfel in die Versammlung geworfen worden wäre. Während der Rede Müllers kamen die beiden „Präsidenten“ Klein und König vom gelben Reichsverein und der bekannte Salonanarchist Rudolf Großmann mit noch zwei Herren in die Versammlung. Als Müller geendet, saß König zum Worte. Der Tenor seiner Rede war eine rüde Beschimpfung des Gewerkschaftsvereines und seiner Führer, erklärte diese als Verräter an den Eisenbahner, forderte in verantwortungsloser Art zur passiven Resistenz und zu radikalerem Vorgehen auf. Als er geendet, kam der Salonanarchist Großmann daran, der sich noch radikaler geäußerte und die Eisenbahner aufforderte, dem Beispiel der französischen Kollegen zu folgen, die Sabotage als Mittel hinstellte, das imstande ist, den Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen. Der Mann war gewissenlos genug, in einem so wichtigen Augenblick durch dieser Aufforderungen eine heillose Verwirrung anzurichten, die die nachhaltigste Wirkung haben konnte. Wie es selbstverständlich war, wurde den Herren gleich an der Stelle die nötige Antwort zuteil. Die Genossen Buchler, Sagmeister und Offenböck fertigten die Herren ordentlich ab. In seinem Schlusswort zerkaute noch Genosse Müller die Tiraden der beiden „Radikalen“, die um so leichter reden haben, da sie für den Ausgang einer Bewegung ja nicht verantwortlich gemacht werden können, da sie sich wahrscheinlich weit vom Schuß aufhalten werden. Aber der Person des König widmete Müller einen separaten Abschnitt. Der Herr König hat nämlich Butter am Kopf, und wenn er in einem solchen Zustand an die Sonne geht, gemährt man immer allerlei Unannehmlichkeiten. Die Eigenschaften dieses Herrn faßte Genosse Müller zum Schluß in folgenden Worten zusammen: Herr König, ich sage Ihnen, Sie sind ein ganz gewöhnlicher Lump. Wegen dieser Neuzugung erhob König die Klage.

Nach einer beim Bezirksgericht Wiener-Neustadt durchgeführten Verhandlung erbot der Vertreter Müllers für die Äußerung den Wahrheitsbeweis. Er wurde zugelassen und Genosse Müller von der Anklage freigesprochen. König legte Berufung ein.

Am Mittwoch den 27. November fand die Berufungsverhandlung unter Vorsitz des Kreisgerichtsvizepräsidenten Dr. Faltis statt. Als Verteidiger Müllers fungierte wieder Dr. Berstl. Der Verlauf der Verhandlung war sehr interessant. Sie dauerte fünf Stunden. Die Rolle, die Herr König spielte, war eine jämmerliche. Der Mann sah da wie ein Hascherl und verlegte sich — aufs Leugnen. Nicht viel besser benahm sich der „Radikale“ Großmann. Man konnte mit den beiden Erbarmen haben...

Als erster Zeuge wird Gemeinderat Genosse Offenböck vernommen. Er erzählt den Hergang und gibt an, daß König die Versammlung zur passiven Resistenz aufforderte.

Dann kommt Herr Klein daran, der „Präsident“ des gelben Reichsvereines ist, und gibt an, daß Herr König nichts von der passiven Resistenz gesprochen habe. Im Gegenteil, er habe nur davon gesprochen, was die Bediensteten nunmehr für Bezüge bekommen werden. (Und dazu ist der Mann nach Wiener-Neustadt gefahren! Die Red.)

Der Zeuge Genosse Buchler, Lokomotivführer, war Vorsitzender in der Versammlung. Er gibt an, welche Verwirrung durch die Reden des König und Großmann in die Versammlung getragen wurde. Wenn Herr König erklärt, daß er von der passiven Resistenz nicht gesprochen, so sei es unrichtig. Als Großmann die Eisenbahner zur Sabotage aufforderte, habe er, im Bewußtsein, welche Folgen eine solche Handlungsweise für seine Kollegen und deren Familien nach sich ziehen könnte, die Versammlung über den Plan der Leute aufgeklärt. — Vorsitzender: „Was haben Sie den Versammelten gesagt?“ — Zeuge: „Ich habe gesagt, Herr König habe leiert reden. Er sitzt im Bureau der Staatsbahn, den Kampf durchzuführen müssen aber wir, die im exekutiven Dienst stehen. Wenn der Kampf ungünstig endet, wird sich Herr König sicherlich nicht mehr rühren.“ — Im weiteren gibt der Zeuge an, daß

sich die Herren ungeladen in die Versammlung einschmuggelten. Dem Zeugen habe es geschienen, als ob sie dazu bestimmt gewesen seien, in die Reihen seiner Kollegen Misträuen zu tragen.

Zeuge Sagmeister bestätigt gleichfalls, daß König den Modalen spielte und die Versammelten zur Resistenz und Sabotage aufforderte.

Nächster Zeuge ist Rudolf Großmann. Er leistete sich sehr viel Verdrehungen, Ablehnungen, um seinen geliebten Freund zu retten. Besonders possierlich ist seine Erzählung, daß er auf Einladung „einiger im sozialdemokratischen Lager stehenden Arbeiter“ zur Versammlung gekommen war. Doktor Verstl: „Haben Sie den Bericht im „Wohlfahrt für Alle“ gelesen?“ — Zeuge: „Ja.“ — Dr. Verstl: „Können Sie uns sagen, wer den Bericht geschrieben hat?“ — Zeuge: „Das weiß ich nicht.“ — Dr. Verstl: „Haben Sie als verantwortlicher Redakteur den Bericht gelesen?“ — Zeuge: „Ja.“ — Dr. Verstl: „Nun, da steht, daß Sie auf Einladung des Reichsbereines in die Versammlung gefahren sind. Und die Herren König und Klein sagen uns, sie hätten Sie zufällig getroffen.“ — Zeuge (verlegen): „Ja wohl!“ — Vorsitzender: „Was haben Sie in der Versammlung gesprochen?“ — Zeuge: „Ich habe gegen die parlamentarische Erledigung der Lohnforderung der Eisenbahner gesprochen.“ — Vorsitzender: „Haben Sie aufgeföhrt, dem Beispiel der französischen Eisenbahner zu folgen, Sabotage zu treiben.“ — Zeuge: „Keine Spur!“ — Vorsitzender: „Hat dazu Herr König aufgefordert?“ — Zeuge: „Auch nicht!“ — Vorsitzender: „Sind Sie Ihrer Gesinnung nach Anarchist?“ — Zeuge: „Ja, theoretischer Anarchist.“ — Vorsitzender: „Sehen Sie die Sabotage nicht als Kampfmittel an?“ — Zeuge: „Nein, nein, wir sind Gegner jeder Gewalt! Wir sind Gegner der Sabotage und überhaupt jeder Gewalt!“ Und so ging es weiter. Die Zeugen Duschel und Weigl ergänzen noch das Charakterbild des König in eingehender Weise.

Nach längerer Beratung bestätigte der Verurteilungsenat das erstinstanzliche Urteil, womit Genosse Müller endgültig freigesprochen ist. — In der Begründung des Urteils wird die begangene Äußerung als berechtigte Kritik angesehen, da der Kläger dadurch, daß er als Mitglied der Gewerkschaftsorganisation in einem germanischen Blatte Angriffe auf dieselbe machte, sich eines Vergehens schuldig machte, das die Aufhebung als gerechtfertigt erscheinen läßt.

Herr König ist also für uns erledigt. Er hat es nunmehr gerichtlich bestätigt, daß er ein Lump ist. Und weil er es durchaus haben wollte, doppelt auch noch dazu.

Unfall beim Verschieben. Am 24. Februar 1912 ereignete sich bei einer Verschiebung auf dem Franz Josefs-Bahnhof ein Unfall. Beim Abrollen eines Waggons fuhr dieser an einen auf dem Geleise stehenden Wagon ziemlich heftig an. An diesem Wagon war ein Fußer, der auf einer Leiter stand, mit Arbeit beschäftigt, der durch den heftigen Anprall herabgeschleudert und verletzt wurde. Wegen dieses Vorfalls geriet Josefstadt in Strafsachen gegen die Anklage der Ueberziehung nach § 432 St.G. zu verantworten. Bei der Verhandlung, zu welcher Deder ohne Verteidiger erschienen war, gab der Sachverständige Inspektor Nitra der k. k. Staatsbahnen sein Gutachten zuungunsten des angeklagten Deder ab, der infolgedessen zu 24 Stunden Arrest verurteilt wurde.

Gegen dieses Urteil brachte Deder durch Dr. Leopold Schlich Verzierung an das Landesgericht in Strafsachen ein. In der Verurteilungsurkunde führte der Verteidiger aus, daß die Ernennung des Inspektors Nitra zum Sachverständigen unzulässig gewesen sei, da der genannte Beamte dienstlich vorgeladener des beschuldigten Deder sei und mit der Angelegenheit dienstlich befaßt gewesen sei. Es sei nicht angängig, als Sachverständigen eine Person zu bestellen, die an dem Ausgang der Angelegenheit mehr oder minder selbst interessiert und mit ihr schon befaßt gewesen sei. In Würdigung dieser Gründe verurteilte das Landesgericht in Strafsachen die Bestimmung eines zweiten Sachverständigen. Bei der vor dem Landesgericht in Strafsachen durchgeführten mündlichen Verhandlung führte Dr. Schlich aus, daß ein Wagon, an dem ein Fußer zufällig arbeite, nicht im Sinne der Instruktion als ein mit Personen besetzter Wagon anzusehen sei, auf welchen das Abrollenlassen verboten sei. Hiemit seien vielmehr nur Waggons gemeint, in welchen sich Personen befinden. Jedenfalls hätte der fragliche Wagon durch ein Haltensignal gehindert oder Deder vorher verständigt werden müssen, daß an dem Wagon gepußt werde. Wenn aber überhaupt ein Verschulden gesucht werde, so liege ein Verschulden des Verkehrsbeamten vor, dessen Vorstandsstellvertreter eben Inspektor Nitra sei, da die Verschiebung statt aus vier Mann nur aus zwei Mann bestanden hätte, und habe die Staatsbahndirektion nach diesem Unfall die Verstärkung der Verschiebpartien verfügt. Es sei daher Johann Deder von der Anklage freizusprechen.

Nachdem der Sachverständige kaiserlicher Rat Liebel sein Gutachten in ähnlichem Sinne erstattet hatte, sprach der Verurteilungsenat tatsächlich den Angeklagten Johann Deder unter Aufhebung des angefochtenen Urteils von der Anklage frei.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß. Am 24. Oktober 1911 zur Zeit der Rübenkampagne standen in der Station Semnersdorf auf dem Schlepplgeleise VI 13 Wagen in zwei getrennten Gruppen, die eine Gruppe zu zwei, die andere zu elf Wagen eingekremst. Arbeiter waren dabei mit dem Verladen von Rüben beschäftigt. Als jedoch gegen 16 Uhr abends in Semnersdorf der größere Versuch eines Lastzuges begann, wurde dies den Arbeitern gemeldet, woraufhin sie auch tatsächlich mit der Verladearbeit aufhörten. Während des Versuches fuhr auf dem Hauptgeleise ein Personenzug aus, was zur Folge hatte, daß der Versuch auf circa eine halbe Stunde unterbrochen wurde. Die mit dem Verladen von Rüben beschäftigten Arbeiter glaubten aus der Pause schließen zu können, der Versuch sei zu Ende und machten sich wieder an die Arbeit. Ein Arbeiter namens Wikidal kroch unter einen Wagen, da er bei der Stumpheit der zum Auflesen der Rüben bestimmten Gabel die Rüben anders nicht sammeln konnte. Der Versuch nahm aber plötzlich wieder seinen Fortgang, was jedoch die Rübenverlader bei der in der Station Semnersdorf herrschenden Finsternis nicht sehen konnten.

Auf dem Schlepplgeleise wurden zwei Wagen durch die Maschine abgestoßen, auf deren Bremse sich der Kondukteur Josef Hörmanser befand. Diese Wagen prallten mit derartiger Wucht auf die stehende Garnitur, bei welcher die Rüben verladen wurden, auf, daß die Garnitur in Bewegung geriet. Auch der Wagen, unter dem Wikidal die Rüben aufsaß, bewegte sich. Als Wikidal herauskriechen und sich retten wollte, wurde ihm der linke Unterschenkel zerschmettert, wodurch eine Amputation des linken Beines notwendig wurde. Hörmanser hatte sich vor einem Erkenntnisfahndung des Wiener Landesgerichtes unter dem Vorhabe des Landesgerichtes

rates Dr. Sperber wegen Vergehens gegen die Körperliche Sicherheit nach § 337 des Strafgesetzes zu verantworten. Das Gutachten des Sachverständigen Oberinspektor Dr. Knöpfelmacher machte ihm eine ungenügende Beschädigung der Bremse zum Vorwurf. Von der Stelle, wo die rollende Bewegung begann, bis zu den stehenden Wagen, habe Hörmanser eine Bremsdistanz von 100 bis 150 Meter auf horizontalem Terrain gehabt; diese Distanz habe hingereicht, um die Wagen derart verlässlich zu bremsen, daß sie mit einem ganz kleinen Anprall an die stehenden Wagen gelangt wären. Uebrigens bestand keine Notigung, die Wagen an die stehen gebliebenen anzuschließen; denn ebenso wie die bisherigen Wagen in zwei getrennten Gruppen standen, so hätte auch eine dritte getrennte Gruppe auf das Magazinsgeleise kommen können. Die Instruktion schreibe größte Vorsicht und sorgfältige Bedienung der Bremsen bei rollenden Wagen vor.

Die Südbahn sah sich veranlaßt, dem Verletzten im Ausgleichwege eine Entschädigung von 10.000 Kr. zu bezahlen.

Bei der Verhandlung brachte der als Verteidiger für Dr. Gustav Garpner erscheinende Dr. Hans Tauszky vor, daß für Hörmanser die vom Sachverständigen vermeinte Bremsdistanz nicht zur Gänge nutzbar gewesen ist. Er und ein zweiter Kondukteur hätten sich nämlich über Auftrag des Verschieblers bereit zu halten, auf irgendwelche von den Wagen, die auf dem Geleise VI, IV und II, also auf verschiedene Geleise rollen gelassen wurden, während sie schon in Bewegung waren, aufzuspringen und dann die Bremsen zu betätigen. Vor dem Draufkommen auf die stehengebliebene Garnitur aber hatte Hörmanser abzuspringen und anzuluppeln; übrigens habe die Bremse plötzlich nicht vollständig funktioniert; sie vorher auszuprobieren, sei nicht Sache des Hörmansers gewesen, weil ihm die abrollen gelassenen Wagen während der Fahrt nach Semnersdorf als Zugskondukteur nicht zugeleitet waren, er sie vielmehr erst in Semnersdorf vorgefunden hätte und mit ihnen schleunigst verschoben mußte.

Staatsanwalt Dr. Hubinger verlangte die Verurteilung auch deshalb, weil der Angeklagte, als die Wagen auf die von den Rübenverladern besetzten Rollen, keine Warnungsrufe ausgeföhrt hatte. Demgegenüber verwies der Verteidiger darauf, daß die Arbeiter vor Beginn des Versuches gewarnt wurden; die Pause im Versuch haben die Arbeiter auf eigene Gefahr zur Fortsetzung der Verladearbeiten benützt; sie hätten die ausdrückliche Erlaubnis zur Fortsetzung der Arbeiten abwarten sollen. Daß ein Mann unter dem Wagen herumkrieche, habe er schon gar nicht ahnen können, denn dies sei ein großes Verschulden des Verletzten.

Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an und sprach den Angeklagten von der erhobenen Anklage frei.

Streiflichter.

Die „gewerkschaftliche Tätigkeit“ des Reichsbundes deutscher Eisenbahner. Die Hauptleitung des Reichsbundes deutscher Eisenbahner hat nach vielem vergeblichen Kopfschütteln doch endlich das Mittel zur materiellen Besserstellung des Eisenbahnerstandes gefunden. Der Reichsbund ist unter die Versicherungsagenten gegangen und will sich damit eine Einnahmsquelle schaffen, daß er für die Reichenberger Versicherungs-Gesellschaft „Konfordia“ Propaganda macht. In der Nummer vom 1. Dezember 1912 des „Deutschen Eisenbahners“ empfiehlt er in nachstehendem Aufruf, in dem er einige Phrasen, wie „materielle Besserstellung“, „Erreichung einer achtunggebietenden Höhe wirtschaftlicher Selbsthilfe“, „Ausbau der Wohlfahrts-Einrichtungen“, „Versorgung der Familien“ u. s. w. anbringt, diese Versicherungs-Gesellschaft wie folgt:

An alle Mitglieder!

Eine der Hauptbestrebungen unserer Organisation muß es sein, die materielle Besserstellung unseres ganzen Standes zu erreichen.

Da erfahrungsgemäß nur jene Körperschaft die besten Erfolge erringt, welche gut organisiert ist und bei der jedes einzelne Mitglied im wahren Sinne des Wortes sich nicht nur als notwendiger Teil des Ganzen fühlt, sondern als solcher auch handelt und demzufolge auch jede, selbst die geringste Gelegenheit benützt, um im Interesse dieses Ganzen zu wirken, so appelliert die gefertigte Hauptleitung an den Standesinn aller deutscher Eisenbahnbeamten und -Bediensteten, noch fester zusammenzuhalten, sich noch enger aneinanderzuschließen und die wirtschaftlichen Bestrebungen unserer Organisation nach Möglichkeit zu fördern, wodurch wir in absehbarer Zeit eine achtunggebietende Höhe wirtschaftlicher Selbsthilfe erreichen werden.

Zur Erreichung dieser Ziele gehört aber Geld!

Ohne von unseren Berufscollegen noch weitere Opfer zu fordern, waren wir bemüht, neue Einnahmsquellen zu schaffen und schlossen daher mit der

„Konfordia“

Reichenberg-Brücker gegenseitige Versicherungsanstalt, Lebensversicherungsabteilung in Reichenberg, einen wirtschaftlichen Begünstigungsvertrag ab, wodurch nicht nur jedem einzelnen Bundesmitglied beim Abschluß einer Lebensversicherung wesentliche Begünstigungen eingeräumt werden, sondern unserem Bund und jeder einzelnen Ortsgruppe durch Zuweisung der vertragsmäßigen Abschlußprovision eine nennenswerte Einnahme erwächst, so daß es dann möglich ist, den weiteren Ausbau unserer Wohlfahrts-Einrichtungen rüstig in Angriff zu nehmen.

Infolge dieser vertragsmäßig gesicherten Vorteile obliegt uns allen die Pflicht, die eigenen Kapitals- und Aussteuerversicherungen nur bei unserer Verragsanstalt „Konfordia“ in Reichenberg abzuschließen und diese Anstalt auch unserem ganzen Freundes- und Bekanntenkreise nicht bloß zu empfehlen, sondern derselben auch jene Personen namhaft zu machen, bei denen eine Lebens-, Aussteuer- oder Rentenversicherung abzuschließen möglich ist, weil wir auch von solchen Versicherungsabschlüssen die vertragsmäßigen Provisionen erhalten, welche mit Personen abgeschlossen werden, die unserer Organisation nicht angehören.

Wenn jeder in der Weise unsere Bestrebungen unterstützt, dann wird es leicht möglich sein, den angestrebten Zweck in verhältnismäßig kurzer Zeit zu erreichen und ruhig sagen zu können, das haben wir für uns und unsere Familien getan!

Um rascher zum Ziele zu gelangen, richten wir an die verehrlichen Ortsgruppen und Zahlstellen das höfliche Ersuchen, aus dem Kreise der dortigen P. T. Mitglieder einen Vertrauensmann zu wählen, durch den der Verkehr in allen

Versicherungsangelegenheiten mit der „Konfordia“ sich abwickelt und an den Mitglieder um Rat und Auskunft sich wenden können.

Die Anschrift des Vertrauensmannes wolle sowohl uns als auch der „Konfordia“ in Reichenberg bekanntgegeben werden, welche sich mit ihm dann in direkte Verbindung setzt. Bemerkte sei, daß die Prämien für die „Konfordia“ bei den k. k. Staatsbahnen im Wege des Gehaltsabzuges bezahlt werden können.

Nochmals den Standesinn unserer verehrlichen Mitglieder anrufend, soll es uns angenehm sein, durch den heutigen Aufruf den angestrebten Zweck zu erreichen und ihnen auf unserer nächsten Hauptversammlung schon günstige Erfolge melden zu können.

Treu-deutschen Gruß

Die Hauptleitung.

Es ist zu unterscheiden, daß es sich nicht etwa um eine Annonce im Inseratenteil des „Deutschen Eisenbahner“, sondern um eine von der Hauptleitung des Reichsbundes ausgegebene Geschäftsreklame handelt. Die Gewerkschaft der deutschnationalen Eisenbahner will aus der Versicherung für die Notlage der Familien verstorbener Bediensteter und aus der Versicherung für die Notlage invalider gewordener Bediensteter Provisionen ziehen, wiewohl sie, falls sie als Organisation ernst genommen werden wollte, diesbezüglich einzig und allein auskömmliche Unfallrenten und Pensionen anzustreben hätte. Der Reichsbund zieht bei seinen Bemühungen, sich eine Einnahmsquelle zu verschaffen, nicht in Kalkulation, daß von den Mitgliedern die Provisionen bei den Versicherungsprämien mitbezahlt werden müssen. Wenn die Hauptleitung des Reichsbundes pathetisch ausruft: „Zur Errichtung dieser Ziele gehört aber Geld!“ mag sie sich auch daran erinnern, daß auch zur Bezahlung von Prämien für Versicherungen Geld gehört und daß die weitaus größere Mehrheit der Eisenbahner Oesterreichs keineswegs in der glücklichen Lage ist, teure Versicherungen eingehen zu können, woraus einer ersten Gewerkschaft andere Aufgaben erstehen, als die Klammermacheri für die Reichenberger „Konfordia“. Die Hauptleitung des Reichsbundes unterläßt es wohl, schlauerweise direkt zum Eingehen von Lebens-, Aussteuer- und Rentenversicherungen aufzufordern, sie läßt aber zu diesem Zwecke Vertrauenspersonen einsetzen und stellt so ihren ganzen Organisationsapparat in den Dienst dieser Versicherungsgesellschaft. Es dürften aber dem Reichsbund auf diesem neuen Tätigkeitsgebiet ebensowenig Erfolge beschieden sein als auf anderen, und Herr Ertl, der Klassenkämpfer, Eisenbahnerretter und Sozialistenbezwinger wird seinem Rollenrepertoire ganz überflüssig, als Agent der Reichenberger „Konfordia“, die Rolle des wirtschaftlichen Selbsthelfers hinzugesetzt haben.

Die Nichternennung der Manipulanten der Oesterreichischen Nordwestbahn zu Oberkondukteuren. Abgeordneter Tomšik und Genossen haben im Abgeordnetenhause nachstehende Interpellation an den Eisenbahnminister gerichtet:

„Die Manipulanten der verstaatlichten Oesterreichischen Nordwestbahn fühlen sich nach der Verstaatlichung respektive nach der Einreichung in den Personalstatus der k. k. Staatsbahnen sehr enttäuscht und warten bis zum heutigen Tag vergeblich auf die Zuerkennung ihrer auf gesetzlicher Basis festgelegten Rechte.“

Der Manipulantenposten war bei der alten Verwaltung ein Unterbeamtenposten und es wurde jeder Kondukteur, welcher ständig als Manipulant eingeteilt war und die Gehaltstufe von 1200 Kr. erreicht hatte, nach Ablegung der vorgeschriebenen Prüfung zum Oberkondukteur ernannt. Wenn dies in einzelnen Fällen nicht zutraf, so wurde sicher die eine oder andere Voraussetzung nicht erfüllt.

Zur Zeit der Verstaatlichung wurde dem Personal der O. N. W. B. in den Einreichungsgrundlagen die Beibehaltung der Ernennung der Manipulanten zum Oberkondukteur zugesichert, und zwar im Artikel III, letzter Absatz, der Einreichungsgrundlagen für die Einreichung der Unterbeamten und Diener der O. N. W. B. (Amtsblatt der k. k. Nordwestbahndirektion 58. Stück vom 15. Oktober 1910), wo es wörtlich heißt: „Insoweit durch die Dienstvorschriften der früheren Bahnverwaltung die Ueberführung einzelner Bediensteter in höhere Kategorien zwar nicht verbietet war, diesfalls aber ein fester Ufus eingehalten wurde, wird auch seitens der Staatsbahnenverwaltung hinsichtlich der bis zum 31. Dezember 1909 ernannten Unterbeamten und Diener an diesem Ufus im Rahmen der Normierung und nach Maßgabe der persönlichen Eignung der betreffenden Bediensteten tunlichst festgehalten werden.“

Außerdem wurde in der außerordentlichen Personal-Kommissions-Sitzung vom 30. September und 16. Oktober 1910 vom Vorsitzenden dieser Kommission die Erklärung abgegeben, daß auch bei der k. k. Staatsbahnenverwaltung an der usuellen Ernennung der Manipulanten zu Oberkondukteuren festgehalten werden wird, was überdies im Sitzungsprotokoll verzeichnet erscheint.

In dieser Angelegenheit haben nun schon mehreremal Deputationen im k. k. Eisenbahnministerium sowie bei der k. k. Direktion ohne Erfolg vorgesprochen. Hierbei wurde versucht, die Wünsche der Deputationen aus den unbilligsten Gründen abzuweisen. So wurde behauptet, daß von einem Ufus keine Rede sein könne, da die Ernennung der Manipulanten zu Oberkondukteuren nicht regelmäßig von Jahr zu Jahr nachzuweisen sei. Demgegenüber muß das Personal erklären, daß dies seinen Grund darin findet, daß in jenen Jahren, wo eine Ernennung der Manipulanten zu Oberkondukteuren nicht nachzuweisen ist, eben kein Manipulant in die Gehaltsstufe von 1200 Kr. vorrückte, was die Ernennung zum Oberkondukteur gerechtfertigt haben würde.

Ein andermal wurde der Deputation erklärt, daß das Personal den Wortlaut der Einreichungsgrundlagen mißverstehen, denn der Passus „hinsichtlich der bis zum 31. Dezember 1909 ernannten Unterbeamten und Diener“ sei dahin aufzufassen, daß nur jene Manipulanten damit gemeint sein können, welche am 31. Dezember 1909 bereits einen ständigen Posten inne hatten, respektive zum Manipulanten bereits ernannt waren, dagegen gelte er für jene, welche nach dem 31. Dezember 1909 als Manipulationskondukteure eingeteilt wurden, nicht. Das in Betracht kommende Personal muß darauf erwidern, daß es von ihm entschieden abgelehnt wird, sich auf diese Weise in seinen Rechten verkürzen zu lassen, und zwar aus dem einfachen Grund, weil das Personal keine Auslegung der Einreichungsgrundlagen verlangt, welche ihm vielleicht einen ungünstigen Vorteil verschaffen soll, andererseits es aber auch nicht haben will, daß ein festgelegtes, deutlich ausgedrücktes Recht zu seinem Nachteil verstimmt wird. Das Personal ist gewohnt, die erlassenen Verordnungen und Gesetze zu achten, und zu respektieren und ist infolgedessen der festen Meinung, daß dies auch bei den Einreichungsgrundlagen, welche vom Per-

sonal als ein bindendes Gesetz betrachtet werden, der Fall sein soll. Zum Beweis, daß die Sache, so wie das Personal es ausführt, richtig ist, sei darauf hingewiesen, daß in den Einreichungsgrundsätzen die Rede von der Ernennung ist. Als Ernennung galt bei der O. N. B. die Vorrückung vom Ausführenden zum provisorischen Bremser, vom provisorischen Bremser zum definitiven Bremser, vom definitiven Bremser zum Kondukteur und vom Kondukteur zum Oberkondukteur. Eine Ernennung zum Manipulanten oder Zugführer hat die O. N. B. nicht gekannt. Infolgedessen legen sich die in Betracht kommenden Bediensteten die Einreichungsgrundsätze ganz richtig aus, wenn sie von der Annahme ausgehen, daß der Wortlaut der Einreichungsgrundsätze dahin zu verstehen ist, daß jeder bei der O. N. B. bis 31. Dezember 1909 definitiv angestellte Kondukteur bei ständiger Verwendung als Manipulant, der Erreichung der Gehaltstufe von 1200 Kr. und nach Ablegung sämtlicher Prüfungen das Recht hat, zum Oberkondukteur ernannt zu werden. So und nicht anders kann eine buchstäblich entsprechende Auslegung der Einreichungsgrundsätze ansetzen. Das Personal ist auch vollkommen überzeugt, daß es hierin seiner falschen Anschauung huldigt.

Ein Gegenargument der f. l. Staatsbahnenverwaltung wäre noch zu erwähnen, und zwar, daß bei einer eventuellen Ernennung der Manipulanten zum Oberkondukteur die Autorität des Zugführers leiden möchte. Demgegenüber sei festgestellt, daß sich bei der O. N. B. kein Fall von Subordinationsverletzung, wie man vom militärischen Standpunkt sagen möchte, zugetragen hat. Der Zugführer wurde früher und wird es auch heute als der unmittelbare verantwortliche Vorgesetzte beim Zuge von seitens der Manipulanten angesehen und als solcher respektiert. Wenn die Autorität des Zugführers lediglich von der Distinktion oder der Kategorie abhängig wäre, so wäre die Verwendung eines Kondukteurs als Zugführer und eines Oberkondukteurs als Manipulant bei ein und demselben Zuge unmöglich, ja selbst betriebgefährlich. Dem ist aber nicht so. Jeder von beiden Personen ist sich seiner Pflicht und Verantwortung bewußt und wird wegen der Rangunterschiede nie die Grenzen seiner Machtbefugnisse überschreiten; die Praxis beweist dies zur Genüge.

Aus diesem Grunde stellen die Interpellanten an den Herrn Eisenbahnminister die Anfrage: Ist der Herr Eisenbahnminister geneigt, diesem wichtigen Stand des Eisenbahnpersonals Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und den Manipulanten der f. l. Nordwestbahndirektion das ihnen im Artikel III der Einreichungsgrundsätze gewährleistete Recht der Ernennung zu Unterbeamten unterstützt und in vollem Ausmaß zukommen zu lassen?

„Passive Resistenz ist der verlogene Streit! So sprach vor ein paar Tagen Professor Philippovich in seiner Herrenhausrede gegen das Vereinigungsrecht der Beamten. Dazu sagt die „Arbeiter-Zeitung“: „Passive Resistenz ist der verlogene Streit“, meinte der Herr Professor. Das Wortlein ist schon geprägt und kann leicht in Lauf kommen, ist aber doch eine falsche Gedankenmünze. Sie meinen, Herr Professor, die Verlogenheit stecke in der passiven Resistenz? Sie haben eine Verlogenheit, aber die Spur finden Sie nicht! Das mit der Verlogenheit, daran ist schon was richtig. Aber nicht die passive Resistenz ist verlogen, sondern die Einrichtung, die durch die passive Resistenz zu gefährden ist. Passive Resistenz ist nichts anderes als peinlichste Pflichterfüllung, als genaueste Befolgung aller Vorschriften. Und wenn die Geschäfte stocken, weil man seine Pflicht tut, und wenn der Verkehr lahm wird, weil man die Vorschriften befolgt — worin steckt die Verlogenheit? Ist Pflichterfüllung im Gehorsam? Hier blüht die Komik des Kapitalismus auf. Tugenden, die er züchtet, werden ihm am Ende unbenutzen. Es gibt eben Vorschriften, die man nicht erfüllen will, niemals, im Gegenteil, man ist empört, wenn sie Beachtung finden, ihre Befolgung ist Dreistheit, ihre Ausführung ist Revolution — darin steckt die Verlogenheit, Herr Professor. Die passive Resistenz aber ist etwas ganz anderes: sie ist in Wahrheit die Enthüllung der Verlogenheit.

Die Delegiertenwahlen für den f. l. Direktionsbezirk Wien brachten uns einen sehr schönen Erfolg. Trotzdem die „Nationalen“ mit Hochdruck arbeiteten und die „Christlichen“ ihre Kandidatenliste und Klebezettel unter Kubert an jeden einzelnen abfanden, gingen unsere Kandidaten, die Genossen Ferdinand Mayer, Kondukteur, Wien I, als Delegierter und als Ersatzmann Eduard Lindner, Lokomotivführer, Gürtelberg, als Gewählte durch. Der Christlichsozialer Rudolf Löffler und der Deutschnationaler Andreas Fischer blieben mit ihren wenigen Stimmen weit zurück.

Das Stimmenverhältnis war folgendes:

Abgegebene Stimmen	16.405
Leere Stimmen	2.620
Ungültige Stimmen	32
Stimmen erhielten die:	
Sozialdemokraten	10.066
Christlichsozialen	2.470
Deutschnationalen	1.010

Nun, wir können mit diesem Erfolg wohl zufrieden sein, der wieder einmal aufzeigte, in welchem Lager sich die Eisenbahner befinden!

Die blamierte Staatsbahnenverwaltung. Ein Fall, der auf den Geist, mit welchem unsere Staatsbahnenverwaltungen ausgerüstet sind, ein ganz eigentümliches Licht wirft, wird uns aus Leoben berichtet. Seit fast drei Jahren bildete dortselbst die Frage der Erweiterung der Diensträume und die Beseitigung der verschiedenen Uebelstände im Magazinsgebäude den Gegenstand von Beschwerden, die auch in fast jeder Sitzung der Personalkommission zur Sprache gebracht wurden. Auch der Abgeordnete Tomšik hat erst vor kurzer Zeit an die Staatsbahndirektion Willach ein Schreiben gerichtet, in welchem Herr v. Ostheim die Notwendigkeit nahegelegt wurde, die zu den fortwährenden Beschwerden Anlaß gebenden Uebelstände endlich doch einmal beseitigen zu wollen. In diesen wie in allen früheren Fällen wurde natürlich zugesagt, „nach Möglichkeit eine Verringerung verfügen zu wollen“, jedoch zugleich auf die unzureichenden Kredite hingewiesen, die der Staatsbahndirektion für derartige Maßnahmen zur Verfügung stehen. Beseitigen ist aber natürlich nichts.

Nachdem nun dem Gemeinderat von Donawitz, in deren Bereich die erwähnten Beschwerdeobjekte liegen, auch mehrere Genossen als Gemeinderäte angehören, wurde auf die unhygienischen Zustände der Bürgermeister von Donawitz, Doktor Buchmüller aufmerksam gemacht, der nun in seiner Eigenschaft als Arzt und Bürgermeister, nachdem er sich von den f. l. Staatsbahnschleppern überzeugen konnte, an die Staatsbahndirektion Willach eine geharnischte Zuschrift richtete, in der die Beseitigung dieser Uebelstände binnen vier Wochen begehrt

wird. Die Staatsbahndirektion, die aber von den Sanitätsgeboten und dessen Handhabung vorerst keinen Begriff zu haben scheint, fragte jetzt erst bei der Bezirkshauptmannschaft in Leoben vor, auf welcher Rechtsgrundlage die Gemeinde Donawitz ein derartiges Begehren stellen kann, worauf ihr natürlich die telebrende Auskunft zuteil wurde, daß das auf Grund des Sanitätsgesetzes geschieht. Jetzt wird hoffentlich der Willacher Amtschimmel in Bewegung gesetzt werden, wo die Sanitätsbehörde sich der Sache angenommen hat. Aber war das nötig? War es nötig, daß man erst alle Mahnungen unbeachtet ließ, und mußte man sich erst eine Blamage zuziehen? Man weiß jetzt wenigstens auch von welcher Qualität die Zuschriften sind, die in der Staatsbahndirektion Willach sitzen.

Ein Nachhaber aus der Tauffig-Periode der alten Oesterreichischen Nordwestbahn gestorben. Regierungsrat Porias, der bei der alten O. N. B. das Schicksal Tausender Bediensteter in Händen hatte, ist gestorben und sein Tod wird manchen Nordwestbahner an die vergangene Zeit rückerinnern. Das „Zentral-Organ“ der österreichischen Eisenbahnbeamtenchaft widmete dem ehemaligen Personalchef der Nordwestbahn folgenden Nachruf:

„Einer der ehemaligen Gewaltigen, denen es vergönnt war, die Lexa der alten f. l. priv. O. N. B. und S. N. B. zu überleben, ist vor kurzem in Wien zu Grabe getragen worden. Der ehemalige Betriebsdirektor, Generalinspektor und f. l. Regierungsrat Leopold Porias, dessen Name noch heute in jedem alten Nordwestbahner die widersprechendsten Gefühle auslösen muß, wurde fern von der Stätte seiner einstigen Tätigkeit vom Tode ereilt und still wie sein Auszug aus Wien, spielte sich auch sein letzter Eingang in der Residenz ab.“

Nach seiner Ernennung zum Leiter der Betriebsdirektion wurde Porias, der sich als Personalchef trotz der vielfachen Beeinflussungen und Einflüsterungen seiner Umgebung einen ziemlich klaren Blick und eine gewisse Selbständigkeit des Handelns bewahrt hatte, zum ausgesprochenen Göken und Spielzeug seiner ausschließlich persönliche Aspirationen verfolgenden nächsten Umgebung.

So lebend er als Personalchef war, so bestrahlt er war, seinen Leuten möglichst zu nützen, ohne das übrige Personal im schweren Maße zu schädigen, so blind wurde er, als ihm der Titel eines f. l. Regierungsrates in den Schoß fiel. Der Weisrath, der ihn von nun an durch seine Umgebung gestreut wurde, nahm seinen bis dahin klaren Sinn gefangen, er gab den Standpunkt eines frei und unabhängig denkenden und handelnden Menschen auf und ahmte das von der damaligen höchsten Stelle gegebene Beispiel der persönlichen Unzugänglichkeit, verbunden mit einer absolut unzulänglichen Orientierung über die obwaltenden momentanen Verhältnisse, zu seinem eigenen Nachteil erfolgreich nach.

Der sehende ehemalige Personalchef wurde als Betriebsdirektor und verwöhnter Göke seiner Umgebung zum unabhängigen Bureaurenaten, dem die Leitung der Angenden und persönlichen Einflußnahme langsam aus den Händen glitt, um an Streber gänzlich überzugehen. Daß eine solche Wandlung in den Verhältnissen Porias persönlich nicht zum Nutzen gereichen, sondern seine Stellung langsam erschüttern mußte, das zeigte deutlich die verschiedenen Affären, welche zur Zeit seiner Tätigkeit als Personalchef nie vorgekommen waren, sich aber zur Zeit seiner Tätigkeit als Leiter der Betriebsdirektion geradezu häuften und genügen Anlaß boten, um dem Regierungsrat und Donzen Porias die Augen zu öffnen.

Ramentlich die seinerzeit in den Fachzeitschriften erörterten Fälle „Dobrowitz“ und „Podwinock“ waren ganz danach angeordnet, den Regierungsrat Porias zu veranlassen, seinen erhabenen Standpunkt schleunigst zu verlassen. Leider ist dies nicht geschehen und es geschah auch dann nicht, als der verächtliche Fall des Verkehrsreferenten von Reichenberg, welcher die Gemüter aller Nordwestbahner im höchsten Maße erregte, trotz der unternommenen Vertuschungsversuche vor die Öffentlichkeit gebracht wurde.

Anstatt die Fäden dieser Affäre in die Hand zu nehmen und bis zur gänzlichen Austragung zu behalten, entsandete Porias zur Vornahme der notwendigen Erhebungen einen, der Aufgabe durchaus nicht gewachsenen Oberinspektor nach Reichenberg und nahm dadurch den ersten Spaltenstich vor, der sein moralisches Grab bezeichnete.

Der kurze Zeit nach dieser letzten Affäre erfolgte Sturz Porias ist einzig und allein auf die vielen Unterlassungen und Sünden des inaugurierten Regimes zurückzuführen gewesen. Seine Umgebung, die ihn bis dahin nach allen Regeln der Kunst verwöhnt und vergöttert hatte, fühlte instinktiv, daß sein Einfluß im Schwanden begriffen ist und sie rückte diesen Umstand in der Art aus, daß sie zu dem ersten von Porias Hand geführten Spaltenstich weitere solange hinzufügte, bis das Grab für den einstens gewaltigen Generalinspektor gänzlich fertig war.

An der mit dieser Ansicht vorgenommenen Schaufelung der Grabstätte beteiligten sich selbstverständlich nicht nur Leute, die heute schon der Vergessenheit anheimfielen, sondern auch Oberbeamte, die noch heute aktiv dienen und die ihre schwindelnde Karriere und einen unnatürlich raschen Aufstieg nur dem Falle Porias zu verdanken haben.

Wäre dieser nicht herbeigeführt worden, hätte es Porias vermocht, sich noch länger zu halten, dann wären auch diese Herren kaum größer geworden als die vielen anderen Beamten, die über gleiche Tätigkeiten verfügen, bisher nur wenig aus der Gesamtheit der Beamenschaft hervorzuragen in der Lage sind.

Allerdings ist auch ihre Meisterschaft in der Schaufelung moralischer Grabstätten mit jener der erwähnten Herren nicht zu vergleichen. Diese sind gewöhnt, auf Umwegen zum Ziele zu gelangen und scheuen selbst vor kleinlichen Intrigen nicht zurück, während jene in Verkenennung der Tatsachen geraden Weges auf ihr Ziel loszusteuern trachten. Dieser letztere Weg ist aber, wie die Karriere der erstgenannten Herren beweist, nicht das richtige, weil er dem Gegner in der Regel Gelegenheit bietet, sich rechtzeitig gegen jeden Angriff zu wappnen und diesen nach Möglichkeit auch abzuwehren.

Sicherer ist schon der Weg, der zum Sturze Porias führte. Die Fiebe werden unsichtbar geführt, der Boden unter den Füßen des zu Stürzenden wird vorsichtig und unauffällig gelockert und der entscheidende Schlag in dem Augenblick geführt, in welchem ein Entrinnen nicht mehr möglich oder zumindest nicht mehr wahrscheinlich ist. Wie gefährlich dieser Weg gar manchem Mächtigen werden kann, darüber würde beispielsweise der oberste Vorgesetzte dieser Herren sehr staunen, wenn er wüßte, daß es ihm an Haarsbreite fast genau so ergangen wäre, wie seinerzeit dem f. l. Regierungsrat, Generalinspektor Leopold Porias.“

Auflösung und Neuwahl der Personalkommission der O. N. B. Die Generaldirektion der O. N. B. hat nach den Dienstenachrichten derselben die Personalkommission aufgelöst und Neuwahlen angeordnet, die bis zum 21. Dezember d. J. beendet sein sollen. Es wird keinem vernünftigen Menschen einfallen, bei dieser Wahl mittun zu wollen, um nur der Verwaltung dieser Bahn Vertrauensmänner des Personals ans Messer zu liefern. Bei der Art der Durchführung von Wahlen auf dieser Bahn würde jener Teil des Personals, der sich nicht als williges Werkzeug des Generaldirektors Enderes mißbrauchen läßt, durch eine Wahlbeteiligung nur neuen Vergewaltigungen und Drangsalierungen ausgesetzt und es ist nicht die geringste Gewähr dafür vorhanden, daß ein einwandfreies Wahlergebnis zustande kommt. Neue Personalkommissionsmitglieder, die ihr Mandat ernst nehmen und sich nicht illiberal dem Enderes unterwerfen, waren maßlosen Schikanen und selbst Entlassungen ausgesetzt, und Enderes mag die Personalkommission bekommen, die er braucht. Wenn sich das Personal einer Bahn auf die Waags friedlicher, durch die Personalkommission vorgekommener Verhandlung zwischen dem Personal und der Bahnverwaltung begibt, tut es dies im Vertrauen auf eine halbwegs lokale Haltung dieser Verwaltung dem Personal gegenüber. Das Personal der O. N. B. verhandelt mit der Verwaltung der O. N. B. nicht mehr. Was sich künftig auf dieser Bahn „Personalkommission“ nennt oder was so von der Generaldirektion genannt wird, ist keine Vertretung des Personals. Ob Enderes die sich zu dieser Rolle erhebenden Bediensteten selbst aus den Reihen der Streber erwählt und ob er sie zu dieser Funktion ernannt oder ob er sich dieselben von dem gelben Betriebsverein, der vornehmlich zu diesem Zwecke gegründet wurde, beistellen läßt und ob so etwas, das einer Wahl gleichkommen soll, auf dieser Bahn vorgenommen wird, ist für die Sache vollkommen gleichgültig. Wir handeln in Sinne des Großteils des Personals dieser Bahn, wenn wir erklären, daß die große Mehrheit des Personals es schon heute ablehnt, sich mit einer derartig gewählten „Personalkommission“ zu identifizieren. Daran kann, weil die Skrupellosigkeit dieser Bahnverwaltung groß ist und ihre Organe gefügig sind, ein einseitig publiziertes Stimmenturnier nichts ändern. Für das Personal der O. N. B. hat in Wirklichkeit die Institution der Personalkommission zu bestehen aufgehört.

Die Lage der Magazinmeister und Magazinaufseher der Südbahn. Den Magazinmeistern und Magazinaufsehern der Südbahn ist ein sehr trauriges Los beschieden. Die keineswegs befriedigende Lohn-, beziehungsweise Gehaltsregulierung des Jahres 1907 erübrigte für diese Kategorien nichts und seither hat die Verwaltung der Südbahn diesen noch gewaltsam eine schwere Schädigung beigelegt, indem sie dieselben aus der Unterbeamtengruppe B hinausdrängte, respektive indem sie ihnen das Anrecht auf diese Gruppe raubte. Wenn man nach den Ursachen dieses Vorgehens forscht, muß man bedauerlicherweise konstatieren, daß sich diese Verhältnisse nur bei der Gleichgültigkeit vieler Magazinmeister und Magazinaufseher gegenüber der Organisation des Gesamtpersonals betart ungünstig entwickeln konnten. Die Südbahnverwaltung unterschätzt in vollständiger Verkennung der tatsächlichen Zustände die Dienstverrichtung dieser Kategorien und die Qualifikation des Bedienstetenmaterials, aus dem sich dieselben ergängen. Sie hat für die Forderungen derselben stets taube Ohren und komplimentiert Deputationen dieser Kategorien stets jesuitisch hinaus, anstatt die Notwendigkeit einer ausgiebigen Regulierung anzuerkennen. Da wird es von Nutzen sein, auf die Dienstverrichtungen der Magazinmeister und Magazinaufseher, die sich zumeist aus kaufmännisch geschulten Kräften rekrutieren, zu verweisen und zu diesem Zwecke wahllos einzelne Dienststellen vorzunehmen. So als erstes Beispiel die Werkstätte Marburg. Dort ist ein Magazinmeister und Aufseher seiner sozialen Stellung nach eine Null, er gilt als notwendiges Übel, vertritt aber ganz untreulich Beamtenpflicht. Kein einziges Rechnungsbuch des Materialdienstes passiert die Zensur dieser Werkstätte, das nicht aus der Hand eines Magazinmeisters oder Aufsehers hervorgegangen ist. Kein einziges Haupt- oder Nebenbuch wird von jemand anderem geführt. Diesen, dem größten Handmagazin im Bereiche der Südbahn, das einem großen Kaufhause gleicht, ist mit Ausnahme des Magazinverwalters für den administrativen Dienst nicht ein einziger Beamter zugeteilt. Es mangelt an Zeit und Raum, um an dieser Stelle in nähere Details darüber eingehen, wer es aber nicht glaubt, überzeuge sich selbst. Daraus geht deutlich hervor, daß nur Leute mit entsprechenden Kenntnissen und Vorbildung zum Dienste des Magazinmeisters und Magazinaufsehers verwendet werden können. Verdient etwa ein solcher Bediensteter nicht, anderen Kategorien, wie den der Bahnmeister, Rangleiterexpedienten u. gleichgestellt zu werden? Beim Verkehr ist der Magazinmeister und Aufseher der erste Geschäftsmittler zwischen Parteien und der Bahnverwaltung. Er bekleidet gewöhnlich einen Vertrauensposten. Tausende von Kronen gehen durch seine Hände. Er überwacht die richtige Ausnutzung der Wagen, muß in der Handhabung der Vorschriften für den Transportdienst vollkommen bewandert sein und kann die Verwaltung vor großem Schaden bewahren. Aus allen diesen vorgezeichneten Tatsachen ist doch deutlich genug erkennbar, daß dieser Kategorie ein anderer Platz im Rahmen der Bahnbediensteten gebührt als der heutige. Nachdem man bisher der Kategorie der Magazinmeister und Aufseher schon genug angetan, das heißt, dieselbe wider Recht und Gerechtigkeit in ihrer Stellung so weit herabgedrückt hat, so soll man wenigstens jetzt den billigen Wünschen der Magazinmeister und Magazinaufseher gerecht werden. Die maßgebenden Faktoren werden eingeladen, sich von den Dienstverrichtungen der Magazinmeister und Aufseher aller Dienstzweige zu überzeugen, damit dieser seit mütterlicher Hand behandelten Bedienstetenkategorie endlich die Gelegenheit geboten wird, ihre Rechte geltend zu machen.

Die billigsten Reformen für das Wächterpersonal der Staatsbahndirektion Willach. Wiederholt wurden schon an dieser Stelle mit Tatsachenmaterial die maßgebenden Faktoren auf die Ueberbürdungen der Bahnwächter und den darauf folgenden Mangel an freier Zeit aufmerksam gemacht und wiederholt wurden schon begründete Anträge in den Personalkommissionsitzungen der Direktion Willach in verschiedenen Variationen eingebracht, auf welche nur das Studieren über eine Verringerung des Dienstturnuses für die Bahnwächter versprochen wurde. Ein an das f. l. Eisenbahnministerium gerichteter Gesuch wurde wegen falschem Informiertsein des Eisenbahnministeriums von diesem abgewiesen und es wurde erst für spätere Zeit eine Verringerung in Aussicht gestellt, wenn sich der Verkehr heben sollte. Es wurde nicht berücksichtigt, daß sich der Verkehr innerhalb der 14 Jahre, seit welchen der derzeitige Turnus 16/12 besteht, beinahe verdoppelt hat und daß sich damit selbstverständlich auch sowohl der Bahnaufsicht als der Bahnerhaltungsdienst nahezu verdoppelte. Als Resultat des Studiums der Direktion Willach über die Dienstturnusänderung für die Bahnwächter hat bereits eine Neueinführung im hohen Norden des Direktionsbezirktes das Licht der Welt erblickt. Es ist die im Amtsblatt Nr. 36 vom 15. Juli 1912 publizierter Einführung des ambulanten Wächterdienstes in der Strecke Kaiserreich-Weichenbach-St. Gallen. Auf Grund des Erlasses des f. l. Eisenbahnministeriums vom 2. April 1912, Zahl 11.747/12, wurde mit Gültigkeit vom 15. Juli 1912 die dreimalige Begehung innerhalb 24 Stunden durch ganze

fünf Begeher eingeführt, die übrigen Wächter wurden aus Ersparungsgründen nach Belieben der Direktion verlegt. Da bekommt man wieder einmal einen Einblick, wie vieles die Bahnwächter unnotwendigerweise leisten müssen. Wären diese Wächterposten nicht aufgelöst worden, so hätten die Wächter noch Jahrzehnte die vier Begehungen machen müssen, aber weil der Bahnverwaltung sonst neue Kosten entstanden wären, sind drei Begehungen auch genügend. Es ist gut, daß von der obersten Stelle aus eine Befehle in die Anordnung von vier Begehungen gelegt wurde. Freilich wurden auch schon vorher des öfteren von den unterstellten Behörden oder Organen aus, um die Kosten für die Bahnverwaltung zu ersparen, sobald an Stelle eines Wächters die Streckenbegehungen durch einen Arbeiter zu besorgen waren, zwei oder gar nur eine Begehung der Strecke für notwendig befanden. Aber das waren nur Eigenmächtigkeiten. Daß das Eisenbahnministerium sich zur Ansicht durchgerungen hat, daß eine viermalige Streckenbegehung nicht notwendig ist, hat für uns Bahnwächter eine Bedeutung. Das k. k. Eisenbahnministerium wird gebeten, allgemein auf weniger gefährdeten Strecken, als dies die oben angeführte Durchbruchstrecke ist, die dreimalige Begehung, auf gefährdeten Strecken die zweimalige Begehung innerhalb der Tageszeit einführen zu wollen. Weiters plant die Direktion Villach, das Wächterpostenauflösen noch heuer nicht nur im Norden, sondern auch im Osten, auf der Strecke Graz-Fehring, zu praktizieren. Nicht genug daß schon Jahre vorher einige Dutzend Wächterposten einzeln aufgelassen wurden, kommen Posten auf Streckenteilen zur Auflösung und diese Streckenteile werden den Streckenbegehern zu ihren langen Strecken zugeteilt. Es kann auf keinen Fall gutgehen werden, die Strecken von den Bahnwächtern so zu entblößen und so die Sicherheit des Zugverkehrs in Frage zu stellen. Das ist eine strafliche Gefährdung der Betriebssicherheit.

Zur Betrachtung der Sache wollen wir die Verhältnisse auf der Strecke Selzthal-Wald unter die Lupe nehmen und wir wollen einige Kritik an den Wächterturnussen, dem Wächterdienst sowie an den Arbeitszuweisungen üben. Es sind in der Strecke Selzthal exklusive Wald inklusive sieben Block- und Weichenwächterposten mit dem Dienstturnus 16/16 vier Zugsmelbewächterposten 16/16 und drei Bahnwächterposten 16/16. Die weiteren 14 Bahnwächterposten haben den Dienstturnus 16/12, ein Arbeiter 14/10 und ein halbes Dutzend Arbeiter muß mit vier, zwei und einer Stunde, sei es Tag oder Nacht, einspringen, natürlich ohne eine dementsprechende Entlohnung, im besten Falle bei knapper Stundenbezahlung. Für die Laufereien und Störung seiner Nachtruhe bekommt so ein Arbeiter nichts. Es wird nicht weniger und nicht mehr verlangt, als was die Hälfte Wächterposten schon haben, einen Dienstturnus 16/16 und eine ausgleichende Dienst- und Arbeitsverteilung gegenüber den Zugsmelbewächtern. Die Meister in der Zukunft sollten doch einmal in sich gehen und etwas Neues versuchen, denn das Alte schaut doch gar zu hant aus. Am den maßgebenden Herren die Sache zu erleichtern, wird folgender, der billigste Vorschlag gemacht. Er soll keine Kosten verursachen, nur der gute Wille wird verlangt, um eine gleichmäßige und praktische Einteilung wie folgt zu erlangen: Die vier Zugsmelbewächterposten sind mit dem nächsten Bahnwächter-, beziehungsweise Haltestellenwächterposten zu vereinigen. Auf die paar hundert Meter kommt es ebensowenig darauf an als wie darauf, daß die Stationen ungleichmäßig voneinander entfernt sind. Der Zugsmelbewächter Selzthal I wäre mit dem Bahnwächterposten 130 zu vereinigen und hätte nebst der Vernehmung des einfachen Zugsmelbediensteten noch die Schranken zu bedienen. Rottenmann I ist mit 137 zu vereinigen und wären die Schranken und die Kartenausgabe zuzuteilen. Trieben I ist mit 144 zu vereinigen mit der gleichen Zuteilung. Treglwang I mit der Schrankenverteilung mit 149 zu vereinigen. In Rottenmann sind zwei ambulante Streckenbegeher einzuführen, und zwar der erste mit der Streckenzuweisung vom Kilometer 142-8 bis 145-7 mit der Wohnung im Wächterhaus im Kilometer 144-4/5. Dieser soll außer der Streckenbegehung und den momentan auftauchenden Erhaltungsarbeiten die Signalleitungen reinigen, ölen und beleuchten sowie die Wechsel am Industriegeleise puzen und die Schrankenleitungen schmierern. Der zweite hätte das gleiche für die Station Rottenmann zu besorgen mit der Strecke vom Kilometer 145-7 der Station bis Kilometer 147-6 mit der Wohnung im Wächterhaus im Kilometer 145-7/8. Die Bahnwächterposten 135 und 136 hätten die Strecke vom Kilometer 147-6 bis 151-4 ohne Gras- und Schneereinigung, wie auch alle weiteren Posten mit längeren Strecken von dieser Arbeit enthaben werden sollten. Die Bahnwächterposten 138 und 139 wäre die Strecke vom Kilometer 151-4 bis 155-4. In Trieben wären anstatt der zwei Arbeiter als Begeher ein Bahnwächter als ambulanter Begeher mit der Strecke vom Kilometer 155-4 bis 157-4 zu verwenden, der das Wechselpuzen zu besorgen, die Signalleitungen zu schmierern und die Signale zu beleuchten hätte. Die Bahnwächter 142 und 143 hätten die Strecke vom Kilometer 157-4 bis 161-1. Die Bahnwächter 145 und 146 die vom Kilometer 161-1 bis 164-8. In Treglwang wäre ein ambulanter Streckenbegeher mit der Strecke vom Kilometer 164-8 bis 168-8 zu verwenden, der die Signale zu beleuchten und die Leitungen und Wechsel zu schmierern hätte. Der Bahnwächter 148 hätte die Strecke vom Kilometer 168-8 bis 168-8. Der Bahnwächter 150 die Strecke vom Kilometer 168-8 bis 170-8. In Wald wäre ein ambulanter Streckenbegeher für die Strecke vom Kilometer 170-8 bis u. f. w. u. f. w. Um diese unhaltbaren Zustände, welche eingangs geschildert wurden, aufrechtzuerhalten, sind im gesamten 39 Bahnwächter, Zugsmelbewächter und ein Arbeiter beschäftigt; dann weiters noch ein halbes Dutzend Arbeiter in zeitweiliger Verwendung, um zu verschiedenen Stunden beizuspringen, damit die Lücken gefüllt werden. Nach der borgelegenen Umänderung, die eine gleichmäßigere Dienstleistung und auch für den restlichen Teil der Wächter den Dienstturnus 16/16 ermöglichen würde, sind nur insgesamt 41 Bedienstete für die verschiedenen Dienste notwendig. Es müssen statt der fortwährenden Heranziehung der Arbeiter nur zwei Wächter mehr eingestellt werden und die Kosten sind zum Schluß die gleichen. Den Block- und Weichenwächtern ist der Zugsmelbedienstete zuzuteilen, um die Stationsbeamten zu entlasten, und für einen gesicherten Zugverkehr ist es notwendig, eine nebenher laufende Kontrolle zu haben, damit auf Zeitruher und Vergeßlichkeiten aufmerksam gemacht werden kann und daß weitere Folgen hintangehalten werden. Die Block- und Weichenwächter in ein und derselben Station sind mit Telefonen untereinander zu verbinden, um sich gegenseitig verständigen zu können, auf welchem Geleise der Zug einfährt. Das würde gewiß viel dazu beitragen, um Zusammenstöße und Streifungen einzuschränken. Wenn diese Einrichtung schon etwas Kosten verursacht, so wiegen diese die Vorteile hinreichend auf. Bei den Versammlungen, welche vor den Personalkommissionen stattfinden, soll dieser Vorschlag zur Diskussion gestellt werden. Genosse Dollinger als Vertreter der Bahnerhaltungswächter in der Personalkommission wird ersucht, nach dem Ergebnis der Diskussionen dieser Versammlungen einen diesbezüglichen Antrag bei der Herbstsitzung einzubringen. Durch diesen Vorschlag wird auch den maßgebenden Faktoren jede Ausrede genommen, daß eine Dienstturnusänderung zu

16/16 zu viel Kosten verursachen würde. (Wir veröffentlichen über Wunsch eines Vertrauensmannes gerne diesen Vorschlag, der aber selbstverständlich erst dann als Forderung des gesamten an dieser Angelegenheit beteiligten Personals gelten kann, wenn dieses Personal zu diesem Vorschlag Stellung genommen haben wird. Die Redaktion.)

Die Forderungen des Lokomotivpersonals. Wie bereits berichtet, wurden die in der letzten Reichskonferenz der Lokomotivführer erhobenen Forderungen durch eine Deputation dem Eisenbahnministerium überreicht. Anschließend daran fand nun auch die Ueberreichung der Forderungen bei der Südbahn und bei der Buschtiehrader Bahn statt. Zum Zwecke der Berichterstattung fanden am 25. beziehungsweise 26. und 27. November l. J. Versammlungen in Wien, Prag, Rimbürg, Lemberg, Kralau, Stanislaw, Czernowitz, Mährisch-Odrau, Bodenbach, Salzburg, Innsbruck, Landek, Marburg, Villach, Komotau, Budweis und Laun statt, welche allseits einen guten Besuch aufzuweisen hatten und wurde folgende Resolution mit großem Beifall angenommen: „Das versammelte Lokomotivpersonal nimmt den Bericht über die erfolgte Ueberreichung der gestellten Forderungen mit Befriedigung zur Kenntnis und erwartet mit Rücksicht darauf, daß seit längerer Zeit alle wie immer gearteten Bedarfsartikel eine nie geahnte Höhe erreicht haben, sowohl vom Eisenbahnministerium als auch den einzelnen Privatbahnen nicht nur allein die schleunigste Behandlung in den zuständigen Körperschaften, sondern auch die ehestmögliche Erfüllung derselben. Die Versammelten erklären ausdrücklich, daß sie jede wie immer geartete Verschleppung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln verhindern und für die Erfüllung derselben alles daransetzen werden.“

Aus den Amtsblättern.

Ein Erlass, der Gutes wirken könnte, wenn er befolgt würde!

K. k. Staatsbahndirektion Innsbruck.

Z. 2210/I-1. Am 28. November 1912.

Direktiven für Vernehmungsanträge.

Dienstbefehl.

An die Herren Abteilungsbeamten und deren Stellvertreter sowie den Herrn Direktionskassier.

Ich habe wiederholt die Wahrnehmung gemacht, daß Vernehmungen von Bediensteten, die auf Grund der von den Direktionsabteilungen gestellten Anträge erfolgt sind, aus berufsrechtlichen Gründen, die von den betreffenden Bediensteten nachträglich vorgebracht wurden, wieder rückgängig gemacht werden mußten.

Die Herren Abteilungsbeamten erhalten hiemit den strikten Auftrag, bei Vernehmungsanträgen vorerst alle Momente, insbesondere auch die Familien- und sonstigen Privatverhältnisse, die auf die Vernehmung von Einfluß sein könnten, genauestens zu erwägen, damit derartige, den Dienst und das Ansehen der Verwaltung schädigende Aufhebungen von bereits verfügten Vernehmungen möglichst hintangehalten werden.

Ich habe die Absicht, künftighin von getroffenen Vernehmungsbefehlen grundsätzlich nicht mehr abzugehen, was mir nur dann möglich sein wird, wenn den vorerwähnten Intentionen voll entsprochen wird.

Der k. k. Staatsbahndirektor: Wagner.

Beginn der anrechenbaren Dienstzeit. Auf eine Reihe von Anfragen veröffentlichen wir nachstehendes Zirkular:

Zirkular Nr. 230.

Beginn der anrechenbaren Dienstzeit für Arbeiter. — An alle Dienststellen.

Die Lehrlingszeit bleibt bei Berechnung der Dienstzeit bezüglich sämtlicher Rechte und Pflichten der Arbeiter außer Betracht. Somit kann auch für das Ausmaß der Jahrbeginnleistungen nur die Zeit nach Beendigung der Ausbildung, also vom Beginn der Probepraxis an für die Anrechnung maßgebend sein.

Wien, am 18. November 1912.

Der k. k. Staatsbahndirektor:

(Z. 274/F.I.) Kolisko m. p.

Korrespondenzen.

Bodenbach a. d. Elbe. (Zentrale-Wirtschaft.) Seit der vor zwei Monaten erfolgten Pensionierung des Herrn Oberinspektors Czoch ist die Station Bodenbach in Verhältnisse geraten, welche haarsträubend genannt werden müssen. Das Auser in dieser Station führt einwilligen der Oberinspektors Fanta mit seinem Adlatus Peter. Diese zwei Herren spielen eine Rolle, durch die der Staatsbahndirektion ein kolossales, unübersehbarer Schaden entsteht. Wie und auf welche Weise dies geschieht, werden die Leser aus dem folgenden entnehmen können. Herr Fanta wußte sich aus Kreisen der Verschubausseher und Platzmeister durch Verprechungen, die er nie zu halten braucht, Individuen für seine Zwecke heranzuziehen, mit denen er durch grenzenlose Antreiberei den Verkehr scheinbar aufrechterhalten will. Wir sagen scheinbar, weil ja von einer regelrechten Abwicklung des Verkehrs schon lange keine Rede mehr sein kann. Wenn man die Bahnhofsanlagen durchschreitet, so sieht man auf den Geleisen eine Masse von Wagen zusammengepfercht; da stehen seit drei, vier, fünf bis sechs Tagen Wagen mit hoher Pilezeit, Wagen, die vom Elgaut seit drei bis vier Tagen gesteckt werden, leere Wagen aller Serien, über welche die Wagenbegleitung schon seit acht Tagen verfügt hat, ohne daß dieselben ihrer Bestimmung zugeführt wurden. Fehlerhafte Wagen seit 14 Tagen bis drei Wochen, ohne daß dieselben der Werkstätte beigegeben werden. Geduldige Parteien kommen und suchen Wagen, die ihnen schon seit zwei oder drei Tagen awisiert, aber nicht beigegeben sind. An jedem Mittwoch machen ungeduldige Marktleute Krawall, aber das nützt nichts, die Leute erhalten das Gut erst am Nachmittag in der vierten Stunde, wo von einem Verkauf nicht mehr die Rede sein kann u. f. w. u. f. w. Wäre es ein Wunder, wenn sich die Betroffenen einmal zusammenraffen und der jetzigen Stationsleitung ein Gländchen bereiten würden? Daß durch eine derartige Wirtschaft alle Tage eine Menge Reklamationen und Bemängelungen von der Wagenbegleitung eintreffen, welche die Durchführung der Aufträge verlangen, und viele andere Beschwerden vorkommen, ist selbstredend. In den Kanzleien häufen sich die Arbeiten derart, daß ein ganzes Heer von Beamten und Dienern aufgeben wird, die Anordnung ins richtige Fahrwasser zu bringen; doch alles ist vergebens. In diesem Durcheinander scheint sich niemand mehr auszukennen. Die Direktion weiß es, daß die Sache nicht klappt und sendet deswegen Kontrollorgane über Kontrollorgane, Kommissionen und Kommissionen. Dieselben durchwandern den Bahnhof, auf einer Seite der Fanta auf der anderen Seite Peter und so geht es verständiglos vor den Missethätigen vorüber, ohne etwas gerichtet zu haben, weil die beiden Begleiter stets erklären: „Das es

beim besten Willen nicht anders geht“. Mit diesen Erfahrungen kommen die Organe zurück zur Direktion und loben die Energie, die Tatkraft und Umsicht der leitenden Organe in Bodenbach.

Daß die Zustände sehr schlecht sind, zeigt ja schon die Vorprache von den königlich sächsischen Kontrollorganen wegen der kolossalen Verspätungen ihrer Züge. Den bisherigen zwei Reserven ist es einfach nicht mehr möglich, keine Arbeit zu leisten. Es werden immer nur die notwendigsten Wagen zu den Zügen herausgenommen, die übrigen rollen wieder zurück und können weiter rufen.

Früher ließ dieses Vorgehen durch den schwächeren Verkehr über die Sommermonate hemänteln, jetzt aber, wo von einem schwächeren Verkehr überhaupt nicht mehr die Rede sein kann, ist es ganz einfach ein Verbrechen, der Direktion die Verhältnisse zu verheimlichen. Nun kommt zu diesem Uebel noch ein weiteres hinzu. Bisher rüsteten die Reserven der A. B. W. und Duxer in ihren Heizhäusern aus. Auf einen Schlag ging dies nicht mehr und es wurden diese Maschinen mit dem Personal von der St. E. G. übernommen und mußten auch von der Zeit an im Heizhaus der St. E. G. ausrücken. Zu allen diesen tragen noch der gesteigerte Verkehr, die kolossal belasteten Züge und die veralteten Stationsanlagen bei, um der regelmäßigen Abwicklung des Verkehrs Hindernisse zu bereiten. Eine weitere Schuld trägt auch die unüberlegte und manchmal direkt lächerliche Einteilung der Verschubmanipulation. Da gibt es einzelne Platzmeister, denen es ein Vergnügen macht, wenn bei der Platzinspektion zwei oder drei Maschinen verschoben, um von einem passenden Punkt aus ihr Stimmorgan erschallen zu lassen und wenn der Herr Fanta oder andere Verkehrsorgane der Direktion dort weilen, im Feldweibel Befehle zu erteilen, um nachträglich vom Schauplatz zu verschwinden. Die Verschieber müssen sich dann wieder kümmern, wie sie sich aus der vom Platzmeister eingerichteten Reflektierwerkstatt herausarbeiten. Etwas Derartiges sollten die Herren Fanta und Konsorten schon beurteilen können. Durch diese unvernünftige und unpraktische Schlamperie kommt es vor, daß die Nordbahn mit 80 bis 100 und noch mehr Wagen am Ausfahrgeleise bis Wilsdorf hinausgejagt wird, hinterdrein fährt eine Reserve vom Feldgeleise mit 40 Wagen und rangiert eine halbe Stunde, ehe sie auf die Seite fährt. Inzwischen kommt die Elbemaschine mit einer Gruppe von Wagen. Es dauert oft eine Stunde und noch länger, bevor die Nordbahn mit ihren 100 und noch mehr Wagen unter Begleitung von zwei bis drei Mann auf den Duxer Bahnhof kommt. Am 10. November zum Beispiel hatte wegen einer solchen unsinnigen Befehlserteilung eine Duxer Reserve eine volle Stunde gebraucht, bevor diese von der Platzinspektion bis in das St. E. G. Heizhaus gelangte. Die- selbe Wirtschaft geschieht auf der Mitte. Hier wird die Rosawitzer Maschine bis zum letzten Moment ausgenützt und kommt erst dann in ihren Nahon, wenn alles von Grenze zu Grenze verammelt und durcheinander gestellt ist und die Verschieber sich nicht mehr rühren können.

Die letzte Zeit mag es der Direktion schon zu dumm gewesen sein und so kam am 13. November der Herr Direktor Hofrat Burger selbst nach Bodenbach. Man konnte aber nicht erfahren, welchen Zweck seine Reise hatte. Am 15. November war eine Kommission hier, um endgültig die Ursachen der Klagen auszuforschen. Auch diese scheint ihren Zweck nicht erfüllt zu haben. Man munkelt, daß der Herr Direktor samt der Kommission für die Einteilung einer dritten Reserve sind. Herr Fanta aber erklärt kategorisch: „Das ist nicht notwendig, dieselbe steht höchstens der anderen im Weg“. Unter solchen Verhältnissen wie jetzt, geben wir das zu, aus dem einfachen Grund, weil zur Bedienung dieser Reserve keine eigenen Partien, sondern nur Leute verwendet werden, die aus den verschiedenen Partien entnommen werden. Die Mitte und die Rosawitzer Tour wird um einen Mann verringert, dazu noch ein Wächter vom Posten 3 und die Partie ist beisammen. Daß durch ein derartiges Vorgehen sich die Verschleppungen verlängern, muß einem jeden denkenden Sachmann klar sein. Am besten sollte dies doch Herr Fanta einsehen. Zu diesem System kommt noch der Umstand, daß sich die Geleisanlagen in einem derart desolaten Zustand befinden, daß es jeder Beschreibung spottet. Niemand kümmert sich darum, wie die Geleisanlagen aussehen. Schotterhaufen, Holzstübe und allerlei Gerümpel liegen neben den Geleisen. Förmliche Schanzgräben werden bei Tage aufgeworfen, worüber die Verschieber bei Nacht herunterfahren müssen. In vielen Geleisteilen fehlt der Schotter, so daß sich bei Regenwetter zwischen den Schwellen kleine Teiche bilden. Das sieht und hört niemand, ja selbst Herr Kaffler als Verschubbeamter nicht. Auch der Herr mit dem Stecken“ sieht das alles nicht, trotzdem er vereint mit dem Oberverschieber und zwei Platzmeistern die Signale gibt. Dies alles trägt zur Gefahrenverschärfung für den Ausfänger bei, welcher jeden Moment gefahr sein muß, seine Gesundheit und geraden Glieder, wenn nicht gar sein Leben, zu riskieren. Diese Vorgangsweise kann man ruhig als Verbrechen hinstellen. Wo bleiben da die Belehrungen und Vorschriften? Hat das Eisenbahnministerium Herrn Fanta eigene Vorschriften zugehen lassen, welche besagen, daß die Hauptfache im Dienste sei: viel Antreiber und weniger Arbeiter? Dieses System wird sich einmal schwer rächen und es muß einem jeden Menschen das Blut in den Adern stehen bleiben, wenn man den Verschleppungen in dieser Station zusieht.

Wir wollen heute mit der Schilderung der Mißstände abbrechen, machen uns jedoch erbötig, für alles hier Gesagte den Nachweis zu erbringen.

Zum Schluß verlangen die Bediensteten von Bodenbach, daß das Ministerium endlich einen Beamten betraut, welcher einen eigenen Willen besitzt und streng und gerecht ist, der der Sache richtig auf den Grund geht und sich nicht durch schöne Redensarten von den jetzigen Machern umgarnen läßt. Jener Herr muß wirklich Eisenbahner sein, das Gute vom Schlechten unterscheiden und muß selbständig denken und handeln können, um mit eisernem Wesen diesen Augiasstall von seinem Unrat zu reinigen. Geschieht dies, dann wird es der Staatsbahndirektion nur zum Vorteil gereichen.

Anketten. Ein echt christlichsoziales Gaunerstückchen leistete sich vor kurzem ein Weichenwächter namens Moritz Aicher in unserer Nachbarstation Illmerfeld. Dort starb am 24. v. M. der Magazinausseher Jakob Riedl, ein allgemein bekannter und beliebter Mann von strenger Ordnungsliebe. Kaum hatte der Bräbe seinen letzten Seufzer ausgehaucht, so kam schon dieser schwarze Haberlump ins Frachtenmagazin gelaufen, öffnete mit einem Nachschlüssel alle Läden des Schreibfisches in der Magazinkanzlei, nahm alles, was er vorband und als Riedls Eigentum erkannte, an sich, belud sich auch mit ein paar Mänteln, Röcken und Kappen und schleppte alles in sein Wächterhaus. Den Arbeitern, die ihn ob seines Tuns verwundert ansahen, erklärte dieser Kerl, „daber vom Herrn Stationsvorstand den Auftrag habe, alles, was dem verstorbenen Riedl gehört hatte, an sich zu nehmen und aufzubewahren“. Das war aber diesem christlichsozialen Plattenbruder noch nicht genug. Er begab sich auch in die Wohnung Riedls, erzählte der alten Mutter Riedls ebenfalls, daß er vom Herrn Stationsvorstand den Auftrag habe, die Dienstkleider Riedls zu sich zu nehmen, und trug aus der Wohnung weg, was er tragen konnte. So mancher Verbrecher, der in Stein oder Garsten interniert ist, brähte es nicht fertig, einer alten, armen Mutter die Gabelfigkeiten ihres verstorbenen Sohnes, der ihre einzige Stütze, ihr Ernährer und Erhalter

Abonniert die Arbeiterpresse.

war, wegzunehmen. Der christlichsoziale Micher hat es fertig gebracht. Der Herr Vorstand, der als hochachtbarer Mann allgemein bekannt ist, wußte natürlich von der ganzen Sache keine Silbe. Micher plapperte überall herum: daß am Tage nach dem Begräbnis Kiedls seine Sachen versteigert werden. Die Bevölkerung entrüstete sich natürlich über dieses unqualifizierbare Benehmen des elenden Lumpen und so geschah es, daß auch der Herr Vorstand davon hörte. Selbstverständlich borgte sich der Herr Vorstand den Wächter ein klein wenig aus. Geradezu empörend ist es, wie dieser Schurke sich seinem Vorgesetzten gegenüber rechtfertigen wollte. „Weil er an das Dasein einer höheren Macht glaube, weil er an eine ewige Vergeltung im Jenseits glaube, darum müsse er dafür sorgen, daß der Nachlaß Kiedls nicht in unbesugte Hände falle, daß derselbe ehrlich verwaltet werde.“ Eine solche schamlose, augenverdrehende Kreatur kann man eben nur unter christlichsozialen finden. Naarsträubend ist es, wenn so ein moralisch Degenerierter, für das Strafgericht längst reif gewordener Kerl sein verächtliches Treiben mit religiösen Phrasen entschuldigen will, der selbst vor der Ruhe eines Toten nicht zurückschreckt, wenn es gilt, seine abscheuliche Habgier zu befriedigen. Aber, das eine müssen wir heute angesichts dieses kalten Konstatieren, das Leichenständblatt, der christlichsoziale Inratübel „Reichspost“ findet in den Reihen ihrer Anhänger gelehrige und würdige Schüler; ja, sie wird sogar von ihren Schülern übertroffen. Und jetzt, mein lieber Ritter vom Stegreif, sprechen wir noch ein paar Worte miteinander: Was glauben Sie, was mit Ihnen geschehen würde, wenn der Herr Vorstand Sie der k. k. Staatsbahndirektion zur Anzeige bringen würde? Glauben Sie, daß ein christlichsozialer ungefracht irren darf, daß ein solcher den makellosen Namen seines Vorgesetzten zu solchen Gquereien ungefracht mißbrauchen kann? Da sollen Sie sich aber schon ganz gewaltig getuschelt haben! Denn wenn Sie schon durch die Güte und Nachsicht des Herrn Vorstandes davon bewahrt bleiben, doch hin zu spazieren, wo Sie und eine große Anzahl Ihrer Begünstigten schon längst hingehören, so wird Ihnen doch die tiefste Verachtung jedes ehrlichen Menschen im allgemeinen und jedes Eisenbahners, der nicht Ihrem Klänge angehört, im besonderen zur Strafe werden Ihr ganzes Leben lang. Und ihr, christlichsoziale, seid stolz auf solche Anhänger, wir gönnen sie euch vom Herzen.

Steinbrück. In unserer sonst so stillen Station brodeln und brandelt es bereits an allen Ecken und Enden. Zwei national gesinnte Heißsporne, die Herren Ludwig und Zirkel, beide Stationschefs, liegen in gegenseitiger nationaler Rache und deshalb kommt es öfter zu nationalen Heibereien. Ein jeder sucht und findet Kampfgenossen. Gegenwärtig bilden die Beamten und die diversen „Unterläufer“ zwei national getrennte Lager. Wir würden uns gewiß verdammt wenig um die nationalen Ansichten der Herren kümmern, wenn nicht das dienstliche Interesse und auch das Personal darunter leiden müßten. Durch die gegenseitigen Klänkeleien sind die Herren aufgeregt und wenn ein Bediensteter in der höchsten Form in dienstlicher Angelegenheit eine Auskunft wünscht oder mit irgendeinem Anliegen kommt, so kann er sicher sein, daß die Antwort stets mit diversen nationalistischen Einlagen gewürzt ist. Daß unter solchen Umständen nicht alles in Ordnung ist und manches Wichtige in der Hitze des Wortgeschlottes übersehen werden kann, erscheint uns begründet. So zum Beispiel müssen die Bediensteten oft zwei bis drei Wochen warten, bevor sie Regieohle fassen können, weil eben die Kohlenlieferungen nicht mehr regelmäßig bestellt werden. Oder es kommt vor, daß ein Bediensteter vom diensthabenden Beamten irgendeinen Auftrag erhält, der sofort durchgeführt werden soll. Ein anderer höherer Beamter gibt nun demselben einen Befehl, dessen Ausführung direkt dem Auftrag des diensthabenden Beamten entgegensteht. Was soll der Bedienstete in diesem Falle tun? Er kann doch nicht zwei Herren zu gleicher Zeit dienen und will sich auch nicht die Ingnade des einen oder des anderen Vorgesetzten ziehen. Hier wäre es Sache der Generaldirektion, einzuschreiten, um diesem unheilvollen Zustand ein Ende zu bereiten.

Wolfsberg. Auf der Strecke Wolfsberg-Gilli gibt es noch einige Stationsleiter und Vorstände, die ein Vergnügen darin finden, das Maschinen- und Zugpersonal zu schikanieren. Unter anderen zeichnen sich besonders der Stationschef Larmann in der Station Wollan und der Stationsleiter Rath der Station St. Stefan aus.

Herr Larmann in Wollan ist bekannt durch seine grundlosen Anzeigen, die nicht immer der Wahrheit entsprechen, und durch seine außergewöhnlichen Dienstkommandierungen. Für Herrn Larmann scheint der festgesetzte Turnus des Maschinen- und Zugpersonals einfach nicht zu existieren. So wird zum Beispiel der Partie des Zuges 1871 vom Diensthabenden mitgeteilt, daß Zug W 3 verkehrt. Das Maschinen- und das Zugpersonal hält sich bereit, dann aber wird dem Personal bekanntgegeben, daß Zug W 4 wie gewöhnlich verkehrt. Durch diese Willkürakte werden die Bediensteten direkt geschädigt. Herr Rath in St. Stefan fordert von dem Zugpersonal den vorgeschriebenen militärischen Gruß vor der vollen Dienstkappe in energischer Weise. Gewiß, Herr Stationsleiter Rath, bis jetzt wurden Sie immer gegrüßt und wir werden auch in Zukunft nicht ermangeln, vor der „roten Dienstkappe“ unseren vorgeschriebenen Respekt zu dokumentieren. Wir werden sogar grinsen, wenn der Träger der Dienstkappe bedenklich wackelt und durch Beihilfe der besseren Ehehälfte bei den Hochhöfen in der Station herumgeloht wird.

Klagenfurt. (Südbahn.) Wir sind gezwungen, uns wieder mit dem Kondukteur B. Maurer zu beschäftigen, damit die auswärtigen Kollegen vor Umgang mit diesem Herrn gewarnt werden. Seit der letzten Brandmarlung desselben in unserem Fachblatt, die er vollkommen verdiente, kann Maurer nicht genug über die Organisation und deren Mitglieder schimpfen und bringt sogar Bedienstete beim Betriebsinspektor zur Anzeige, die er grundlos in Verdacht hat, ihn verspottet zu haben. Kürzlich mußte ein Genosse im Inspektorat eine Schriftprobe machen. Auf die Frage nach dem Anlaß zur Vornahme der Schriftprobe wurde ihm mitgeteilt, daß dies über Anzeige des Maurer geschehe, welcher von einer Wauer im k. k. Bahnhof in Warburg einen Spottvers abgepaßt habe, der ihm gewidmet war und der seinen Abschied vom dortigen Gefangenen „Flugrad“ behandelte. Maurer hatte gar keinen Anhaltspunkt, diesen Genossen zu beschuldigen, und er tat dies demnach, um sich an ihm für eine gehörige Zurechtweisung zu rächen, die ihm dieser Genosse im Frühjahr in Warburg erteilte. Maurer war in einem Gasthaus in Gesellschaft von Südbahnverwandlern und Reichsbündern durch einige Liter spendierten Weines in die richtige Stimmung geraten, gegen die Sozialdemokraten und deren Vereine loszugehen, und er tat dies auch in der zwanglosesten Weise, so daß ihn der anwesende Genosse diesbezüglich zur Rede stellte. Den Spruch: „Der größte Schuft im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant“ mag sich auch der Oberkondukteur Dausan in sein Vormerkbuch eintragen, da sich derselbe erkredte, einen anständigen, ermüdeten Wächter in der Station Maria-Rast als betrunken zu denunzieren. Die Mutter des denunzierten Wächters lag im Sterben und da dieser Wächter eine Nacht dienstlich durchwachte und die zweite bei seiner todkranken Mutter in Saldenhofen verbrachte, verließ er es auf der Rückfahrt nach Maria-Rast, in dieser Station auszu steigen und fuhr bis Feistritz. Er hat den Ober-

kondukteur Dausan, ihn mit dem Güterzug nach Maria-Rast mitzunehmen, wofür ihn dieser in Maria-Rast denunzierte, er längere in Feistritz betrunken herum. Wenn auch Oberkondukteur Dausan nach der Vorchrift handelte, als er dessen Mitnahme ablehnte, lag doch kein Grund zur Denunziation vor. Noch vor Abfahrt des Zuges 483 kam übrigens dieser Wächter in Maria-Rast wieder an und das Zurücklegen von 43 Kilometer Wegstrecke in 45 Minuten zur Nachtzeit ist wohl ein genügender Beweis seiner Mächtigkeit. Oberkondukteur Dausan hätte sich also mit seiner Angeberei nicht strapazieren müssen.

Prognostik. (Mährische Westbahn.) Seit längerer Zeit erschallt Kriegsgeräusch in unserem Magazin, das der Herr Wächtermeister, pardon Magazinmeister Horly erhebt. Horly bildet sich, wenn er in seinen Reithöfen im Magazin erscheint, ein, daß alle Arbeiter vor Disziplin auf den Hintern fallen müssen. Das erlebt aber Herr Horly nicht, denn die Zeiten sind schon vorüber, in denen ein Untergebener nur fuscheln mußte und eventuell noch einen Fußtritt bekam. Wir fordern Herrn Horly auf, andere Saiten aufzuziehen, da es sonst schief gehen wird. Wir Arbeiter sind auch Familienväter, so wie er selbst und kein Spielzeug für ihn. Wenn er Lust hat zu kommandieren, mag er sich anderswo austoben. Weiters raten wir dem Horly dringendst, den Arbeitern den Nebenverdienst nicht immer vorzubehalten, denn jedermann ist froh, wenn er bei dieser Teuerung nebst seinem Lohn noch hier und da ein paar Heller Fahrlagelder verdient. Horly hat auch Nebenverdienste und kommt leichter dazu, wie ein Arbeiter, oder will er vielleicht mit diesen teilen? Es ist die höchste Zeit zur Besserung desselben.

Graz. (Genosse Anton Ferenz gestorben.) Am 29. November um 6 Uhr abends verschied nach langem schmerzlichen Leiden der Kassier der Südbahnortsgruppe der Eisenbahner Genosse Anton Ferenz, Magazinier der k. k. priv. Südbahngesellschaft. Die Ortsgruppe I, Graz, Südbahn, ist von dem Hinscheiden ihres braven Ortsgruppenassessors auf das tiefste gerührt. Mit Ferenz ist nicht nur ein Mitglied, sondern auch einer der eifrigsten Mitkämpfer geschieden. Wer die Tätigkeit des Genossen Ferenz vom Jahre 1905 bis 1908, welche als Kampfsahre galten, gekannt hat, wird sich sagen müssen, daß er sich mit allem Feuereifer zur Verbesserung der Lage seiner Ständekollegen eingesetzt hat. Ferenz hat es verstanden, sich bei seinen Vorgesetzten den nötigen Respekt zu verschaffen, und war daher in die Lage versetzt, so manche Mißstände, die insbesondere in den Magazinen vorherrschend waren, durch seine mit Geschick durchgeführten Interventionen zu beseitigen. Als erster Erfahrmann in der Personalkommission kümmerte sich Ferenz unangesehnt um die Verhältnisse seiner Wähler in den auswärtigen Stationen. Anton Ferenz war seit 1. Jänner 1899 Mitglied der Eisenbahnerorganisation und seit einer Reihe von Jahren als Ausschlußmitglied in der Ortsgruppe tätig. Im Jahre 1905 gelegentlich der Neuwahl des Ausschusses übernahm er die Kassierstelle und befohrte seitdem die Kassengeschäfte mit der peinlichsten Genauigkeit, so daß stets trotz der großen Geldumsätze bei ihm eine musterhafte Geldgebarung anzutreffen war. Wenn es sich bei den Ausschlußsituationen um Unterstützungen der erkrankten Mitglieder handelte, hatte Ferenz stets ein warmes Herz für eine reichliche Unterstützung. Ferenz hinterließ eine trauernde Witwe, die ihn während der ganzen Zeit emsig und mit Aufopferung ihrer ganzen Kräfte gepflegt hat. Ferenz war auch jederzeit auf dem Platze, wenn es galt, für die Partei seinen Mann zu stellen. Montag den 2. d. M. um 4 Uhr nachmittags wurde Genosse Anton Ferenz zu Grabe getragen. Schon um 1/4 Uhr hatte sich vor dem Sterbehause, Mariengasse 18, eine große Menge von Trauergästen eingefunden. An 2000 Genossen und Genossinnen haben dem Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen. Ein solches Eisenbahnerleichenbegängnis dürfte Graz noch kaum gesehen haben. Beamte, Unterbeamte, Diener und Arbeiter aller Kategorien in Graz und aus den auswärtigen Stationen sind herbeigeeilt, um ihrem verdienstvollen Berufskollegen die letzte Ehre zu erweisen. Zahlreiche Kränze mit roten Schleifen lieferten den Beweis der Ehrung des Verstorbenen. Sowohl die Zentrale des Allgemeinen Reichsbahn- und Gewerkschaftsvereines für Oesterreich in Wien, die Landesgewerkschaftskommission, wie die Landesparteivertretung für Steiermark, die Ortsgruppe I, Graz, Südbahn, der Erste Grazer Frauenchor „Freiheit“, der Männergesangsverein „Flugrad“, das Lokomotivpersonal in Graz, das Magazinpersonal, die Heilhaus- und Werkstättenarbeiter als auch die Magazinier der k. k. Staatsbahnen in Graz und noch viele andere haben Kränze niedergelegt. Der vollständig vertretene Männergesangsverein „Flugrad“ trug beim Trauerhause und am Grabe je einen ergreifenden Trauerchor vor. Am Grabe hielten die Genossen Johann Strein, Obmann des Männergesangsvereines „Flugrad“, im Namen dieses Vereines, Rudolf Weigl aus Wien im Namen der Zentrale der Eisenbahnerorganisation, Josef Hartmann namens des Landesverbandes der Arbeitervereine Steiermarks und Michael Kolleger namens der Ortsgruppe I, Graz, Südbahn, warme Nachrufe. Damit schloß das imposante und ehrende Leichenbegängnis unseres unvergesslichen Genossen Anton Ferenz, den nicht nur die Eisenbahner, sondern auch die übrigen Genossen und Genossinnen in ehrender Erinnerung behalten werden.

Wien. (Genosse Josef Sticha gestorben.) Sonntag den 1. Dezember wurde Genosse Josef Sticha, Lokomotivführer der E. W. A., Mitglied der Ortsgruppe Landstraße, zu Grabe getragen. Die heimtückische Proletarierkrankheit raffte ihn im schönsten Mannesalter von 32 Jahren hinweg. Genosse Sticha hinterließ eine trauernde Witwe mit einem Kinde, die sorgenvoll der Zukunft entgegenzusehen, weil sie keiner Versorgung teilhaft sind. Genosse Sticha war ein guter Kamerad, wir ehren sein Angeben.

Falkenau an der Eger. (Bahnärztliches.) Für die Eisenbahner sind fast ohne Ausnahme die Bahnärzte ein Kapitel des Leidens. So viel auch schon über die launenhafte unvernünftige Behandlung des Personals über manche Bahnärzte in unserem Fachblatt geschrieben wurde, immer wiederholen sich solche Fälle und mancher Bahnarzt scheint in den Bediensteten keine Menschen mehr, sondern willenlose Arbeitsknechte zu erblicken, die er nach seinem Geschmack und seiner Zeit entsprechend behandeln kann und darf, wie es ihm eben selber paßt. Eine solche Spezialität eines Bahnarztes ist auch Herr Doktor Schwab in Falkenau. Wenn ein Bediensteter erkrankt und imstande ist, selber zur Untersuchung gehen zu können, so geht dies noch an, obwohl auch hier für manchen Bediensteten mehr als zubiell Ursache zur Klage vorhanden wäre. Wie im Afford werden da die Kranken und Maroden behandelt, denn der Herr Bahnarzt ist auch zugleich Bruderladenarzt, und daß es da in seinem Wartezimmer oft recht viele zur Untersuchung gibt, ist wohl selbstverständlich. Doch der Herr Doktor ist bald fertig. 20 Patienten in einer Stunde zu behandeln, daß ist eine Kleinigkeit, und wer wird sich mit diesem Maß auch noch Mühe geben. In erster Linie sind die Interessen der Betriebskrankenkassen und Bruderladen zu wahren, das ist auch der Standpunkt des Herrn Dr. Schwab. Aber erst gar, wenn der Herr Doktor zu einem Patienten gehen soll, da kann es einem gestrotzt das Bauchfell reißen, unter zwei, drei Tagen kommt der Herr Doktor eben nicht. Es ist schon vorgekommen, daß die Dienstvorstände sich an den Herrn Doktor telephonisch wenden mußten, um diesen zu einem Krankenbesuch zu bewegen. In der Nacht erst, wenn der Herr Doktor zu einem gehen soll, dem muß es schon den Kopf abgerissen haben, sonst geht Herr Schwab nicht hin. Allgemein ist die Klage über die Behandlung von seiten dieses Herrn; doch auch die Kollegen tragen

einen Teil der Schuld, wenn sie sich so behandeln lassen. Wenn sie es einmal so weit haben werden, daß auch sie imponierend auftraten könnten, daß sie diesem Herrn gegenüber als wirkliche Männer da stünden, da könnte und dürfte sich der Herr Doktor eine solche Behandlung des Personals auf keinen Fall erlauben. An dem Personal selbst liegt es also, hier einen Modus zu schaffen, dann können solche Dinge überhaupt nicht mehr vorkommen und die Herren Bahnärzte würden sich ganz gewiß an eine andere Behandlung des Personals gewöhnen müssen.

Mürzzuschlag. In der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember fuhr der Lokomotivführer Ujlaß aus Mürzzuschlag mit Zug 806 nach Gloggnitz. In der Station Semmering bemerkte der Heizer, daß der sonst gesunde Lokomotivführer Ujlaß krank sei, da derselbe vor Schwäche kaum stehen und sprechen konnte und sich vor Ermattung auf die auf der Maschine befindliche Kleiderkiste niederlegte. Während der Fahrt von Semmering nach Gloggnitz verschlechterte sich der Zustand Ujlaßs derart, daß der Heizer all seine Kräfte aufwenden mußte, um den erkrankten Lokomotivführer in die Kaserne nach Gloggnitz zu bringen. Der Heizer setzte den Ujlaß auf ein Bett und dort blieb der Kranke circa drei Stunden liegen. Erst über Intervention der Lokomotivführer beim diensthabenden Beamten wurde um 8 Uhr früh der Bahnarzt Dr. Sussani gerufen, welcher den Kranken untersuchte und angeblich eine Alkoholvergiftung konstatierte. Maschinenmeister Janisch veranlaßte die Ueberführung des erkrankten Lokomotivführers, der weder gehen, noch sprechen, noch den rechten Arm bewegen konnte, nach Mürzzuschlag. Ujlaß wurde ohne jede Begleitung in einen Wagen III. Klasse untergebracht. In Mürzzuschlag wurde Ujlaß vom Bahnarzt und Krankenhaus erwartet und dessen sofortige Ueberführung ins Krankenhaus angeordnet, wo er heute noch gelähmt und sprachlos daniiederliegt. Die plötzliche Erkrankung des Kollegen Ujlaß hat einige Leute, deren Namen wir heute nicht nennen wollen, Anlaß gegeben, über den Schwerverkranken unliebsame und beleidigende Äußerungen zu gebrauchen. Insbesondere wird die Behandlung des Erkrankten von seiten des Herrn Sussani sowie des Maschinenmeisters mit Recht kritisiert. Wir werden nach näherer Information in nächster Nummer darüber ausführlicher berichten.

Zglau. Zur bevorstehenden Weihnachtszeit wird uns Herr Assistent Palme gewiß dafür dankbar sein, daß wir ihm einige Bücher anempfehlen, deren Lektüre für solche junge Herren von Vorteil ist. Das erste für ihn höchst notwendige Buch wäre Knigges „Umgang mit Menschen“, denn mit Menschen scheint dieser Herr bis jetzt noch wenig oder gar keinen Umgang gelernt respektive gehabt zu haben, sonst wären ihm die Worte, wie: Hund, Schwein, Affe, Rindvieh und Hinder Kerl nicht so geläufig. Zum Staunen ist nur, daß sich verheiratete Männer, Familienväter, von diesem noch grünen Herrchen dieses große Aufheben und solche dienstliche Behandlung gelassen lassen. So ein Büchlein sollte einmal einer zum Exempel über's Anie legen und das Hinterleder ordentlich austauben. Dies wäre das richtige und entsprechendste Mittel. Als nächste Lektüre in der Weihnachtswoche wäre ihm noch die Dienstordnung dringend anzupfehlen, speziell § 18, dritter Absatz, Zeile fünf bis acht, ferner § 20, vierter und sechster Absatz. Hoffentlich ist uns Herr Palme für die Anempfehlung dieser Bücher dankbar, er wird dann einsehen, daß auch aus ihm noch ein ganz anderer Mensch werden kann, vor dem dann auch Bedienstete eine Achtung haben könnten; doch Knigges Buch ist für ihn unerlässlich!

Hohenstadt. (Todesfall.) Am 28. November starb im Spital zu Olmütz unser langjähriges und treues Mitglied M. Bednar, Streckenwächter, an Blinddarmentzündung. Genosse Bednar hinterläßt eine Witwe mit fünf Kindern, wovon das älteste neun Jahre zählt. Wir sprechen allen jenen, die sich am Leichenbegängnis beteiligt haben, im Namen der Hinterbliebenen den innigsten Dank aus. Wir werden dem Verstorbenen jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Kapfenberg. (Landesbahn.) Was die gelben Gewerkschaftler vom Südbahnverband in stande sind und welche Gelben als Mitglieder aufgenommen werden, das zeigt sich am besten durch die verrotteten Verhältnisse bei der Landesbahn Kapfenberg-Au-Scenewiesen. Seitdem die Gelben sich hier eingebürgert haben, hat das Kriegerium und das Denunziantenwesen überhand genommen. Es ist schon soviel gekommen, daß sich einige dieser Leute absichtlich bemühen, die Bediensteten in puncto Denunziation zu übertrumpfen, nur um als Liebkind noch oben zu gelten. Der Betriebsleiter Herr Matusek kann mit seinem Personal gewiß zufrieden sein. Ein jeder, der zur Landesbahn aufgenommen wird, muß sich einige Fragen nach seiner politischen Gesinnung gefallen lassen. Die größten Stümper, die man anderswo wegen ihrer Dummheit dabanjagen würde, haben auf der Landesbahn die größte Protektion und abancieren. Die anständigen Bediensteten, denen das Kriechen und Verleumben ein Ekel ist, werden direkt und indirekt übergegangen. Man will die wenigen Leute, die noch etwas auf Anstand und Freiheit halten, zwingen, sich der gelben Gesellschaft anzuschließen. Bei einem solchen Personal darf es niemand wundern, wenn die dienstlichen Verhältnisse und die Behandlung von Jahr zu Jahr schlechter werden. Wie lange wird es noch dauern, bis auch diese Leute einsehen werden, daß nur durch eine gesunde große Organisation bessere und menschliche Verhältnisse geschaffen werden können?

Malln. (Tauernbahn.) Zu wiederholtenmalen wird geklagt, daß der Bahnwächter Johann Komutschny seine Nebenkollegen beim Bahnmeister denunziert und verleumdet. Wir ersuchen den betreffenden Bahnmeister, den Wächter Komutschny zu belehren, daß Denunzieren nicht zu den vorgeschriebenen dienstlichen Obliegenheiten der Wächter gehört.

Cernowitz. (Zur außerordentlichen Generalversammlung des Lebensmittelmagazins.) In der letzten Nummer des „Eisenbahner“ haben wir die Schlechtigkeit des Statuts des Lebensmittelmagazins zur Sprache gebracht; heute sind wir gezwungen, auch unseren Genossen die Kampfweise der christlichsozialen Verkehrsverbände zur Kenntnis zu bringen.

Das Amtsblatt der „Cernowitzer Zeitung“, Nr. 239 vom Donnerstag den 17. Oktober 1912, bringt folgende Kundmachung.

Auf Grund des § 18 des Statuts des Lebensmittelmagazins für Bedienstete der k. k. österreichischen Staatsbahnen, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Cernowitz, wird zufolge einer von der erforderlichen Anzahl der Genossenschaftsmitglieder eingebrachten Eingabe eine außerordentliche Generalversammlung einberufen. Dieselbe findet Sonntag den 10. November 1912, 2 Uhr nachmittags, im Saal des Vereines „Freundschaft“, Cernowitz, Viteygasse 5, statt. Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag auf Aenderung der Bestimmungen des § 21, Absatz 1, der Statuten (Ausübung des Stimmrechtes).

Dieser Generalversammlung können nur stimmberechtigte Mitglieder beiwohnen.

Die auf Namen lautenden Legitimationskarten werden den stimmberechtigten Mitgliedern bis zum 5. November 1912 durch die k. k. Post mittels rekommandierten Briefes zugesendet werden.

Duplikate von Legitimationskarten werden nicht aus- gefolgt.

Sollte die Generalversammlung um 2 Uhr nachmittags im Sinne des § 27 der Statuten nicht beschlußfähig sein, so wird am selben Tage und am selben Orte um 1/2 3 Uhr nachmittags die Generalversammlung mit der gleichen Tagesordnung stattfinden, die sodann im Sinne des § 27 der Statuten

ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen, beziehungsweise vertretenen Mitglieder gültigen Beschluß fassen kann. Czernowitz, 17. Oktober 1912.

Der Vorstand.

Gleichzeitig fragen wir an dieser Stelle, warum hat der Vorstand des Lebensmittelmagazins den zweiten Punkt der Tagesordnung, 2. Die Krise im Vorstand, unterschlagen und diese nicht zur allgemeinen Kenntnis gebracht? Wollen die christlichsozialen Verkehrsverbände unliebsamen Dingen auf billige Art aus dem Wege gehen?

Dieser Tage wurde von den christlichsozialen Verkehrsverbänden folgender Aufruf verteilt:

Achtung, Eisenbahner! Mitglieder des Lebensmittelmagazins!

Am 10. November 1912 findet in Czernowitz im Lokal „Freundschaft“, Ritzgasse 5, eine außerordentliche Generalversammlung des Lebensmittelmagazins statt. Diese außerordentliche Generalversammlung haben die Obergenossen Oppitz, Widner und Credinger auf die Weise zusammengebracht, daß sie zuvor den Mitgliedern das Blaue vom Himmel versprochen und durch Irreführung ihre Unterschriften für die Eingabe entlockt haben. Unter dem Vorwand der Abänderung des § 21 der Statuten drängen sie dazu, die Mitglieder im allgemeinen der Dividenden und jene der Strecke ihrer Stimme zu entziehen, zumal sie verlangen, daß jedes Mitglied selbst bei der Generalversammlung erscheine oder nur höchstens eine und nicht wie bisher 30 Mitgliederanteile vertreten werden sollen. Dies hat den Zweck, damit die Mitglieder des Lebensmittelmagazins, welche überwiegend auf der Strecke beim Fahrdienst sind, ihres Stimmrechtes beraubt werden, zumal es doch klar ist, daß alle 800 Mitglieder oder selbst die Hälfte von ihnen, nicht an einem Tage in Czernowitz zur Generalversammlung persönlich erscheinen können, da doch der Verkehr deswegen nicht eingestellt werden wird! Dies will aber unser Oppitz haben, da er weiß, daß die jüdischen Vorstände im gegebenen Fall nur die Seinigen beurlauben werde, wodurch dieses Magazin in seine Hände gerate und den beabsichtigten Zielen zugeführt werden wird.

Odenbrein erklärt Oppitz, daß er, so lange solche außerordentliche Generalversammlung jeden Monat einberufen wird, bis die Zugrunderichtung dieses Magazins durch die Clique herausbeschoren ist, weshalb sich die christlichen Eisenbahner dagegen wehren müssen! Es gebe keiner von den Mitgliedern dem Oppitz und seinen judosozialistischen Helfershelfern die Vollmacht in die Hände, sondern kommt allein zur Versammlung oder übergibt sie unseren Vertrauensmännern: Duda, Kohud, Chwiczki, Moor, Karl König, Wattojch, Molon, Baran, Beckerek, Ludwig, Kuczera, Pfeifer, Prawczul, Wud, Prehorowicz, Mikorowicz, Paunel und Rosoz. Kollegen! Christen! Tut eure Pflicht und haltet zusammen. Das Magazin geht gut und ist lebensfähig und wenn es einmal fällt, so werdet ihr nur allein mit Oppitz daran schuld sein!

Die christlichsozialen Eisenbahner Czernowitz.

Ein zweites Pamphlet wird im „Bukowiner Volksblatt“ Nr. 692 vom 17. Oktober folgend geschrieben:

Aus lauter Mitleiden richteten mehrere jüdische und sozialdemokratische Mitglieder des Lebensmittelmagazins für Eisenbahnbedienstete die Forderung an den Vorstand, eine Generalversammlung einzuberufen und eine Statutenänderung vorzunehmen. Die Statuten wurden bekanntlich von den Sozialdemokraten verfaßt. Solange diese Partei das Lebensmittelmagazin beherrschte, fand sie keinen Grund, eine Statutenänderung zu beschließen. Die Statuten schreiben nämlich vor, 30 Mitglieder bei der Hauptversammlung zu vertreten... Diese Bestimmung paßt den Juden und den Sozialdemokraten heute nicht mehr, sie verlangen vielmehr die Aenderung in dem Sinne, daß es jedem Mitglied gestattet sein dürfe, nur eine Stimme mittels Vollmacht zu vertreten. Diese Forderung ist selbstverständlich ein Stiefel. Was den Sozialdemokraten durch viele Jahre angenehm war, ist heute den Christlichsozialen auch angenehm. Die verlangte Statutenänderung entspricht nur einem jüdisch-sozialdemokratischen Mitleiden und wird infolgedessen nicht beschloffen werden. Auch wenn sich Oppitz auf den Kopf stellen sollte.

Auch die letzte Nummer des „Bukowiner Volksblattes“ leitartikelt über die jüdisch-sozialdemokratische Katastrophe und gegen die Einberufung der außerordentlichen Generalversammlung im Lebensmittelmagazin. Von der Ortsgruppe Czernowitz des Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsvereines wird ein Aufruf in deutscher und polnischer Sprache herausgegeben und die Mitglieder aufmerksam gemacht, den Verdrungen und Verleumdungen der christlichsozialen Verkehrsverbände kein Gehör zu schenken.

Gleichzeitig bitten wir die Genossen der westlichen Lebensmittelmagazine und Konsumvereine, uns möglichst postwendend ein Vereinsstatut an die Adresse: Ortsgruppe der organisierten Eisenbahner in Czernowitz, Bahnhofstraße 68, zukommen zu lassen.

Laiabach. (A. L. Staatsbahn. Ein Verkehrs-Kontrollor als Gefahr für den Verkehr.) Unter diesem Titel erhalten wir eine Zuschrift, welcher wir im nachstehenden ohne Kommentar Raum gewähren:

Geehrte Redaktion! Sehr selten beanspruchen wir das Recht, in unserem Zentralorgan unsere Stimme erheben zu dürfen, deswegen hoffen wir, daß Sie uns in diesem Ausnahmefall den nötigen Raum werden zur Verfügung stellen. Der im Reiche Galambos Platz greifende Terrorismus nimmt so bedenkliche Formen an, daß wir nicht umhin können, auch die Eisenbahner in anderen Gebieten auf diese Folge der Vernachlässigung der Organisation aufmerksam zu machen. Es würde zu weit führen, wenn wir sämtliche Beschwerden, die uns am Herzen liegen, in vorliegender Zuschrift behandeln wollten; deswegen sei nur gestattet, vorläufig nur ein kleines Territorium ins bengalische Licht zu rücken. Dies ist die Station Laiabach l. l. Staatsbahn samt ihrer Umgebung.

Diese Station liegt in einem der reaktionärsten Gebiete Oesterreichs und schon diese Tatsache erklärt so manches, auf das wir noch werden zu sprechen kommen. Beherrscht wird sie momentan von zwei Individuen, deren Namen den breiten Schichten der österreichischen Eisenbahnerschaft nicht vorentfallen werden sollen. Als Stationspächter treibt ein gewisser Inspektor Frasovec sein Unwesen, der auf der Obertrailer-Untertrailer und Steiner Bahn durch einen ebenso geistig unbedeutenden als dünnhäutigen und herrschsüchtigen Kompagnon unterstützt wird, welcher auf den unbedeutenden Titel eines Inspektors und auf den Namen eines Watagej hört. Der letztere gibt in der Station selbst dem Personal seine Umgangsformen vor, verleiht, die in Ställen Bewunderung erregen würden; der letztere hat sein Tätigkeitsgebiet in die Provinz verlegt. Mit dieser Tätigkeit wollen wir uns heute etwas intimer befassen. Herr Watagej ist es, dem wir heute etwas näher an den Leib rücken wollen. Dem Manne wurde, wie schon sein Diensttitel besagt, eine wichtige Funktion im Eisenbahndienst übertragen. Er hat während der Dienstzeit auf seinem jetzigen Posten sowohl den übergeordneten Behörden als dem unterstellten Personal glänzend den Beweis erbracht, daß er von seinen angeblichen Dienstpflichten rein gar keine Ahnung hat. Wir hatten unzählige Male Gelegenheit, Zeuge der unsinnigsten Anordnungen, die dieser Herr vom Stapel ließ, zu sein, und manches mit-

leidige Lächerln seiner Untergebenen begleitete dieselben. Auch sind uns verzeihliche Situationen, in welchem sich der Mann bei abnormalem Verkehr infolge seiner vollkommenen dienstlichen Unzulänglichkeit befand, wohl erinnerlich, und lebhaft denken wir an manche Episode zurück, wo er, von Bediensteten und Passagieren um Intervention angerufen, das klägliche Bild des Greises, der am Dach sitzt und sich nicht zu helfen weiß, darstellte. Das alles jedoch sind nur Erinnerungen, die uns nicht wehe taten und uns nur manche heitere Stunde in unserem eintönigen Leben verschafften. Ob auch die Verwaltung mit seinen Schilfbürgerstücken einverstanden war — wenn sie es überhaupt erfuhr — ist eine andere Frage. Daß seine erprießliche Tätigkeit rein gar nichts dazu beitrug, um das bekannte Staatsbahnbesitz zu verringern, ist so selbstverständlich, daß darüber außer den führenden Organen der Staatsbahndirektion Triest niemand im Zweifel sein dürfte. Seine Tätigkeit war jedoch für die Bediensteten nicht immer ganz harmlos. Als ein wohlzogener Kriecher nach oben hat es der Mann verstanden, sich auch nach unten entsprechend auszubilden, und die Folgen dieser Ausbildung sind es, die das Personal nun nicht mehr ertragen kann. Neben der Distinktion von Aborten und Holzlagen, in welcher Beschäftigung der Herr ein Spezialist ist, weil solche Dinge in seiner Heimat höchstens beim Pfarrhof anzutreffen sind, hat er es verstanden, auch einen vollkommenen Spionagedienst einzurichten. Gestützt auf diese speziell österreichisch-bureauftragsmäßige Einrichtung konnte er sein bedienstetenfeindliches Regime einführen, dessen ungeheure Nachteile man nun in Bedienstetenkreisen gründlich zu begreifen beginnt. Auf Grund seiner auf Brutalität und Rücksichtslosigkeit aufgebauten Macht konnte es der Mann wagen, sich die frechtigen Uebergriffe zu erlauben und diese mit ungeahntem Terrorismus durchzuführen. Heute existiert für ihn einfach keine Vorschrift mehr und seine einzige Vorschrift lautet: „Mein Befehl ist die Vorschrift.“ Um aber nicht den Vorwurf der Pauschalverdrächtigung auf uns zu laden, wollen wir mit einigen Beispielen dienen: Laut Vorschrift und seiner zeitweiligen Ansicht ist es dem Stodmann beim Zuge bei Androhung der strengsten Strafe verboten, den Stod zu verlassen, und wir können mit Namen dienen, deren Träger empfindlich bestraft wurden, weil sie den Stod auf eine Entfernung von 10 Metern nur deswegen verließen, um die vor Kälte erlärten Glieder durch Gebühungen teilweise zu erwärmen. Die Vorschrift und die zeitweilig erteilten Befehle haben jedoch nicht immer Gültigkeit. Wenn dem Personal etwas abgesehen werden kann, dann wird es momentan anders. So hat es der auf das Wohl der Staatsbahnfinanzen, wenn es sich nicht um die Bezahlung seiner Wohnung handelt, stets Bedacht habende herausgefunden, daß bei den Untertrailer Güterzügen zu viel Personal faulenzte. Flugs war er bereit, eine Reduzierung zur Durchführung zu bringen, und als es sich herausstellte, daß trotz schweißgedelber Kriecherei einiger Oberkondukteure die Sache nicht klappte, beschloß der allmächtige Herr, daß der Stodmann in der Station bei der Aus- und Zuladung mithilfe, also seinen ihm zur Sicherung des Verkehrs überantworteten Stod verlassen müsse. Auch der Anfang zur Fahrordnung beziehungsweise dessen Bestimmungen sind ihm ein spanisches Dorf, um welches er sich nicht zu kümmern braucht. Er befiehlt einfach dem Lokomotivführer kraft seiner unbegrenzten Macht das Mitnehmen von 60 Tonnen über die Maximalbelastung, was er angeßlich selbst verantworten will. Nach den traurigen Figuren, die er bei Gericht als Sachverständiger schon zum besten gegeben hat, ist uns seine Verantwortung freilich sehr zweifelhaftes Verlies. Die Entlehnung der Verschleber an das Lokomotivpersonal hat er im eigenen Wirkungskreis ganz speziell durchgeführt. Es ist ihm nämlich der Zeitraum eine Lebensdauer, um die er sich gar nicht zu kümmern hat. Laut seinem Befehl hat der Verschleuber einfach die Dauer der Arbeit einzuschätzen und sie dieser Schätzung gemäß zu bestätigen. Allerdings erst dann, wenn der Lokomotivführer schon fünf- bis zehnmal untertäugelt darum ersucht hat. Das sind gewiß idyllische Zustände. Das Stärkste jedoch ist das neueste Stückchen, welches wir heute nur vorübergehend streifen, weil wir uns damit noch eingehender beschäftigen werden. Der gute Mann hat nämlich das Bedürfnis gefühlt, seiner Freiheit die Krone aufzusetzen, und einfach eine Ministerialverordnung, verlaublich in der Verordnungsblatt Nr. 58 ex 1890, annulliert. Es handelte sich hierbei um die Vernichtung der Personalkaserne in der Station Stein. Das Verbot der Vernichtung der Betten in dieser Kaserne hat eine förmliche Revolution ausgelöst und wir werden Gelegenheit finden, der Dessenlichkeit diesbezüglich so frappante Tatsachen vorzuführen, daß die Aufregung des Personals wohl verstanden werden wird. Für heute wollen wir schließen, erwarten jedoch, daß die Bediensteten aus der Sachlage die richtige Konsequenz ziehen und die Reihen unserer Organisation kräftigen werden.

Wallnis. (Todesfall.) Am 25. November starb nach zehnmönatigen schweren Leiden der seinerzeit verunglückte Genosse Michael Schwaiger. Genosse Schwaiger war ein ruhiger und fleißiger Kollege. An dem Leichenbegängnis beteiligten sich zahlreiche Leidtragende, denen auf diesem Wege der innigste Dank ausgesprochen wird.

Versammlungsberichte.

Bischofshofen. (Christlichsoziale Feigheit. — Sozialdemokratische Eisenbahnerversammlung.) Am 24. November ist es in unserem sonst stillen Orte lebendig geworden. Die Christlichsozialen haben eine öffentliche Eisenbahnerversammlung angefangt und einen Referenten von Wien bestellt. Mit einem ungeheuren Lantam wurde für diese Versammlung agitiert und in großmäuliger Weise wurden unsere Vertrauensmänner der Feigheit geziehen, weil sie ihren Anhängern den Besuch dieser Versammlung verboten hatten. „Die roten Führer“ — hieß es — „fürchten sich vor den schlagenden Argumenten unserer Redner und darum wenden sie alle Mittel an, um die Mitglieder der roten Gewerkschaft von dem Besuch unserer Versammlung abzuhalten.“ Die Vertrauensmänner wollten aber einerseits zeigen, daß sie keine Ursache haben, die Herren Christlichsozialen zu fürchten, andererseits aber einmal zu beweisen, daß die Eisenbahner Bischofshofens rot sind und so agitierten sie wohl im stillen, aber um so eifriger für den Besuch der Versammlung. Als am Sonntag den 24. November die Sozialdemokraten im Versammlungslokal im Gasthause Faccinelli in Massen erschienen, sahen sie den ganzen christlichsozialen Anhang, 14 Mann hoch samt dem Referenten, Sekretär Tschuliz aus Wien, bei einem Tische sitzen. Als die schwarzen Gelben die Massen der anrückenden roten Eisenbahner sahen und als der Referent der Gewerkschaft, Genosse Dusek, erjähren, fiel den Christlichsozialen Feiglingen das Herz in die Spizen und sie rissen schnell aus, um sich im Ergrimmungszustand zu konzentrieren und dort zu beraten, was sie eigentlich tun sollen. Sie wählten nach langer Beratung der „Tapferkeit besseren Teil“ und liefen davon, um bei verschloffenen Türen die Sozialdemokraten um so mehr beschimpfen und verleumden zu können. Der Renegat Schairinger, welcher sich bis zum Obmann des „Verkehrsbundes“ entwickelte, wurde beauftragt, den erschienenen Sozialdemokraten mitzuteilen, daß die angesagte Versammlung wegen zu geringer Beteiligung nicht stattfinden kann. Ein kräftiges „Pfui“ der Anwesenden war die Antwort auf die Enunziation des charakter-

vollen Schairinger. Genosse Dusek wies in einer kurzen Ansprache auf die Feigheit des Herrn Tschuliz und seiner Anhänger hin und empfahl den Anwesenden, in gleicher Stärke am Abend bei unserer Versammlung zu erscheinen.

Am Abend fand dann eine von Genossen Reidl einberufene öffentliche Versammlung beim Gandler statt, welche einen massenhaften Besuch aufwies und in welcher Genosse Dusek ein sehr aufmerksam angehörtes und beifällig aufgenommenes Referat über die Strafrechtsreform brachte. Den Genossen von Bischofshofen mag diese christliche Handlungsweise zum Beweis dienen, daß diese Verräter der Interessen der Eisenbahner es nicht wagen, offen unseren Genossen entgegenzutreten, sondern nur dann den Mut finden, wenn sie sich hüßlich hinter dem Winde wissen.

Wien. (Kaiser Franz Josefs-Bahn.) Am 19. November traten die Bediensteten der l. l. Staatsbahnen im Saal des Hotels „zur Franz Josefs-Bahn“ zusammen, um Protest gegen die Verschlechterung der Unfallversicherung einzulegen. Die Versammlung, welche zahlreich besucht war, leitete Genosse Kneidinger. Als Referent ist Genosse Dusek erschienen, welcher in einer einstündigen Rede die vom Abgeordneten Kroh beantragte und vom Subkomitee des Sozialversicherungsausschusses angenommene Dreiteilung des Vorstandes der Berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt und der Zusammenlegung der Unfallrente mit der Provision beleuchtete und einer sachlichen Kritik unterzog. Genosse Babitsch und Decker berichteten über die Tätigkeit des Vorstandes der Berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt und wiesen an praktischen Beispielen nach, welche Schädigung der verletzten Eisenbahner treffen würde, wenn die Anträge des „Eisenbahnerverrätters“ Kroh verwirklicht werden sollten. Nach einem kräftigen Schlusßwort des Genossen Kneidinger wurde die Versammlung um 11 Uhr nachts geschlossen.

Görs. Am 10. November 1912 fand in Görs eine freie Eisenbahnerversammlung mit der Tagesordnung „Aktuelle Tagesfragen“ statt, welche vom Reichsbund deutscher Eisenbahner Oesterreichs, Ortsgruppe Görs, einberufen worden war. Um 4 Uhr war der Raum in den „Drei Kronen“ bereits gefüllt und der Obmann der Reichsbundortsgruppe Binder, ein ehemaliger Sozialdemokrat, eröffnete die Versammlung und schritt sogleich zur Wahl des Präsidiums, wobei sich zeigte, daß die paar deutschnationalen Eisenbahner von Görs, obwohl sich dieselben einige Kameraden aus Villach ausborgten, um die Majorität in der Versammlung zu erreichen, noch lange nicht wagen dürfen, offen aufzutreten, denn in das Präsidium dieser Versammlung wurden mit einer überwiegenden Majorität durchwegs Sozialdemokraten gewählt. Als dieses Präsidium seine Funktion einnahm, erlaubte sich noch Herr Binder einen kleinen Eingriff, indem er dem deutschnationalen Referenten Ganglmayer aus Wien das Wort erteilen wollte, wobei ihm der Vorliegende Genosse Flaschberger bemerkte, daß nun er den Vorhölz führe und das Wort in der Reihenfolge, wie sich die Redner melden werden, erteilen werde. Als erster Redner erhielt Genosse Steiner das Wort, welcher in kurzer, sehr leicht verständlicher Weise die herrschenden Verhältnisse kritisierte und bemerkte, daß der Großteil der Schuld den verschiedenen Winkelzügen des Nationalverbandes zuzuschreiben sei, da derselbe in allen Lebensfragen, speziell für die Eisenbahner, eine nicht genug scharf zu verurteilende Rolle spielt. Als zweiter Redner sprach Genosse Kopač, Sekretär aus Triest, welcher auf einzelne Punkte näher einging. Sodann erst meldete sich der Reichsbundler Ganglmayer zum Wort und sprach in ziemlich weitläufiger Weise, Selbstverständlich konnte er sich nicht enthalten, den so verhassten Sozialdemokraten den Kopf gehörig zu waschen. So erzählte er von einem Verrat der Sozialdemokraten bei der passiven Resistenz 1905 und davon, daß die Sozialdemokraten das Budget ablehnen und zu denselben Zusatzanträge stellen, was er wiederholt als Demagogie bezeichnete. Er konnte die Resolutionsanträge der bürgerlichen Parteien nicht genug rühmen, die angeblich zum Wohle der Eisenbahner geführt hätten und verächtliche die Sozialdemokraten, nur aus dem Grunde gegen dieselben aufzutreten zu sein, weil sie bei einem Erfolg nicht diesen hätten auf ihre Fahne heften können. Ein deutschnationaler Eisenbahnminister hätte im Jahre 1907 14 Millionen Kronen zu Aufbesserungen auf den l. l. Staatsbahnen verwendet, was auch die Sozialdemokraten als ihren Erfolg ausgeführt hätten. Und so ging es noch eine Zeitlang weiter in buntem Wirrwarr. Genosse Kopač hatte leichtes Spiel, die konfusem Reden Ganglmayers zu widerlegen, und Ganglmayer erhielt eine Abfuhr, die ihn wohl für Görs für immer unmöglich machen wird. Es wurde dem Ganglmayer der Unterschied zwischen gesetzlichen Bestimmungen, Resolutionen und Interpellationen vorgehalten, welchen Unterschied dieser absolut nicht kapieren wollte. Dann wurde ihm aus dem stenographischen Protokoll eine Rede seines vorgelesenen, was Ganglmayer veranlaßte, dazwischenzurufen, den Reichsbund gehen seine und Kroh nichts an, welcher Zwischenruf ihm aber aus der Versammlung selbst entsprechend erwidert wurde. Genosse Kopač wies dem Ganglmayer nach, daß er über die Bewegung des österreichischen Eisenbahnerpersonals ganz uninformiert sei und daß er sogar die Bewegung des Jahres 1907, mit der des Jahres 1908 verwechselte. Genosse Kopač entlockte ein klares Bild der Bewegung des österreichischen Eisenbahnerpersonals und es gelang ihm ungeschwer nachzuweisen, daß die Taktik der sozialdemokratischen Organisation einem ehrlichen Kampf entspreche, während die ganze Haltung der Nationalen eine verlogene ist. Er forderte Ganglmayer wiederholt auf, seinen Ausführungen gegenüberzutreten, wenn sie sich nicht mit der Wahrheit decken. Aber Ganglmayer schwieg. Der neunmal gefechte Stationschef Wieser hatte auch das Bedürfnis, sich mit einem Zwischenruf unsterblich zu blamieren: „Der Dr. Adler und Ellenbogen sind Millionäre.“ (Ganglmayer: Das ist unrichtig; der Dr. Adler sowie Dr. Ellenbogen sind nicht reicher wie Sie, Herr Stationschef!) Ein brausender Applaus folgte dieser vom eigenen Kameraden erfolgten Michtigstellung. Am Schluß erhielt Ganglmayer nochmals das Wort. Er konnte nur noch stammelnd die Erklärung abgeben, daß er sich mit einzelnen Punkten des Redners Kopač vollkommen einverstanden erklärt. Trotzdem die Niedertracht der Deutschnationalen in das grellste Licht gebracht worden war, erklärten einige auchdeutsche, weiter deutschnational zu verbleiben. Es wurde nach Schluß der Versammlung unter den deutschen Kameraden laut, daß sie nicht gefast waren, daß die Notizen einen schlagfertigen Referenten in die Versammlung stellen werden. Die Notizen aber sind der Anschauung, daß auch der beste Referent nicht in der Lage ist, Unwahrheiten so zu verjähern, daß dieselben nicht ein Alltagsmensch, ein Deutschnationaler natürlich ausgenommen, erkennen könnte. Herr Heime scheint doch kein schlechter Referent zu sein und was passierte ihm? Uns Notizen stellt sich ganz unwillkürlich die Frage auf, wieviel deutschnationale Eisenbahner bei einer Verlesung des Herrn Wieser auch mitberescht werden würden?

Bruck an der Mur. Vor kurzem fand hier eine äußerst gut besuchte Versammlung der Oberbauarbeiter der Ingenieursektion Bruck an der Mur statt, in welcher über die Behandlung und über die Dienstverhältnisse der Arbeiter gesprochen wurde. In dieser Versammlung wurde einstimmig beschloffen, die vorgebrachten Beschwerden und Wünsche durch den Zentralarbeiterausschuß der Direktion in nächster Zeit zu unterbreiten.

Aus den Organisationen.

Oberleutensdorf. Die Mitglieder werden ersucht, die Mitgliedsbücher bis zum 22. Dezember an den Kassier Genossen Berger abzugeben und eventuelle Rückstände nachzuzahlen.

Wilsch. (Ortsgruppe I.) Die geehrten Mitglieder werden freundlichst ersucht, eventuelle Rückstände bis längstens 20. Dezember zu begleichen. Es liegt im Interesse jedes einzelnen Mitgliedes, eine ganz besondere Pünktlichkeit obwalten zu lassen. Kommen wir in der Organisation allen unseren Verpflichtungen pünktlich nach, so können wir auch versichert sein, daß die Zentrale ihren auferlegten Pflichten jederzeit und gegen jedermann nachkommen wird. Ordnung und Pünktlichkeit sind die besten Grundpfeiler für das Gedeihen jedes Unternehmens, so auch unserer Organisation.

Jägerndorf. Jene Mitglieder, welche mit ihren Monatsbeiträgen im Rückstand sind, werden hiemit höflichst ersucht, diese noch vor Jahresabschluss zu begleichen, damit bei Erstellung der Jahresrechnung keine Schwierigkeiten entstehen. Die rechtzeitigen Nachzahlungen sind im eigenen Interesse der Mitglieder gelegen, wenn selbe auf ihre Mitgliedsrechte nicht verzichten wollen. Rückständige Mitglieder des Hinterbühnenunterstützungsfonds riskieren überhaupt jede Anspruchsberechtigung. Auch sind sämtliche Mitgliedsbücher zwecks Abstemmung an den Kassier abzuführen.

Rehring. Die Mitglieder werden ersucht, die Mitgliedsbücher behufs Abstemmung an den Kassier abzugeben. Die Restanten werden aufgefordert, nachzuzahlen, damit die Jahresabrechnung zum bestimmten Termin an die Zentrale eingereicht werden kann.

Amstetten. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher bis längstens 1. Jänner 1913 im Vereinslokal behufs Kontrolle abzugeben. Gleichzeitig spricht die Ortsgruppenleitung allen jenen Genossen, die zur eingeleiteten Sammlung ihr Scherflein beigetragen haben, den wärmsten Dank aus.

Penzing. Die geehrten Mitglieder der Ortsgruppe Penzing werden freundlichst ersucht, die Mitgliedsbücher und Bibliotheksbücher behufs Kontrolle beim nächsten Vereinsabend abzugeben.

Ferner werden diejenigen Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, dringend ersucht, die Rückstände zu begleichen, damit sie im Jahresausweis aufgenommen werden können.

Dzieditz. Bei der am 4. November l. J. in Dzieditz gegründeten Sektion II (Heizhauspersonal) wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Ferdinand Prosser, Obmann, Otto Lorenz, Stellvertreter; Leo Kreisel, Kassier, Johann Rania, Stellvertreter; Ignaz Kozajda, Schriftführer, Johann Pokorny, Stellvertreter; Leopold Witsl, Johann Ehrst, August Zemanek, Ignaz Kozel, Josef Blaheta I, Johann Blaheta II, Ausschussmitglieder.

Alle Angelegenheiten der Mitglieder von der Sektion II, welche auf die Heizhausverhältnisse Bezug haben, sind der Leitung der Sektion II vorzubringen. Allgemeine Angelegenheiten sind der Ortsgruppenleitung vorzubringen.

Verschiedenes.

Etwas über die moderne „Krankheit“ der „Versammlungswähler“! Ehe der „Herr des großen Gastmahls“ in der Bibel „sehr zornig“ wird und die „Lahmen, Krüppel und Blinden von den Straßen und Gassen der Stadt“ herbeirufen läßt, schläft er in letzter Stunde noch einmal zu seinen „Freunden“, um sie zum Besuch seines Gastmahls aufzufordern. Aber sie machen allerhand Ausflüchte, zum Beispiel: „Ich habe ein Koch Döfchen gekauft und muß hingehen, sie zu besuchen!“ oder kurz und bündig: „Ich habe ein Weib genommen, darum kann ich nicht kommen!“ Bei Luther reimt sich diese Entschuldigung sogar, aber dem Herrn des großen Gastmahls muß die Sache denn doch etwas sehr ungerechtigt vorgekommen sein, sonst hätte er unseres Erachtens keinen Grund gehabt, so ungemütlich zu werden.

Ähnliche kassische Ausreden kann man auch heutigen Tags im modernen Partei- und Gewerkschaftsleben noch hören, wenn es gilt, sich vom Versammlungsbesuch zu drücken oder das „Schwänzen“ der Versammlungen zu entschuldigen.

Die „Bremer Bürgerzeitung“ brachte hievon eine ganz hübsche Blütenlese, die wir zu allgemeinem Nutz und Frommen den Kollegen nicht ganz vorenthalten wollen, aber in etwas anderer Gruppierung und mit entsprechenden Randbemerkungen hier folgen lassen. Zunächst Ausreden, denen man auf den ersten Blick ansieht, was man von ihnen zu halten hat:

1. Es war mir nicht ganz wohl! (Merkwürdig, daß sich die Krankheit gerade zur rechten Zeit einstellte.)

2. Meiner Frau war nicht ganz wohl! (Welch zärtlicher, besorgter Gatte!)

3. Ich wollte einen kranken Freund besuchen! (Da sage noch einer, daß es keine wahre Freundschaft mehr gebe! Dieser „Freund“ wird sogar krank, damit sein Kollege nicht in die Versammlung zu gehen braucht!)

4. Meine (Pühneraugen) schmerzen so sehr; meine Füße brauchen Ruhe! (Die armen Pühneraugen! Au!)

Aus anderen Ausreden spricht eine gewisse Selbstüberschätzung:

1. Was der weiß, weiß ich schon längst!

2. Was ich sage, gilt ja doch nichts!

Ein Teil der Kollegen wieder glaubt sein Fernbleiben aus den Versammlungen hinreichend motivieren zu können, wenn er persönliche Gründe ins Feld führt:

1. Solange Kollege X den Vorsitz führt, komme ich nicht!

2. Ich finde keinen Gefallen daran, wie jetzt die Gespräche geführt werden!

3. In der letzten Versammlung habe ich mich so geärgert.

Unaufgeklärte Frauen zu besitzen oder unter dem Pantoffel zu stehen, geben diejenigen vor, welche sagen:

1. Meine Frau ärgert sich stets, wenn ich zur Versammlung gehe will!

2. Ich habe zu Hause mal aufgeräumt! (Das läßt ja tief blicken!)

Als letzte Gruppe wollen wir diejenigen Versammlungsschwänzer hier anführen, welche durch ihre Entschuldigungen beweisen, daß gerade sie es besonders nötig hätten, die Versammlungen zu besuchen, um sich erst mal über die Pflichten der Mitglieder eines Verbandes aufzuklären:

1. Ich habe meine Beiträge bezahlt, genügt das nicht?

2. Es geht ja auch ohne mich!

Gewiß gibt es Verhältnisse, wo man ernstlich verhindert ist, in einer Versammlung zu erscheinen, das wird auch jeder vernünftig Denkende entschuldigen. Aber meistens ist doch eine gewisse Launeit und Interesslosigkeit mit im Spiele. Die betreffenden Kollegen sind sich, zum mindesten in dem Augenblick, ihrer Pflicht als organisierte Arbeiter nicht voll und ganz bewußt, denn hiezu gehört neben der Beitragsleistung und anderen Dingen auch der Versammlungsbesuch! Darum, Kollegen, keine leeren Ausreden mehr!

Wie Manuskripte sein sollen. Ein amerikanisches Blatt gab jüngst seinen auswärtigen Mitarbeitern ein paar beherzigenswerte Ratsschläge: „Wenn es Ihnen möglich ist“, so heißt es in dem niedrigen Schreiben, „in anderer Weise als mit einer Feder und mit Tinte zu schreiben, so tun Sie es nur. Sie würden dadurch der Gefahr entgehen, in leserlicher Weise zu schreiben, und würden nicht die lästige Aufmerksamkeit der Redaktion und der Seher auf Ihre bescheidene Persönlichkeit lenken. Sind Sie aber schon in der unangenehmen Lage, mit Tinte schreiben zu müssen, so bemühen Sie wenigstens kein Löschpapier, wenn Sie die Seiten umwenden; Löschpapier ist ganz entschieden veraltet. Machen Sie wirklich einmal einen Tintenkleck, so lecken Sie ihn mit der Zunge auf. Durch dieses Verfahren erreichen Sie, daß er einen weit größeren Flächenraum bedeckt, und ein intelligenter Seher fühlt sich geschmeichelt, wenn er bemerkt, daß man von seinem Scherflein erwartet, daß er ohne jede Hilfe eine durch das obengenannte Verfahren unleserlich gemachte Stelle entziffere. Wir haben einmal, wie mehrere Seher zusammentraten, um den Sinn eines Satzes, von dem nichts mehr zu sehen war, zu erraten. Sie stuchten wie die Mistkutschler, aber das war ein Zeichen ihrer fröhlichen Laune. Machen Sie ferner keine Satzzeichen, denn wir haben viel Zeit zu verlieren, und wenn Ihre Briefe Rebusen gleichen, so macht das durchaus nichts aus: es wird uns vielmehr ein um so größeres Vergnügen sein, wenn wir sie schlepplich doch noch enträtseln. Geben Sie sich nicht die geringste Mühe, leserlich zu schreiben. Eine schöne Handschrift verrät immer die niedrige Herkunft, den untergeordneten Geist, während eine schlechte Handschrift gewöhnlich das Kennzeichen des Genies ist. Schreiben Sie Eigennamen möglichst undeutlich, am besten ist es überhaupt, wenn Sie durchwegs mit kleinen Anfangsbuchstaben schreiben. Jeder Seher hat die Pflicht, die Vornamen und den Familiennamen eines jeden Individuums zu kennen: Mann, Frau oder Kind, ihm müssen sie alle bekannt sein, und es genügt daher vollständig, wenn man etwa den ersten Buchstaben des Namens erkennt. Natürlich passiert es uns manchmal, daß wir uns irren, und wir drücken zum Beispiel leiblich einmal Samuel Marignon für Lennuel Messenger; aber die gebildeten Leser unseres Blattes — und wir haben nur gebildete Leser — haben das schon selbst berichtet. Wir empfehlen Ihnen auch, das Blatt Papier auf beiden Seiten zu beschreiben, und wenn beide Seiten beschrieben sind und Sie vielleicht noch ein paar hundert Zeilen zu schreiben haben, so genieren Sie sich nur nicht: schreiben Sie ruhig quer. Ein Redakteur ist im siebenten Himmel, wenn er ein Manuskript solcher Art in die Hand nimmt. Wenn der Verfasser es selbst in die Redaktion brachte, würde er geradezu beglückwünscht werden. Und noch eines: wenn Sie mit Ihrem Artikel fertig sind, behalten Sie ihn noch einige Tage in der Tasche, ehe Sie ihn absenden, und vergessen Sie vor allem nicht, eines der Blätter zu verlegen oder zu verlieren...“

Literatur.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 10. Heft des 31. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Baseler Kongress und die Kriegsbege in Oesterreich. Von A. Kautsky. — Die russischen Wahlen. Von Georg Stiefflof. — Proletarische Ernährungsverhältnisse. Von Gustav Gastein. — Marxistische Theorie und revolutionäre Taktik. Von Anton Pannekoek. (Schluß.) Berichtigung oder Vertuschung? Von Ch. Rappoport (Paris).

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preis von M. 3.25 per Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur per Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Entwicklungsgeschichte der Erde. Von Georg Engelbert Graf. Mit 47 Abbildungen und einem Anhang: Geologische Profile und Erklärung geologischer Fachausdrücke. Preis gut gebunden 1 Mk.

Ueber die Geologie und über den Inhalt des Buches schreibt der Verfasser in seiner Vorbemerkung unter anderem: Das ist keine Wissenschaft für Stubenhocker; denn draußen in der freien Natur liegt das Material, mit dem wir arbeiten werden. Da heißt es, aufmerksam sehen und beobachten und am kleinsten und unscheinbarsten nicht vorübergehen. Das Alltägliche ist es, das die Grundlage abgeben soll für unsere Untersuchungen. Denn dieselben Kräfte, die gegenwärtig in der Natur schaffen, dieselben Gesetze, die heute ihren Gang bestimmen und der Zukunft ihre Bahn vorzeichnen, sie haben auch die Vergangenheit aus den grauen Urtagen bis in die Gegenwart heraufgeführt; sie leiten daher auch wieder zurück. Erst wenn das Verständnis für die gegenwärtigen Erscheinungen auf unserem Planeten und ihre Ursachen auf-

gegangen sind, dem erschließt sich die Entwicklungsgeschichte der Erde. — Das Buch ist durch alle Buchhandlungen oder auch direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68, zu beziehen.

Literatur über den Balkanrieg. In unserm Berliner Parteiverlag ist soeben eine Broschüre erschienen, die überaus wertvolles Material zum Verständnis des Balkanrieges enthält. Das Werkchen ist betitelt: „Der Balkanrieg und die deutsche Weltpolitik“. Ueber den Inhalt schreibt der „Vorwärts“: „Genosse Otto Bauer schildert darin in ungemein klarer und umfassender Weise die ökonomischen, nationalen und politischen Ursachen des Krieges. Die nationale Mannigfaltigkeit Mazedoniens und die hier wirkenden wirtschaftlichen Tendenzen sind ebenso anschaulich dargestellt wie die mittelalterliche Eigenart Albaniens. Daneben werden aber auch die Beziehungen der weltpolitischen Strömungen zum Balkan, so der deutsch-englische und der österreichisch-russische Gegensatz eingehend geschildert. Das Werk gibt ferner einen großzügigen Ausblick auf die gefahrenschwängere weltpolitische Situation, wie sie sich nach den Siegen des Balkanbundes entwickelt hat. Wer in diesen bewegten und verworrenen Zeitläufen ein klares Bild der Balkanriege und ihrer Begleiterscheinungen haben will, wird in der empfehlenswerten Schrift reiche Belehrung finden. Der Preis der Broschüre beträgt 40 Pfg.“

Eine Weihnachtsgabe für die Jugend. Jungvolk nennt sich der Jugendalmanach, den soeben die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands im Vorwärts-Verlag erscheinen läßt. Der hübsch ausgestattete, mit zahlreichen Abbildungen versehene, 160 Seiten starke Band weist einen außerordentlich reichhaltigen und vielgestaltigen Inhalt auf. Wohl alle Zweige unseres Jugendbildungsprogramms sind durch Beiträge parteigenösslicher und gewerkschaftlicher Schriftsteller vertreten. Ein Aufsatz: „Der Wolf kommt“ macht unsere Jugend mit den wichtigsten Forderungen der Sozialdemokratie bekannt, ein Gespräch: „Einigkeit macht stark“ führt sie in das Wesen der Gewerkschaftsbewegung ein. Die Entwicklung und das Ziel der proletarischen Jugendbewegung wird in historischer Darstellung behandelt, während ein anderer Aufsatz besonders die jungen Arbeiterinnen für die proletarische Jugendfrage zu interessieren und zu begeistern sucht.

Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend hat den Preis des Buches im Verhältnis zu der Reichhaltigkeit des Gebotenen so niedrig angelegt, daß die weiteste Verbreitung dieses unseres ersten Jugendalmanachs in den Kreisen, für die er bestimmt ist, gesichert erscheint. Der Jugendalmanach, der im Buchhandel 50 Pf. kostet, wird an Jugendliche für 25 Pf. abgegeben.

Lustige Dubenstreiche sind es noch immer, die uns an unsere proletarische Jugendzeit erinnern, und wenn uns auch Mühlsal in dieser Zeit zur Genüge beschieden war, bei unseren eigenen Kindern sehen wir noch einmal die beneidenswerte schöne Zeit an uns vorüberziehen und erleben dies und jenes aus unserer eigenen Kinderzeit wieder mit. Und einen Teil solcher lustigen Dubenstreiche, die Anaken und Mädchen herzlich erfreuen sollen, legt uns unser Parteigenosse Reichratsabgeordneter Ferdinand Hanusch auf den heurigen Weihnachtstisch. „Der Kleine Peter“ betitelt sich das nette Büchlein, das soeben zum Weihnachtsfeste von unserer Wiener Parteibuchhandlung herausgegeben wird und herzerfrischende liebe Erzählungen bringt. Das Büchlein ist hübsch ausgestattet und die zahlreichen Illustrationen stammen von ersten Künstlern. Der Preis von 1 Krone 80 Heller ist ein mäßiger. Gegen Einfindung von 2 Kronen an die Wiener Parteibuchhandlung, Wien, 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 18, erfolgt sofortige Zulieferung dieses hübschen für den Weihnachtstisch geeigneten Buches.

Vereinsabzeichen

Wir bringen den Ortsgruppenfunktionären und Mitgliedern in Erinnerung, daß diese Ortsgruppen noch keine Vereinsabzeichen bestellt haben. Da manche Genossen der Meinung sind, daß diese Vereinsabzeichen nur während des Jubiläumjahres zu verkaufen sind, machen wir darauf aufmerksam, daß dieselben als eine für alle Zeit dienende Erinnerung und als bleibende Erkennungszeichen unter den Genossen gelten sollen. Diejenigen Ortsgruppen, die noch keine Abzeichen bestellt haben, ersuchen wir, dies baldigst zu tun.

Eingefendet.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Der von Apotheker Stauder, Kaufbeuren (Bayerischer Allgäu), erfundene Euzema-Balsam, dessen Preis ein billiger ist, ist ein Präparat, das infolge seiner milden Wirkungswiese speziell bei nässenden Flechten mit Erfolg angewendet wird. Das nässende Moment wird in kurzer Zeit beseitigt, so daß man mit Recht den Euzema-Balsam als wirklich gutes Heilmittel gegen die verschiedenen Arten der Flechtenkrankheiten bezeichnen kann.

Euzema-Balsam wird in drei Stärken hergestellt:

- Nr. 1 schwach.
- Nr. 2 für alte Fälle.
- Nr. 3 Extr. für veraltete, hartnäckige Leiden.

Wer seine Familie lieb hat, wird sich bemühen, den Seinigen und dadurch auch sich ein angenehmes und vergnügtes Weihnachtsfest zu bereiten. Dieses ohne jede fühlbare Ausgabe zu tun, ermöglicht die altrenommierte Firma Bial u. Freund, Ges. m. b. H., Wien VI, Mariahilferstraße 103, die ihre anerkannte erfindungsreichen und modernen trichterlosen Luxus-Sprechapparate mit echter Pathé-Konzert-Schallboje und echten Pathé-Platten zu den von der Fabrik vorgeschriebenen Preisen gegen minimale monatliche Teilzahlungen von 4 Kr. liefert. Da die Lieferung ohne jede Kaufverpflichtung fünf Tage zur Probe erfolgt, entsteht auf diese Weise durch eine Ansichtsbestellung dem Interessenten keinerlei Risiko. — Näheres wolle man aus dem dem Blatte beiliegenden Prospekt erfahren. Interessenten, welche keinen Prospekt erhalten haben, liefert die Firma auf Verlangen einen solchen gratis und franco nach, ebenso wie die kostenlose Vorführung der Apparate tagtäglich in den Verkaufsräumen, Mariahilferstraße 103, erfolgt.

Polnischer Eisenbahner-Taschenkalender 1913

Allen Genossen diene zur Kenntnis, daß der Taschenkalender für die polnischen Genossen bereits zur Ausgabe gelangt. Derselbe ist unter den ganz gleichen Modalitäten wie der deutsche Kalender von der Administration des „Eisenbahner“ zu beziehen.

Gute Agitation für dieses Buch ist notwendig.

An unsere Vertrauensmänner, Kassiere und Kolporteurs.

Wir bringen hiemit in Erinnerung, daß mit 1. Jänner die mit dem Kalenderankauf verbundene Lebensversicherung ins Leben tritt. Jeder Abnehmer, der unser Jahrbuch gekauft und bar bezahlt hat, erhält ohne jede Formalität bei einer Verunglückung im Eisenbahndienste, die den Tod im Kalenderjahre zur Folge hat, 200 Kronen ausbezahlt. Die einzige Bedingung, die daran geknüpft wird, ist die vollständige Bezahlung des Jahrbuches mit 1. Jänner 1913. Derjenige, welcher diesen Betrag nicht bar erlegt hat, würde bei einer Verunglückung leer ausgehen. Wir ersuchen daher unsere Kolporteurs, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit zu sorgen, dies den Kalenderkäufern mitzuteilen, damit nicht der eine oder andere Genosse durch Selbstverschulden um seine Prämie gebracht wird. Die Genossen Kassiere werden daher ersucht, nur jene Polizisten einzuzulassen, für welche der ganze Kalenderbetrag erlegt wurde. Es ergeht an die Genossen Kassiere das dringende Ersuchen, die einkassierten Gelder sofort mit samt der dazugehörigen Polizze an die Administration einzusenden.

Gleichzeitig machen wir die P. T. Ortsgruppenleitungen darauf aufmerksam, daß ein größerer Teil der Kassiere und Kolporteurs, welche Vereinsabzeichen bestellen und erhalten, mit ihren Zahlungen noch immer im Rückstand sind. Wir ersuchen daher die Obmänner und die geehrte Kontrolle, in ihren Ortsgruppen anzuordnen, damit die schon längst einkassierten Beträge ihrer Bestimmung zugeführt werden.

Die Wettermacher prophezeien neuer einen strengen Winter! Jede fürsorgliche Hausfrau wird daher guttun, sich zur rechten Zeit mit warmen Betten zu versorgen. Vorzügliche Bettfedern liefern in unerreichter Qualität und zu den billigsten Preisen das bestrenommierte Bettfedernverfabrikshaus Max Berger in Deschenitz (Böhmerwald). Verschäumen Sie nicht, Preisliste und Muster einzufordern.

Bekanntmachung der Administration.

Anlässlich des bevorstehenden Jahreschlusses ersuchen wir sämtliche P. T. Ortsgruppen- und Zahlstellenleitungen, die Abrechnungen und Geldsendungen für die im Monat Dezember einflussierten Beiträge bestimmt bis längstens 27. Dezember zur Aufgabe zu bringen, so daß dieselben bis 31. Dezember in der Zentrale noch einlaufen und im Bericht für 1912 noch erscheinen können.

Alle nach dem 31. Dezember in der Zentrale für 1912 noch einlangenden Geldbeträge können im Bericht für dieses Jahr nicht mehr Berücksichtigung finden, ein Umstand, welcher — wie die Erfahrung der Vorjahre gelehrt — zur Folge hätte, daß der Rechnungsabschluss der Zentrale mit jenen der Ortsgruppen nicht übereinstimmen und zu Reklamationen Veranlassung geben würde.

Desgleichen ersuchen wir auch alle sonstigen, für Kalender etc. bis Dezember noch einflussierten Beiträge in vorbezeichneter Weise abzuführen.

Mitteilungen der Zentrale.

Zentralauschussitzung am 4. Dezember 1912. Berichte über die Lage der Eisenbahner, deren Forderungen und die gegenwärtige Situation. Diskussion hierüber. — Berichte über den Stand des Baues des Eisenbahnerheims in Wien. — Erledigung des Einlaufes und Beantwortung der gestellten Anfragen in Fachangelegenheiten.

Verwaltungskomiteesitzung am 6. Dezember 1912. Aus dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds werden für 43 Fälle 3100 Kr. bewilligt. — Gesuche um Unterstützung aus dem Vereinsvermögen liegen 131 vor; für 118 Fälle werden 2780 Kr. bewilligt, 13 Fälle abgewiesen. — Der Rechtschuss wird für 112 Fälle bewilligt; 1 Fall abgewiesen. — Erpensen (2 Fälle) Kr. 842-30. — Bericht über die Gründung neuer Ortsgruppen und Errichtung neuer Zahlstellen. — Erledigung des vorliegenden Einlaufes. — Beratung über die weitere Durchführung der Aktion bezüglich Reformierung der Lebensmittelmagazine.

Mitteilungen der Administration.

Außerdem geben wir bekannt, daß der deutsche „Eisenbahner-Kalender“ für das Jahr 1913 ausverkauft ist. Da aller Wahrscheinlichkeit in den diversen Ortsgruppen eine Anzahl unverkaufter Kalender liegen dürften, so eruchen wir, dieselben an uns einzusenden, da wir noch manche Bestellungen zu effektuieren haben.

Versammlungsanzeigen.

In nachstehenden Orten finden Versammlungen statt: **Kaaden.** Am 15. Dezember um 2 Uhr nachmittags im Feinsmanns Gasthaus in Klösterle.

Hohenstadt. Am 18. Dezember um 1/8 Uhr abends im Vereinslokal „Noba“.

Klosterneuburg. Am 16. Dezember um 1/8 Uhr abends Restauration „zur Schießstätte“.

Kometan. Am 15. Dezember um 2 Uhr nachmittags in Georgs Gasthaus in Oberdorf.

Znaim. Am 12. Dezember um 8 Uhr abends Vortrag im Vereinslokal.

Triest-St. Andra. Am 21. und 23. Dezember Versammlungen der Zugbegleiter im Gasthaus „International“.

Sprechsaal.

Arbeiter und Mitglieder des Provisionsfonds der k. k. priv. Südbahngesellschaft.

Kollegen, Genoff-n!

Gemäß § 39 des Provisionsinstituts für Arbeiter der k. k. privilegierten Südbahngesellschaft hat die Verwaltung mittels Zirkular Nr. 10.910/A ex 1912 die Wahl des Ausschusses des Provisionsinstituts für die zweite Funktionsperiode (vom 1. Jänner 1913 bis 31. Dezember 1915) mit dem Endtermin 16. Dezember 1912 angeordnet.

Nach schweren Kämpfen ist es der Arbeiterschaft der Südbahn unter energischer Mithilfe der Organisation gelungen, diese für die Zukunft des Arbeiters so wichtige Institution zu erringen; nun heißt es aus dieser Institution eine Wohlfahrtsinstitution für den Arbeiter zu bilden, den Einfluß des Arbeiters darin zu befestigen und den Ausschuss zu einer wahren Interessenvertretung des Arbeiters zu machen.

Die erste Periode galt den Vorbereitungen, der Einrichtung der neuen Institution, der informativen Arbeit, die zweite und die weiteren Perioden gelten dem Ausbau, der Verbesserung des Provisionsinstituts.

Die zweite Periode wurde bereits eingeleitet durch die Vorlage einer Änderung der Statuten, wie sie den Verhältnissen der Südbahnarbeiter entspricht und an dem neuen Ausschuss wird es sein, dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Daß zu einer solchen Aufgabe aufrechte, ernste, ihrer Verantwortung bewußte Männer, die sich auf die Mitarbeit einer großen Organisation stützen, berufen werden können, liegt ja auf der Hand und die Vertrauensmänner der Südbahn haben die Männer ausgesucht, die auch nun zur Wahl empfohlen werden.

Wahlberechtigt sind sämtliche dem Provisionsinstitut für Arbeiter als aktive Mitglieder angehörenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Wählbar sind für das österreichische Reich nur die in Wien oder in der Nähe von Wien domizilierenden aktiven Mitglieder des Provisionsinstituts.

Die Wahl erfolgt schriftlich, geheim, mittels inverteilter Stimmzettel; zur Stimmenabgabe dürfen nur die von der k. k. privilegierten Südbahngesellschaft aufgelegten, von Lokalvorständen ausgegebenen Stimmzettel verwendet werden. Stimmzettel anderer Art werden unbedingt für ungültig erklärt.

Die Empfangnahme des Stimmzettels und des dazugehörigen Kuverts hat jeder Wahlberechtigte mit seiner Unterschrift zu bestätigen. Diese Stimmzettel können auch mit vorgedruckten oder vorgeschriebenen Kandidatenlisten überklebt werden.

Und nun ist es, Kollegen und Genossen, an euch, eure Stimme den von den Vertrauensmännern empfohlenen er-

probten Männern zu geben, die bereit sind, für die Interessen und Rechte der Südbahnarbeiter und Mitglieder des Provisionsinstituts jederzeit nach ihrem besten Wissen und Gewissen einzutreten. Keine Stimme fehler!

Als Kandidaten werden empfohlen:

Als Ausschussmitglieder:

- Franz Glaser, Schloffer, Werkstätte Wien.
- Franz Hospidal, Maurer, Bahnerhaltungssektion Wien.
- Karl Feigl, Gepädsträger, Station Wien.
- Leopold Brenner, Tischler, Zugförderung Wien.
- Karl Schmidt, Schloffer, Werkstätte Wien.

Als Ersatzmänner:

- Rupert Knapf, Schloffer, Fabrik für Sicherungsanlagen Wien.
 - Josef Mayer, Oberbauarbeiter, Bahnerhaltungssektion Wien.
 - Johann Kovar, Magazinarbeiter, Maßleinsdorf.
 - Ladislav Kojan, Geizer, Heizhaus Wien.
 - Johann Blas, Radierer, Werkstätte Wien.
- Die Exekutive der organisierten Eisenbahner Oesterreichs.

Offene Anfragen.

An die k. k. Direktion der Oesterreichischen Nordwestbahn!

Der Dienstturnus des Güterzugspersonals in Znaim wurde seit Mai 1912 nicht weniger wie siebenmal abgeändert und stets zum Nachteil des Personals. Der gegenwärtige Turnus weist Touren auf von 22 Stunden und 11 Minuten. Es ist dies die Tour: Zug 83 von Znaim nach Jglau, retour Zug 82 Jglau nach Znaim. Nachdem sowohl Zug 83 als auch Zug 82 regelmäßig verspätet sind, so ergibt sich zumeist eine Dienstleistung von 24 Stunden mit einer zwei- bis dreistündigen Unterbrechung. Ebenso bittet das Personalgüterpersonal um Auflassung des Güterzuges 66 von Jglau nach Znaim, da es nicht angeht, daß die Kondukteure mit den vorgeschriebenen besseren Uniformen bei Güterzügen Auf- und Umladungen besorgen können.

An die k. k. Nordwestbahndirektion Wien.

Ist es einer k. k. Direktion bekannt, daß die Verschleber der Station Jglau trotz wiederholter Urgenz bis jetzt noch nicht mit den im Oktober auszufassenden Pelzen bestellt sind?

Bei der jetzt bedeutend schlechteren Montur und der überlangen Tragzeit ist es kein Wunder, daß die Verschleber mit den ausgefassten Monturstücken nicht auskommen können, um so mehr fühlen sie die Schädigung, wenn sie Pelze, die sie im Winter notwendig brauchen, erst im Sommer ausfassen und dann im Sommer bei der Hitze tragen sollen, da sie ihre Sommermonturen wegen Mangel an Pelzen im Winter im Dienst zusammenreißen mußten.

Es wäre höchste Zeit, daß eine k. k. Direktion darauf sehen würde, daß die Bediensteten ihre Monturstücke, die doch „eine Gebühr“ sind, zum Fälligkeitstermin erhalten würden.

Viele Erkrankungen im Winter sind Folgen der schlechten und unzureichenden Bekleidungsstücke der Bediensteten. Um Abhilfe bitten die Betroffenen.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Olmütz.

Die Oberbauarbeiter der Station Hannsdorf fragen höflich an, wann eigentlich die versprochenen Zulagen für die Schienenneuanlage in der Zeit vom 24. Juli bis 22. September l. J. ausbezahlt werden?

An die k. k. Staatsbahndirektion Linz.

Die Arbeiter von Wirsbichgarsten richten an die k. k. Staatsbahndirektion Linz die Frage, warum der Herr Bahnammeister Dörn (Bahnerhaltungssektion Kirchdorf) seinen Arbeitern nicht in die Amtskolleten Einsicht nehmen läßt? Tut er dies vielleicht aus dem Grunde, damit die Arbeiter in Ankenntnis bleiben sollen, wenn einmal ein für sie günstiges Zirkular erscheint, so daß diese Arbeiter dann auch für sich diese Begünstigungen nicht fordern können, weil sie keine Kenntnis von ihnen haben? Wir eruchen die k. k. Staatsbahndirektion, dem Herrn Bahnammeister nahelegen, den Arbeitern das zu geben, was ihnen gebührt!

Die organisierten Arbeiter von Wirsbichgarsten.

An die Generaldirektion der Südbahn.

Durch die Not an Kleinwohnungen und hohe Mietzinsen sind viele Bedienstete sowohl der Südbahn als auch der k. k. Staats- und Lokalbahnen in Innsbruck gezwungen, sich um billigere Wohnungen in der Umgebung von Innsbruck umzuschauen. Die k. k. Staatsbahndirektion in Innsbruck und die Verwaltung der Innsbrucker Lokalbahnen ist ihren Bediensteten und Arbeitern entgegengekommen und hat an die auswärtig Wohnenden Freizeiten hinausgegeben, damit diese jederzeit anstandslos von und in den Dienst an ihren Bestimmungsort, eventuell Arbeitsort, fahren können. Die Bediensteten und Arbeiter der Südbahn entbehren noch immer dieser Begünstigung und haben öfter Anstände, die oft zu unliebhaften Auseinandersetzungen führen. Die in Betracht kommenden Bediensteten und Arbeiter stellen daher an die Generaldirektion die höfliche Bitte, die löbliche Verwaltung wolle befehle Vermeidung von Anständen und im Interesse des Dienstes selbst, ehebaldigst temporäre Freizeiten ausstellen lassen.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Wien.

Die Zugführer der Pöbstaalbahnen erlauben sich die höfliche Anfrage, warum die Remunerationen so ungleich verteilt werden? So hat man zum Beispiel den Zugführern die Remuneration gestrichelt und Leuten gegeben, deren Dienstleistung keineswegs eine erhöhte genannt werden kann. Oder sollten bei der Verteilung der Remunerationen persönliche Momente mitwirken?

An die k. k. Direktion der Staatseisenbahngesellschaft.

Die Streckenwächter der k. k. Bahnerhaltungssektion Grubbach erlauben sich die höfliche Anfrage, wie es kommt, daß ihnen nur 0,8 Tonnen Kohle und kein Holz angewiesen wurden, während das Streckenpersonal der k. k. Bahnerhaltungssektion Mittelbach 1 Tonne Kohle und genügend Brennholz ausgefakt hat? Um eine Gleichstellung im Bezug von Brennmaterialien mit dem Streckenpersonal der k. k. Bahnerhaltungssektion Mittelbach wird freundlichst gebeten.

An die k. k. Direktion der Staatseisenbahngesellschaft.

Die Oberbauarbeiter der k. k. Bahnerhaltungssektion Grubbach bitten, eine k. k. Direktion möge anordnen, daß die monatlichen Lohnauszahlungen stets am letzten Tag im

Monat stattfinden. So erhielten die Oberbauarbeiter der Strecke Grubbach-Frischau den Lohn für den Monat November erst am 8. Dezember mittags bezahlet. Da nun die Oberbauarbeiter ebenfalls am 1. des Monats den Hausheerrn sowie Milch, Brot und andere Bedürfnisse pünktlich zahlen müssen, so bitten diese um Gewährung der Auszahlung am letzten Arbeitstag im Monat.

Briefkasten der Redaktion.

W. L. 359. Wenn Sie am 1. Jänner 1903 nach der neuen Automatik angestellt worden wären, hätten Sie die 1100 Kr. am 1. Jänner 1908 erreicht. Sie haben sie am 1. Jänner 1912 erreicht und haben demnach vier Differenzjahre. Da erst bei fünf Differenzjahren ein Anspruch auf den Härteausgleich beginnt, können Sie keinen Anspruch geltend machen. — Mitglied 304, Gutratplatz. Sie rücken in die 1100 Kr. am 1. Jänner 1914 vor. — Abfuhrwächter der Nordwestbahn, Strecke Wien-Stoderau. Bitten, Namen zu nennen, damit wir Ihnen den Brief beantworten können. — A. F. T. Sie haben neun Differenzjahre und infolgedessen auf ein Jahr Härteausgleich Anspruch. Ihre Vorrückung in die 1100 Kr. wird am 1. Jänner 1913 erfolgen. — Feldkirch Nr. 101. Die Zeitschrift „Der Abstinenz“ kostet jährlich 2 Kr. Adresse: Wien VI/2, Stumpergasse 50. — Kabrefina. Ersuchen, den Generalversammlungsbereich nochmals einzusenden, wir haben einen solchen nicht erhalten. — A. B. 25. Sie haben, wenn Ihre Angaben richtig sind, Anspruch auf zwei Härteausgleiche und rücken demnach in die 1200 Kr. am 1. Juli 1913 und in die 1300 Kr. am 1. Juli 1915 vor. — Nr. 85, Wöding. Nach den bestehenden Vorschriften gebührt Ihnen nur ein freier Tag im Monat, der volle 24 Stunden umfassen muß. Außerdem sind Ihnen einmal im Monat an einem Sonntagvormittag einige Stunden zum Kirchenbesuch freizugeben.

Für den Inhalt der Inzerate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.	Inzerate	Für den Inhalt der Inzerate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.
---	-----------------	---

Billige böhmische Bettfedern

FERTIG GEFÜLLTE BETTEN

aus rottem Bettintert, gefüllt mit Buchweizen oder 1 Unterbett 130 cm lang 116 cm breit K 10 - K 12 - K 15 - und K 18 - 2 Meter lang, 140 cm breit K 13 - K 15 - K 18 - K 21 - 1 Kopfteil 80 cm lang, 98 cm breit K 3 - K 5 50, und K 4 - 90 cm lang, 70 cm breit K 4 50 und K 5 50 Unterbringung auch nach jeder beliebigen Maßnahme 3-reihige Kar-Matrasen auf 1 Bett 4 K 7 - 8 - 9 - 10 - 11 - 12 - 13 - 14 - 15 - 16 - 17 - 18 - 19 - 20 - 21 - 22 - 23 - 24 - 25 - 26 - 27 - 28 - 29 - 30 - 31 - 32 - 33 - 34 - 35 - 36 - 37 - 38 - 39 - 40 - 41 - 42 - 43 - 44 - 45 - 46 - 47 - 48 - 49 - 50 - 51 - 52 - 53 - 54 - 55 - 56 - 57 - 58 - 59 - 60 - 61 - 62 - 63 - 64 - 65 - 66 - 67 - 68 - 69 - 70 - 71 - 72 - 73 - 74 - 75 - 76 - 77 - 78 - 79 - 80 - 81 - 82 - 83 - 84 - 85 - 86 - 87 - 88 - 89 - 90 - 91 - 92 - 93 - 94 - 95 - 96 - 97 - 98 - 99 - 100

Jvana Solnar

Gemischwarenhandlung, Krainburg, verfertigt folgende Artikel:

- Gebirge Schweine, „Triffling“ per kg Kr. 1:40
- Schinken, hochprima 2:30
- Kaiserschinken 2:10
- Bratfisch 2:-
- Krauterkäse, gr. 1:40
- Schweinefleisch 1:20
- Speck, frisch, zu billigen Tagespreisen.
- Weizenmehl Nr. 0 . 100 kg Kr. 35:80
- Puttermehl Nr. 8 . 100 20:20
- Meie, grob 15:66
- Meie, feiner 12:22

Ab Krainburg per Nachnahme.

Der **Balkankrieg**

veranlasste die Zurückhaltung für die Türkei bestimmt gewesener 19.000 m feiner gebleichter Wäsche-gewebe.

Diese schöne feste Ware, für allerbeste Wäsche verwendbar, wird tief unterm Wert abgegeben. 1 Probestück zirka 40 m lang und 82 cm breit

per Meter 55 Heller

per Nachnahme; falls nicht passend, wird zurückgenommen.

Leinenfabriken Jos. Kraus, Nachod VII Böhmen.

Reellität verbürgt 45 Jahr. Welterf. der Firma.

Kostenlos

prachtvolles Musterbuch jeder Art feinsten Webwaren für Haushalt und Ausstattung.

Josef Hontschit

Uhrmacher, Goldarbeiter und Optiker

Gloggnitz, Seite 4

empfehlen sein reichhaltiges Lager von aller Art Uhren, Gold- und Silberwaren, Präzisionsuhren Omega, Zenith, Sealand, Helvetia, Dora etc. in Gold, Silber u. Stahl. Wecker, Pendel- und Wanduhren aller Art. Reparaturen, wenn auch schwerer Art, werden reich, billig und unter Garantie ausgeführt. Eisenbahner 10 Prozent Rabatt.

Achtung, Eisenbahner!

Vorzüglichen Wein heutiger Rechnung liefert zu äußerst billigem Preis die altbekannte Firma

Raim. Randolin, Pola.

Preisliste auf Wunsch sofort.

Brünner Stoffe

für Herrenkleider zu billigsten Fabrikpreisen kauft man am besten bei

Etzler & Dostal, Brünn

Schweidengasse 93.

Lieferanten des Lehrerbundes und Staatsbeamtenvereines. 68

Durch direkten Stoffeinkauf vom Fabrikplatz erspart der Privatkunde viel Geld. — Nur frische, moderne Ware in allen Preislagen. — Auch d. kleinste Mass wird geschuldet.

Reichhaltige Musterkollektion postfrei zur Ansicht.

1912er Junggeflügel

Garantiert lebende Ankunft, franko jeder Station. In St. gross, fette Brathühner K 20,-, fette, fette Hensentiere K 24,-, 5 St. gross, fette Hensentiere K 22-50 franko per Nachnahme liefert

S. MANDEL, Skalot 300 (Oest.).

Dankagung.

Außerhand, allen Freunden und Liebenden, die meinem Gemahl das letzte Geleit gegeben haben, mündlich zu danken, erlaube mir auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank für die mir erwiesene Teilnahme zu erklären.

Wohlfahrtsgesellschaft Anna Stuch

Postentausch.

Stationsaufsicher der k. k. Nordbahn wünscht mit Kollegen der Strecke Gmünd-Pilfen, Gmünd-Prag, Pilsen-Prag, Pilsen-Jglau zu tauschen. Anträge an Rudolf Bohan, Stationsaufseher, Groß-Seelowitz, Währen.

